

Teil eB.1

(Ausschreibungsbestimmungen)

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ALLGEMEINE AUSSCHREIBUNGSBESTIMMUNGEN	3
1.1.	AUFTRAGGEBER	3
1.2.	VERGEBENDE STELLE	3
1.3.	ZUSTÄNDIGE VERGABEKONTROLLBEHÖRDE	3
1.4.	SUPPORT VERGABEPLATTFORM ANKÖ	3
1.5.	AUSSCHREIBUNGSUNTERLAGEN	3
1.6.	VERSCHWIEGENHEIT	4
1.7.	VERFAHREN	4
1.8.	WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN	5
1.9.	FOLGEAUFTRÄGE	5
1.10.	MEHRFACHBETEILIGUNG	5
1.11.	BIETERGEMEINSCHAFTEN	5
1.12.	SUBUNTERNEHMER	5
1.13.	LOSVERGABE	6
1.14.	ALTERNATIVANGEBOTE UND ABÄNDERUNGSANGEBOTE	6
1.15.	INFORMATIONSÜBERMITTLUNG	6
1.16.	UNKLARHEITEN IN DEN AUSSCHREIBUNGSUNTERLAGEN UND AUSKUNFTSERSUCHEN	7
1.17.	RÜGEPLICHT UND SCHADENSERSATZ	8
1.18.	BERICHTIGUNGEN	8
1.19.	INHALT DER ANGEBOTE	8
1.20.	BIETERLÜCKEN, PRODUKTBEZEICHNUNGEN	9
1.21.	PREISE UND RECHENFEHLER	9
1.22.	EINHALTUNG DES ÖSTERREICHISCHEN ARBEITS- UND SOZIALRECHTS	12
1.23.	ANGEBOTSABGABE UND EINREICHUNGSFORM	12
1.24.	VERWENDUNGS- UND VERWERTUNGSRECHTE, VERGÜTUNG DER ANGEBOTE	13
1.25.	ANGEBOTSÖFFNUNG	13
1.26.	ZUSCHLAGSFRIST	13
2.	AUSSCHLUSSGRÜNDE UND EIGNUNGSKRITERIEN	13
2.1.	ALLGEMEINES	13
2.2.	AUSSCHLUSSGRÜNDE	14
2.3.	BEFUGNIS	16
2.4.	FINANZIELLE UND WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT	17
2.5.	TECHNISCHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT	19
3.	ZUSCHLAGSKRITERIEN UND GEWICHTUNG	20
3.1.	KRITERIUM „ANGEBOTSPREIS“	20
3.2.	KRITERIUM „ABDECKUNG DER ANBRUCHGEBIETE U. EINGRIFF INS LANDSCHAFTSBILD“	21
3.3.	KRITERIUM „VERLÄNGERUNG DER GEWÄHRLEISTUNGSFRIST“	21

1. Allgemeine Ausschreibungsbestimmungen

1.1. Auftraggeber

Land Vorarlberg
Landhaus
6901 Bregenz

1.2. Vergebende Stelle

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung Straßenbau (VIIb)
Widnau 12, 6800 Feldkirch
Tel.: +43 (0)5574 511 0
Fax: +43 (0)5574 511 927895
E-Mail: strassenbau@vorarlberg.at

Erfolgt die Kommunikation nicht über das Vergabeportal ist ausschließlich die oben genannte E-Mail-Adresse zu verwenden. Zustellungen an abweichende E-Mail-Adressen sind unbeachtlich.

1.3. Zuständige Vergabekontrollbehörde

Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
Landwehrstraße 1
6900 Bregenz
Tel.: +43 (0)5574 48442-0
Fax: +43 (0)5574 48442-60195
E-Mail: post@lvwg-vorarlberg.at

1.4. Support Vergabepattform ANKÖ

Der Support für die Vergabepattform erfolgt durch ANKÖ:

Hotline: +43 (0)1 3336666 44
E-Mail: support@ankoe.at
www.ankoe.at

1.5. Ausschreibungsunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen werden auf <http://bekanntmachungen.vorarlberg.at> zur Verfügung gestellt. Alle Ausschreibungsunterlagen sind urheberrechtlich geschützt. Die Weitergabe der Ausschreibungsunterlagen ist nur in dem Umfang gestattet, als die Weitergabe zur Erstellung des Angebotes erforderlich ist (zB Weitergabe an Subunternehmer). Eine darüber hinaus gehende Weitergabe ist nicht gestattet.

Soweit in den Ausschreibungsunterlagen personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher oder weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Soweit in den Ausschreibungsunterlagen „Bieter“ angeführt ist, bezieht sich diese Bezeichnung sowohl auf Bieter als auch auf Bietergemeinschaften.

1.6. Verschwiegenheit

Der Bieter verpflichtet sich während des Vergabeverfahrens zur Geheimhaltung der Ausschreibungsunterlagen sowie von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen des Auftraggebers. Die Verpflichtung des Bieters gilt örtlich und zeitlich unbeschränkt und auch gegenüber mit dem Bieter verbundenen Unternehmen. Der Bieter hat diese Verpflichtung gegebenenfalls zu überbinden (zB Subunternehmer).

Verletzt der Bieter diese Verschwiegenheitsverpflichtung hat der Auftraggeber gegenüber dem Bieter jeweils einen verschuldensunabhängigen, dem richterlicher Mäßigungsrecht nicht unterliegenden Anspruch auf eine Mindest-Vertragsstrafe von EUR 5.000,-- pro Einzelfall.

Der Auftraggeber wird den vertraulichen Charakter aller die Bieter und deren Unterlagen betreffenden Angaben gegenüber Dritter wahren.

Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt das Angebot, sowie alle mit dem Angebot oder während des Vergabeverfahrens eingereichten Unterlagen, an Personen, welche für den Auftraggeber für Zwecke des Vergabeverfahrens tätig sind (zB technische, wirtschaftliche oder rechtliche Berater), weiterzugeben.

Überdies wird der Auftraggeber auf dem Transparenzportal des Landes Vorarlberg (abrufbar unter: [Vorarlberg transparent - Aufträge](#)) die Bezeichnung des Auftraggebers sowie die Bezeichnung und Adresse des Auftragnehmers, die Auftragsart, die Bezeichnung des Auftrages, das Datum des Abschlusses des Vertrages, den Wert des Auftrages und die Verfahrensart veröffentlichen. Von einer Veröffentlichung wird jedenfalls abgesehen, wenn die Veröffentlichung die Vollziehung von Gesetzen behindert, den datenschutzrechtlichen Bestimmungen oder dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, die berechtigten geschäftlichen Interessen eines Unternehmers schädigen oder den freien und lauten Wettbewerb zwischen Unternehmern beeinträchtigt.

1.7. Verfahren

Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren gemäß § 31 Abs 2 Bundesvergabegesetz 2018 (in der Folge BVergG 2018) durchgeführt. Es handelt sich um ein Vergabeverfahren **im** Unterschwellenbereich. Als Verfahrenssprache für das gegenständliche Vergabeverfahren und die nachfolgende Leistungserbringung wird Deutsch festgelegt. Das Vergabeverfahren wird elektronisch über das Vergabeportal des Auftraggebers (www.ankoe.at) durchgeführt. Die Nutzung des Vergabeportals für das gegenständliche Vergabeverfahren erfolgt ohne Kosten für den Unternehmer.

Der Auftraggeber prüft im Eignungsverfahren die Angaben der Bieter in ihren fristgerecht eingelangten Angeboten auf Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen und Erfüllung der Eignungskriterien. Die Eignungskriterien müssen spätestens zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung erfüllt sein. Der Auftraggeber behält sich vor von allen Bietern, jedenfalls aber vom erstgereihten Bieter, die Vorlage der Eignungsnachweise vor Zuschlagserteilung zu verlangen. Das Vorliegen eines Ausschlussgrundes oder das Nicht-Vorliegen der notwendigen Eignung hat das Ausscheiden des Angebotes zur Folge.

Der Auftraggeber wird die verbleibenden Angebote gemäß den Zuschlagskriterien bewerten und den Zuschlag erteilen, sofern die Ausschreibung nicht widerrufen wird. Die elektronische

Verständigung von der Annahme des Angebotes wird vom Auftraggeber mit Amtssignatur unterfertigt. Eine eventuell geforderte Gegenzeichnung durch den Bieter hat mit qualifizierter elektronischer Signatur zu erfolgen.

1.8. Wesentliche Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (insbesondere bei einer Verweigerung der Beschaffung durch die zuständigen Gremien) von einer Vergabe der Leistung Abstand zu nehmen und das Verfahren zu widerrufen. Diese Bestimmung berührt nicht das Recht des Auftraggebers das Vergabeverfahren allenfalls aus anderen Gründen zu widerrufen.

1.9. Folgeaufträge

Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich die Möglichkeit vor bei der Wiederholung gleichartiger Leistungen Aufträge im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens gemäß § 35 Abs 1 Z 5 BVergG 2018 zu vergeben.

1.10. Mehrfachbeteiligung

Unzulässig ist:

- die gleichzeitige Beteiligung eines Unternehmers an mehreren Bietergemeinschaften.
- die Beteiligung als Einzelanbieter und als Mitglied einer Bietergemeinschaft.

Zulässig ist hingegen:

- die Teilnahme eines Unternehmers als Subunternehmer von mehreren Einzelbietern bzw von mehreren Bietergemeinschaften, sofern dadurch keine Wettbewerbsbeeinträchtigung erfolgt, wofür der betreffende Unternehmer jeweils beweispflichtig ist.
- die Teilnahme eines Unternehmers als Einzelanbieter oder als Mitglied einer Bietergemeinschaft einerseits und als Subunternehmer von Einzelbietern bzw von Bietergemeinschaften andererseits, sofern dadurch keine Wettbewerbsbeeinträchtigung erfolgt, wofür der betreffende Unternehmer jeweils beweispflichtig ist.

1.11. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zulässig. Ein Wechsel von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft oder die nachträgliche Bildung einer solchen ist unzulässig. Im Hinblick auf die Anzahl der Mitglieder oder die Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft sind keine Beschränkungen vorgegeben.

Bietergemeinschaften müssen am Deckblatt des Angebots (Teil eB.0) einen zustellbevollmächtigten Handlungsbevollmächtigten (Federführer) nennen und gemäß Beilage ./1 (Erklärung einer Bietergemeinschaft) erklären, im Auftragsfall die Leistungserbringung in Form einer solidarisch haftenden Arbeitsgemeinschaft (ARGE = Gesellschaft bürgerlichen Rechts) durchzuführen. Diese ist zwingend mit dem Angebot abzugeben.

1.12. Subunternehmer

Der Bieter ist grundsätzlich berechtigt, Teile der Leistungen an Subunternehmer weiterzugeben. Die Weitergabe des gesamten Auftrages ist aber jedenfalls unzulässig, sofern

es sich nicht um einen Kaufvertrag oder um die Weitergabe an ein verbundenes Unternehmen handelt. Verbundene Unternehmen gelten als Subunternehmer. Ein „erforderlicher Subunternehmer“ liegt vor, wenn sich der Bieter zum Nachweis der erforderlichen Eignung auf einen Subunternehmer stützt.

Der Bieter hat in seinem Angebot alle Subunternehmer zu nennen.

In der Beilage ./2 ist jeder Subunternehmer genau zu bezeichnen und der Umfang der Subunternehmerleistung anzugeben.

Die fehlende Bekanntgabe eines erforderlichen Subunternehmers bis zum Ende der Angebotsfrist, an welchen der Bieter Leistungen weiterzugeben beabsichtigt, stellt einen unbehebbarer Mangel dar und führt zum Ausscheiden des Angebotes aus dem Vergabeverfahren.

Darüber hinaus hat der Bieter den Nachweis zu erbringen, dass er über die Kapazitäten der Subunternehmer verfügt, dh dass der jeweilige Subunternehmer im Auftragsfall dem Bieter für die gesamte Laufzeit der Auftragserfüllung zur Verfügung steht (Beilage ./3 Verfügbarkeits- und Eigenerklärung).

Die Weitergabe von Teilen ist nur insoweit zulässig, als der Subunternehmer die für die Ausführung seines Teiles erforderliche Befugnis, technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die berufliche Zuverlässigkeit besitzt. Die Haftung des Unternehmers gegenüber dem Auftraggeber wird dadurch nicht berührt.

Im Zuge der Auftragserfüllung ist ein Wechsel des Subunternehmers unter den in Teil eB.4 Punkt 6.2.2. genannten Voraussetzungen zulässig.

1.13. Losvergabe

Ein Angebot in Losen ist nicht vorgesehen und somit unzulässig.

1.14. Alternativangebote und Abänderungsangebote

Alternativangebote und Abänderungsangebote sind unzulässig.

1.15. Informationsübermittlung

Die Übermittlung von zusätzlichen Ausschreibungsunterlagen, Mitteilungen, Anträgen, Fragebeantwortungen, Berichtigungen, Aufforderungen und Benachrichtigungen sowie jeder sonstige Informationsaustausch zwischen dem Auftraggeber und den Unternehmen erfolgt ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal.

Sobald die Informationen für die Unternehmer bereitgestellt sind, dh für die Unternehmer abrufbar (zugänglich) sind, gelten die Informationen als zugestellt und zwar unabhängig von der tatsächlichen Kenntnisnahme, der Kenntnisnahmemöglichkeit oder den Bürozeiten des Unternehmers. Mit der Bereitstellung werden allfällige Fristenläufe ausgelöst.

Der Unternehmer hat sich über das Vorliegen neuer Informationen selbstständig zu informieren. Es obliegt dem Unternehmer diese Informationen bzw Unterlagen vom Vergabeportal herunterzuladen, zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Der Unternehmer kann sich beim Download der Ausschreibungsunterlagen im Vergabeportal registrieren. In diesem Fall erhalten die Unternehmer automationsunterstützt

E-Mail-Benachrichtigungen über das Vorliegen von neuen Informationen auf dem Vergabeportal.

Im Fall eines anonymen Downloads der Ausschreibungsunterlagen erhält der Unternehmer keine E-Mail-Benachrichtigung über Änderungen (z.B. Widerruf/Berichtigung etc.), die Antwort auf Auskunftersuchen (Beantwortung von Bieterfragen) und keine Information über Änderungen der Abgabefrist oder sonstige Änderungen.

Der Auftraggeber empfiehlt daher sich zu registrieren und die E-Mail-Adresse eprocurement@ankoe.at auf die Allow-List im Spam-Filter zu setzen. Der Auftraggeber empfiehlt zur Sicherstellung der rechtzeitigen Angebotsabgabe überdies sich frühzeitig zu registrieren.

Der Auftraggeber behält sich vor die Kommunikationsform auf Grund der Verletzung der Sicherheit, bei Ausfällen des Vergabeportals oder aus anderen dringenden Gründen zu ändern. Zu diesem Zweck hat der Bieter auf den Deckblättern seines Angebotes (Teil eB.0) zwingend dieselbe E-Mail-Adresse anzugeben, die auf dem Vergabeportal hinterlegt ist, damit Informationen in den oben genannten Fällen an diese E-Mail-Adresse rechtsgültig übermittelt werden können.

Minder bedeutsame Mitteilungen, Benachrichtigungen und Informationen können auch mündlich oder telefonisch übermittelt werden.

1.16. Unklarheiten in den Ausschreibungsunterlagen und Auskunftersuchen

Der Unternehmer hat die Ausschreibungsunterlagen insbesondere auf Vollständigkeit und Rechtmäßigkeit zu prüfen. Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes, dass die Leistungen in den Ausschreibungsunterlagen vollständig beschrieben sind und auch keine Teilleistungen fehlen, die zur einwandfreien Erfüllung des Vertrages notwendig sind.

Nach Vertragsabschluss gilt die für den Auftraggeber günstigere Auslegung.

Bestehen nach Ansicht des Unternehmers bei der Auslegung des Ausschreibungstextes mehrere Möglichkeiten bzw erscheint etwas unklar, so hat er vor Abgabe des Angebotes den Auftraggeber um Auskunft hierüber zu ersuchen.

Auskunftersuchen sind ausschließlich über das Vergabeportal des Auftraggebers bis spätestens zum in Teil eB.0 genannten Zeitpunkt einzubringen.

Die Auskunftersuchen werden gesammelt und anonymisiert beantwortet. Die Fragen und deren Beantwortungen werden allen Unternehmern auf dem Vergabeportal zur Verfügung gestellt. Registrierte Unternehmer werden über das Vorliegen einer Antwort auf Auskunftersuchen (Fragebeantwortung) verständigt. Im Sinne der Gleichbehandlung ersucht der Auftraggeber die Fragen so zu stellen, dass ein Rückschluss auf den Fragesteller nicht möglich ist.

Der Unternehmer ist verpflichtet Antworten auf Auskunftersuchen (Fragenbeantwortungen) bei der Angebotserstellung – und -legung zu berücksichtigen.

1.17. Rügepflicht und Schadensersatz

Sollten sich für den Unternehmer bei Prüfung der Ausschreibungsunterlagen Widersprüche, sonstige Unklarheiten oder (vermutete) Verstöße gegen Vergabebestimmungen ergeben, so hat er dies dem Auftraggeber umgehend mitzuteilen. Mit der Angebotsabgabe bestätigt der Bieter, dass die Ausschreibungsunterlagen einer vollständigen Prüfung unterzogen worden sind, dass die Ausschreibungsbestimmungen den gesetzlichen Vorgaben (insbesondere dem BVergG 2018) entsprechen, dass die Ausschreibungsunterlagen für seine Kalkulation ausreichend waren, und dass der Bieter die zu erbringende Leistungen sowie alle damit verbundenen Kosten mit der erforderlichen Genauigkeit beurteilen konnte. Mit Abgabe des Angebotes bestätigt der Bieter darüber hinaus, dass (Kalkulations-) Irrtümer sowie Fehleinschätzungen in Zusammenhang mit der Erstellung seines Angebotes einen Teil des Unternehmensrisikos bilden und zu seinen Lasten gehen. Eine Irrtumsanfechtung aus diesen Gründen ist daher ausgeschlossen.

Der Auftraggeber bzw die vergebende Stelle haften für einen Schaden, der dem Bieter im Vergabeverfahren allenfalls entsteht, ausschließlich bei nachgewiesenem Vorliegen von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz.

1.18. Berichtigungen

Der Auftraggeber behält sich vor, die Ausschreibungsunterlagen innerhalb der Angebotsfrist zu berichtigen und erforderlichenfalls die Angebotsfrist entsprechend zu verlängern.

Registrierte Unternehmer werden über Berichtigungen benachrichtigt. Die Berichtigungen sind vom Vergabeportal herunterzuladen.

Der Unternehmer ist verpflichtet die Berichtigungen bei der Angebotserstellung- und -legung zu berücksichtigen.

1.19. Inhalt der Angebote

Alle Angebotsbestandteile sind im Vergabeportal hochzuladen. Die Angebote müssen, um vollständig zu sein, alle in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen Vorgaben erfüllen und mindestens folgende Bestandteile enthalten:

- Abgabeexemplar (Teil eB.0)
- alle unter Punkt 2. im Teil eB.0 genannten Unterlagen, welche jedenfalls mit dem Angebot abzugeben sind
- alle unter Punkt 2. im Teil eB.0 genannten Unterlagen, die im Einzelfall jedenfalls mit dem Angebot abzugeben sind (zB bei Bietergemeinschaften – Erklärung einer Bietergemeinschaft; bei (erforderlichen) Subunternehmern – Liste aller Subunternehmer)

1.19.1. Angebots-LV

Mit dem Angebot ist jedenfalls das Angebots-LV als Austauschdatei gemäß ÖNORM A 2063 (Version 15.07.2015) hochzuladen. Der Angebotsdatenträger hat den Bestimmungen der ÖNORM A 2063 (Version 15.07.2015) zu entsprechen. Der Datenträger ist nur ein Arbeitsbehelf und wird nicht Vertragsbestandteil. Weiters ist ein Kurz-LV samt Angaben zu Bieterlücken als PDF hochzuladen. Das Kurz-LV muss hinsichtlich Gliederung, Positionszahl, Positionsreihenfolge, Positionsnummer, Stichwort, Ausschreibungsmenge, Einheit der Positionen sowie Art und Anzahl der Preisanteile mit dem Ausschreibungs-LV des Auftraggebers übereinstimmen.

Bei Differenzen zwischen den Angaben in der Austauschdatei und im Kurz-LV gelten die Angebotsunterlagen in folgender Reihenfolge:

- Kurz-LV (PDF)
- Austauschdatei nach ÖNORM A 2063 (Version 15.07.2015)

1.19.2. Bauzeitplan

Auf Aufforderung des Auftraggebers ist vom Bieter ein detaillierter Bauzeitplan für die vorgesehene Abwicklung des gesamten Bauvorhabens nach den Maßgaben im Teil eB.2 sowie im Teil eB.3 vorzulegen.

1.19.3. Baustellenkoordinator

Die Voraussetzungen für einen Baustellenkoordinator sowie das Leistungsbild des Baustellenkoordinators sind im Teil eB.3 beschrieben. Der Leistungsumfang ist im Teil eB.2 beschrieben.

Der Bieter hat nachzuweisen, dass er im Auftragsfall über einen Baustellenkoordinator verfügt und hat die Erklärung des Baustellenkoordinators (Beilage ./4) mit dem Angebot abzugeben.

1.20. Bieterlücken, Produktbezeichnungen

Falls in diesen Ausschreibungsunterlagen aus Gründen der Verständlichkeit in technischen Spezifikationen Produktbeschreibungen, geschützte Marken oder Bezeichnungen von Industriestandards verwendet werden, können auch Lieferungen und Leistungen gleichwertiger Art, die zu den genannten Produkten voll kompatibel sind, in den dafür vorgesehenen Bieterlücken angeboten werden. Den Nachweis der Gleichwertigkeit hat der Bieter zu führen.

Die in den Ausschreibungsunterlagen als Beispiele genannten Erzeugnisse gelten als angeboten, wenn vom Bieter keine anderen Erzeugnisse in die Bieterlücken des Leistungsverzeichnisses eingesetzt wurden. Wenn die vom Bieter genannten Erzeugnisse nach sachverständiger Prüfung den in den Ausschreibungsunterlagen angeführten Kriterien der Gleichwertigkeit nicht entsprechen, gilt das ausgeschriebene Erzeugnis nur dann als angeboten, wenn der Bieter dies in einem Begleitschreiben zum Angebot erklärt hat.

1.21. Preise und Rechenfehler

Die Preise sind im Preisangebotsverfahren zu erstellen. Gefordert werden Preise in Euro inklusive aller Gebühren und Abgaben. Die gesetzliche Umsatzsteuer ist getrennt auszuweisen. Im Falle einer Steuerbefreiung hat der Bieter den Grund der Steuerbefreiung anzugeben (zB Kleinunternehmerregelung, Binnenmarktregelung, etc).

Allfällige Nachlässe sind ausschließlich beachtlich, wenn sie in der Kostenübersicht im Angebotsteil auf dem Vergabeportal bei der Abgabe des Angebotes angegeben werden. Paketabschläge sind nicht zulässig. Erklärungen an anderer Stelle, die Auswirkung auf den Preis haben, werden bei der Bewertung des Angebotes nicht berücksichtigt. Sämtliche anfallenden Nebenkosten sind in die angebotenen Preise zu inkludieren. Etwaige zusätzlich notwendige Arbeiten an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie während der Nachtstunden werden nur gesondert vergütet, wenn diese schriftlich angeordnet wurden.

Bei unvollständigen Einheitspreisannteilen wird bei der Angebotsprüfung nach folgenden Korrekturregeln vorgegangen: Die Zeichen „-“ und „/“ gelten als Null. Dies gilt auch bei Einheitspreisen.

Rechnerisch fehlerhafte Angaben werden nicht ausgeschieden, eine Vorreihung infolge Berichtigung eines Rechenfehlers ist zulässig.

Die Kalkulation aller angebotenen Preise und deren Aufgliederung hat den Bestimmungen der ÖNORM B 2061 unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Festlegungen der Ausschreibung zu entsprechen. Die Preisermittlung hat nach Einheitspreisen zu erfolgen und die Preisanteile „Lohn“ und „Sonstiges“ auszuweisen.

Mit dem Angebot ist das K3-Blatt für den Mittellohnpreis abzugeben.

Auf Verlangen des Auftraggebers sind die K4-Blätter, die K6-Blätter und die Detailkalkulation (K7-Blätter) aller LV-Positionen, einschließlich der Subunternehmerleistungen, vorzulegen.

Die kalkulatorischen Ansätze des Bieters werden gemäß Pkt. 7.2.2 im Teil eB.4 in keinem Fall Vertragsbestandteil.

1.21.1. Festpreise / veränderliche Preise

Die Preise sind als Festpreise gemäß § 2 Z 26 lit c BVergG 2018 anzubieten.

Im Falle des Eintretens von Pkt 6.3.1.2, 1. Absatz der ÖNORM B 2110 gilt der Baukostenindex für den Straßen-, Brücken- und Siedlungswasserbau, Basisjahr 2020, herausgegeben von der STATISTIK AUSTRIA als vereinbart. Falls in Zukunft die Verlautbarung dieses Index unterbleiben sollte, gilt der an dessen Stelle tretende gleichwertige oder ähnliche Index als zugrunde gelegt. Die Umrechnung der Preise erfolgt in diesem Fall nach Leistungsgruppen getrennt nach den Preisanteilen Lohn und Sonstiges. Für den Preisanteil Lohn werden die Indexwerte des Baukostenindex für den Straßenbau, Gesamtbaukosten (Spalte Lohn) herangezogen. Für den Preisanteil Sonstiges werden die Indexwerte des Baukostenindex für den Straßen-, Brücken- und Siedlungswasserbau, Gliederung nach Leistungsgruppen - Anteil Sonstiges, herangezogen. Für die Leistungsgruppe LG 31 gelten die Spalten LG 31.01, LG 31.02, LG 31.03-07 als vereinbart. Für die Leistungsgruppe LG 43 gelten die Spalten LG 43.01, LG 43.02-03, LG 43.04-12 als vereinbart. Die Preisbasis (Monat) für die Preisumrechnung ist für die betroffenen Leistungsbestandteile einvernehmlich zu vereinbaren. Der Bauzeitplan bildet die Grundlage für die Ermittlung der Preisbasis. Kann aus dem Bauzeitplan keine sachlich zutreffende Preisbasis für die Umrechnung ermittelt werden, ist die Regelung des Pkt 6.3.1.2, 2. Absatz ÖNORM B 2110 anzuwenden.

Die Preisumrechnung für die veränderlichen Preise erfolgt gemäß der ÖNORM B 2111. Ausgenommen vom Geltungsbereich der ÖNORM B 2111 sind Punkt 4. „Verfahrensbestimmungen“ und Punkt 5.8 „Preisumrechnung in Sonderfällen“.

Punkt 5.2.1.3 der ÖNORM B 2111 wird ersetzt durch:

Beide Vertragspartner sind berechtigt, Erhöhungen bzw. Ermäßigungen geltend zu machen. Das Erreichen der Schwellenwerte ist von den Vertragspartnern spätestens mit der (Korrektur der) Schlussrechnung bekannt zu geben.

Punkt 5.2.2 „Erreichen des Schwellenwertes“ der ÖNORM B 2111 gilt mit folgender Abweichung:

Die Preisumrechnung ist in den Fällen der Punkte 5.2.2.1, 5.2.2.2 und 5.2.2.3 vorzunehmen, wenn der Veränderungsprozentsatz den Schwellenwert von + oder - 2 % erreicht.

Die Preiserhöhungen bzw. Preisermäßigungen sind unter Anwendung der endgültigen Indexwerte zu berechnen. Berechnungen unter Anwendung von vorläufigen Indexwerten (mit “*” in den Tabellen zum Baukostenindex für den Straßen-, Brücken- und Siedlungswasserbau der der STATISTIK AUSTRIA gekennzeichnet) werden nicht anerkannt.

Für die Positionen 980502 Fremdleistungen und 980501 Baustofflieferungen im Teil eB.5 (Leistungsverzeichnis) bzw bei Abrechnung nach saldierten Rechnungen kommt keine Preisumrechnung zur Anwendungen.

Treten besondere Ereignisse ein, die nicht oder nicht ausreichend vorhersehbar waren und von den Vertragsparteien nicht beeinflusst werden können, ist für die Leistungsgruppen bzw Preisanteile, für die Festpreise vereinbart wurden, auf Verlangen einer Vertragspartei eine einvernehmliche Einigung über eine Berücksichtigung dieser erheblichen Preisentwicklung anzustreben, welche der tatsächlichen Preisentwicklung hinsichtlich deren Erhöhung und Ermäßigung gerecht wird. Die sich aus dem vereinbarten Index ergebenden Werte dürfen dabei nicht über- bzw unterschritten werden. Erhöhungen und Ermäßigungen der Indexwerte bis **8,00 %** werden jedenfalls nicht vergütet oder in Abzug gebracht.

1.22. Einhaltung des österreichischen Arbeits- und Sozialrechts

Bei der Erstellung des Angebotes ist zu berücksichtigen, dass für in Österreich zu erbringende Leistungen die in Österreich geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Rechtsvorschriften (insbesondere des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes – ASchG, BGBl. Nr. 450/1994, des Arbeitszeitgesetzes – AZG, BGBl. Nr. 461/1969, des Arbeitsruhegesetzes – ARG, BGBl. Nr. 144/1983, des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes – AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993, des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes – AÜG, BGBl. Nr. 196/1988, des LSD-BG, des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes – BGStG, BGBl. I Nr. 82/2005, des Behinderteneinstellungsgesetzes – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970, und des Gleichbehandlungsgesetzes – GIBG, BGBl. I Nr. 66/2004), die einschlägigen Kollektivverträge sowie die in Österreich geltenden umweltrechtlichen Rechtsvorschriften zu erfolgen hat und dass sich der Bieter verpflichtet, bei der Durchführung des Auftrages in Österreich diese Vorschriften einzuhalten.

Weiters sind die sich aus den Übereinkommen Nr. 29, 87, 94, 95, 98, 100, 105, 111, 138, 182 und 183 der Internationalen Arbeitsorganisation, BGBl. Nr. 228/1950, Nr. 20/1952, Nr. 39/1954, Nr. 81/1958, Nr. 86/1961, Nr. 111/1973, BGBl. III Nr. 200/2001, Nr. 41/2002 und Nr. 105/2004 ergebenden Verpflichtungen einzuhalten.

Auskünfte über die oben genannten Vorschriften erteilen die örtlich zuständigen Gliederungen der gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

1.23. Angebotsabgabe und Einreichungsform

Der Bieter hat sein Angebot ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal des Auftraggebers unter <https://www.ankoe.at/auftragnehmer/angebote-elektronisch-abgeben.html> nach den hier beschriebenen Vorgaben einzureichen. Das Risiko des rechtzeitigen Einganges des Angebotes trägt der Bieter. Die Einreichung des Angebotes in Papierform oder per E-Mail ist unzulässig. Ein derart eingereichtes Angebot wird im Vergabeverfahren nicht berücksichtigt.

Das Angebot und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu verfassen. Beilagen und Nachweise können als Kopie eingereicht werden, außer es wird ausdrücklich ein Original verlangt.

Das Angebot ist durch Ausfüllen der farblich gekennzeichneten ausfüllbaren Felder zu erstellen. Das Angebot ist vom Bieter rechtsgültig mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Vergabeportal des Auftraggebers unter <http://www.ankoe.at> zu signieren.

Der Bieter hat mit Abgabe des Angebotes die Rechtsgültigkeit der Unterfertigung nachzuweisen, sofern diese nicht aus dem Firmenbuch ersichtlich ist (zB gemeinsame Vertretungsbefugnis). Der Nachweis hat in diesem Fall durch eine mit dem Angebot übermittelte Handlungsvollmacht zu erfolgen.

Die Bieter haften für die Vollständigkeit und Richtigkeit aller in den Angeboten gemachten Angaben und darüber hinaus insofern, als diese Angaben auch für das Vertragsverhältnis bindend sind. Der Auftraggeber macht darauf aufmerksam, dass unvollständige Angebote,

falsche Angaben und fehlende Nachweise zum Ausschluss des Bieters bzw Ausscheiden des Angebotes vom Vergabeverfahren führen können.

1.24. Verwendungs- und Verwertungsrechte, Vergütung der Angebote

Der Auftraggeber erwirbt das Eigentumsrecht an den Angeboten samt allen Beilagen und allen sonstigen im Rahmen des Vergabeverfahrens von den Bietern übergebenen Unterlagen. Die Unterlagen werden daher den Bietern nicht zurückgestellt. Darüber hinaus erwirbt der Auftraggeber keine Verwendungs- und Verwertungsrechte.

Die Ausarbeitung des Angebotes samt den dafür erforderlichen Vorleistungen und Kalkulationen, die Anfertigung sonstiger in diesen Ausschreibungsunterlagen geforderter Beilagen und Nachweise werden nicht vergütet.

1.25. Angebotsöffnung

Die Angebotsöffnung findet nach Ablauf der Angebotsfrist (Seite 1 im Teil eB.0) ohne Beteiligung der Bieter statt.

Das Protokoll über die Öffnung der Angebote wird den Bietern über das Vergabeportal bereitgestellt.

Sollte die Angebotsöffnung aus einem technischen Grund insbesondere zur festgelegten Zeit nicht möglich sein, ist der Auftraggeber berechtigt, diesen Termin zu verlegen.

1.26. Zuschlagsfrist

Die Zuschlagsfrist beträgt fünf Monate, gerechnet ab dem Ende der Angebotsfrist. Während der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

Für den Fall, dass der Bieter auf ausdrückliches Ersuchen des Auftraggebers einer Verlängerung der Angebotsbindung zustimmt, ist er bis zum vereinbarten Termin an sein Angebot gebunden.

2. Ausschlussgründe und Eignungskriterien

2.1. Allgemeines

Im Eignungsverfahren wird der Auftraggeber die Angebote der Bieter zunächst nach den von ihm festgelegten Eignungskriterien (§ 2 Z 22 lit c BVergG 2018) prüfen.

Zur Angebotslegung berechtigt und zur Auftragsvergabe zugelassen werden nur natürliche und juristische Personen, welche über die geforderte Eignung verfügen und nicht nach § 78 BVergG 2018 auszuschließen sind.

Nachweise sind im Vergabeportal hochzuladen.

Der Bieter kann seine Befugnis, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit auch durch die Vorlage einer Eigenerklärung (enthalten im Abgabeexemplar, Teil eB.0)) belegen, dass er die vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien erfüllt und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich beibringen kann. In dieser Erklärung sind zwingend die Befugnisse anzugeben, über die der Unternehmer konkret verfügt. Die Eigenerklärung ist nicht gesondert zu unterfertigen, sondern gilt durch die Unterfertigung des Angebotes als mitunterfertigt.

Der Subunternehmer kann seine Befugnis, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit auch durch die Vorlage einer unterfertigten Eigenerklärung (Beilage ./3 Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers) belegen, dass er die vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien erfüllt und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich beibringen kann. In einer solchen Erklärung sind zwingend die Befugnisse anzugeben, über die der Unternehmer konkret verfügt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich Bieter und Subunternehmer einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung im Sinne des § 80 Abs 2 BVergG 2018 bedienen dürfen. Aus technischen Gründen werden die Unternehmer, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, ersucht, unverzüglich den Auftraggeber zu kontaktieren. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei Widersprüchen sämtliche Festlegungen in den Ausschreibungsunterlagen Vorrang vor dem Formular der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung haben.

Der Nachweis der Eignung des Bieters und des Subunternehmers kann außerdem gemäß § 80 Abs 5 BVergG 2018 durch den Nachweis der Eintragung in der Liste geeigneter Unternehmer des Auftragnehmerkatasters Österreich (ANKÖ) führen, sofern diesen die festgelegten Unterlagen in der vom Auftraggeber gewünschten Aktualität vorliegen und den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen.

Sollten Nachweise, die geeignet sind, die Eignung des Bieters nachzuweisen, bereits in einem früheren Vergabeverfahren beim Auftraggeber vorgelegt worden sein, müssen diese Nachweise nicht mehr vorgelegt werden. In diesem Fall hat der Bieter in einem Begleitschreiben detailliert anzugeben in welchem Verfahren, welcher Nachweis, welcher Stelle des AG, bereits vorgelegt wurde.

2.2. Ausschlussgründe

Die berufliche Zuverlässigkeit des Bieters ist gegeben, wenn kein Ausschlussgrund vorliegt.

Bieter werden von der Teilnahme am Vergabeverfahren insbesondere dann ausgeschlossen, wenn

- a. der öffentliche Auftraggeber Kenntnis von einer rechtskräftigen Verurteilung des Unternehmers hat, die einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Vereinigung oder Organisation (§§ 278 und 278a des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl. Nr. 60/1974), Terroristische Vereinigung, Terroristische Straftaten oder Terrorismusfinanzierung (§§ 278b bis 278d StGB), Bestechlichkeit, Vorteilsannahme, Bestechung, Vorteilszuwendung oder verbotene Intervention (§§ 304 bis 309 StGB und § 10 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG, BGBl. Nr. 448/1984), Betrug (§§ 146 bis 148 StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmissbrauch (§ 153b StGB), Geldwäscherei (§ 165 StGB), Sklaverei, Menschenhandel oder Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (§§ 104, 104a und 217 StGB) bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat;
- b. über das Vermögen des Unternehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels kostendeckenden Vermögens kein Insolvenzverfahren eröffnet wurde;
- c. der Unternehmer sich in Liquidation befindet oder seine gewerbliche Tätigkeit einstellt oder eingestellt hat;

- d. der öffentliche Auftraggeber über hinreichend plausible Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Unternehmer mit anderen Unternehmern für den öffentlichen Auftraggeber nachteilige Abreden getroffen hat, die gegen die guten Sitten verstoßen, oder mit anderen Unternehmern Abreden getroffen hat, die auf eine Verzerrung des Wettbewerbes abzielen;
- e. der Unternehmer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung, insbesondere gegen Bestimmungen des Arbeits-, Sozial- oder Umweltrechtes, begangen hat, die vom öffentlichen Auftraggeber auf geeignete Weise nachgewiesen wurde;
- f. der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben in Österreich oder nach den Vorschriften des Landes, in dem er seinen Sitz hat, nicht erfüllt hat und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung in Österreich oder gemäß den Vorschriften des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat, festgestellt wurde, oder durch den öffentlichen Auftraggeber auf andere geeignete Weise nachgewiesen wurde;
- g. ein Interessenkonflikt gemäß § 26 nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen vermieden werden kann;
- h. aufgrund der Beteiligung des Unternehmers an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens gemäß § 25 der faire und laute Wettbewerb unter Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung verzerrt werden würde;
- i. der Unternehmer bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren Auftrages oder Konzessionsvertrages erhebliche oder dauerhafte Mängel erkennen lassen hat, die die vorzeitige Beendigung dieses früheren Auftrages oder Konzessionsvertrages, Schadenersatz oder andere vergleichbare Sanktionen nach sich gezogen haben;
- j. der Unternehmer sich bei der Erteilung von Auskünften betreffend die Eignung einer schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht hat, diese Auskünfte nicht erteilt hat oder die vom öffentlichen Auftraggeber zum Nachweis der Eignung geforderten Nachweise bzw. Bescheinigungen nicht vorgelegt, vervollständigt oder erläutert hat;
- k. der Unternehmer versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig irreführende Informationen an den öffentlichen Auftraggeber übermittelt, die die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers über den Ausschluss oder die Auswahl von Unternehmern oder die Zuschlagserteilung erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Die berufliche Zuverlässigkeit muss spätestens zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung vorliegen.

2.2.1. Nachweis für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Die Bieter müssen das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach Aufforderung des Auftraggebers unverzüglich wie folgt nachweisen können:

- a. **Strafregisterbescheinigung bzw. Registerrauskunft für Verbände** (zB für juristische Personen) oder eine gleichwertige Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Sitzstaates des Unternehmers, welcher nicht älter ist als sechs Monate;
- b. Nachweis der Nichteintragung in der **Insolvenzdatei** oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers;

- c. Aktueller **Firmenbuchauszug** (nicht bei natürlichen Personen) oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers;
- d. Aktuelle **Auskunft aus dem Gewerbeinformationssystem** Austria (GISA) oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers;
- e. Letztgültiger Kontoauszug oder Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen **Sozialversicherungsträgers** (maximal drei Monate alt) oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers;
- f. Letztgültige Lastschriftanzeige, Auszug der Daten des Steuerkontos oder Rückstandsbescheinigung (BAO) der zuständigen **Finanzbehörde** (maximal drei Monate alt) oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers.

Mit rechtsgültiger Unterfertigung des Angebotes erklärt der Bieter verbindlich, dass die Ausschlussgründe gemäß Punkt 2.2 lit d, e und g bis k nicht vorliegen.

Der Bieter und die Subunternehmer haben nach Aufforderung des Auftraggebers gesonderte Nachweise zu erbringen.

2.3. Befugnis

2.3.1. Allgemeines

2.3.1.1. Bietergemeinschaft und Subunternehmer

Gemäß § 80 Abs 4 BVergG 2018 hat jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft die Befugnis für den ihm konkret zufallenden Leistungsteil nach Aufforderung des Auftraggebers nachzuweisen. Die Bietergemeinschaft muss daher insgesamt zur Leistungserbringung befugt sein.

Der Nachweis der Befugnis eines Subunternehmers oder verbundenen Unternehmens ist für jeglichen Leistungsteil, den der Subunternehmer oder das verbundene Unternehmen ausführen soll, nach Aufforderung des Auftraggebers, zu erbringen.

Der Verweis auf die Befugnis eines Subunternehmers oder eines verbundenen Unternehmens ersetzt für jenen Leistungsteil, den der Subunternehmer oder das verbundene Unternehmen ausführen soll, den Nachweis der Befugnis des Bieters. Ist dies der Fall hat der Bieter zusätzlich die ausgefüllte und rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigte Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers (Beilage ./3) zwingend mit dem Angebot abzugeben.

2.3.2. Österreichischer Bieter

Österreichische Bieter müssen über alle für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen notwendigen gesetzlichen Befugnisse verfügen. Gleiches gilt für Subunternehmer, an die der Bieter Leistungen zu vergeben beabsichtigt. Der Bieter muss seine aufrechte Befugnis nach Aufforderung des Auftraggebers durch Vorlage entsprechender Nachweise (aktueller Auszug aus dem Gewerbeinformationssystem Austria (GISA), aktueller Auszug aus Berufsregister, aktuelle Bescheinigung der Berufsorganisation etc) belegen können.

2.3.3. Bieter aus dem EU- und EWR-Raum sowie Schweizer Bieter

Bieter aus einem Mitgliedstaat der EU, einem Vertragsstaat oder EWR oder der Schweiz müssen über alle für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen notwendigen

gesetzlichen Befugnisse verfügen. Für Schweizer Bieter ist zusätzlich zu beachten, dass diese gemäß § 373b Gewerbeordnung 1994 (GewO) Dienstleistungen in Österreich erbringen dürfen, deren tatsächliche Dauer 90 Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschreitet.

Hat die Tätigkeit ein reglementiertes Gewerbe (§ 94 GewO) oder Tätigkeiten, die diesen Gewerben zuzuordnen sind, zum Gegenstand, so hat der Dienstleister beim Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) die erstmalige Aufnahme der Tätigkeit vorher schriftlich anzuzeigen. Diese Anzeige ist einmal jährlich zu erneuern.

Handelt es sich bei der Tätigkeit um ein sensibles Gewerbe gemäß § 373a Abs 5 Z 2 GewO darf die Tätigkeit erst nach behördlicher Entscheidung des BMWFW über die Zulässigkeit der Ausübung der Tätigkeit oder bei behördlicher Untätigkeit innerhalb der Frist gem § 373a Abs 5 Z 3 lit d GewO erbracht werden.

Handelt es bei der Tätigkeit nicht um sensible Gewerbe gemäß § 373a Abs 5 Z 2 GewO, so hat der Bieter mit dem Angebot folgende Informationen zu übermitteln:

- falls der Dienstleister in ein Handelsregister oder ein ähnliches öffentliches Register eingetragen ist, das Register, in das er eingetragen ist, und die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register;
- falls die Tätigkeit im Niederlassungsmitgliedstaat zulassungspflichtig ist, den Namen und die Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde;
- die Berufskammern oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört;
- die Berufsbezeichnung oder, falls eine solche Berufsbezeichnung nicht existiert, den Ausbildungsnachweis des Dienstleisters und den Mitgliedstaat, in dem die Berufsbezeichnung verliehen bzw. der Ausbildungsnachweis ausgestellt wurde;
- falls der Dienstleister eine mehrwertsteuerpflichtige Tätigkeit ausübt, die Umsatzsteueridentifikationsnummer;
- Einzelheiten zu einem Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht.

2.4. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

2.4.1. Allgemeines

2.4.1.1. Bietergemeinschaft, verbundene Unternehmen, Subunternehmen und sonstige Dritte

Zum Nachweis ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit kann sich eine Bietergemeinschaft auf die Kapazitäten ihrer Mitglieder stützen.

Der Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bieters kann durch den Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Subunternehmers sowie eines anderen Unternehmens (entweder durch ein mit dem Bieter verbundenes Unternehmen oder durch einen Dritten) erbracht werden.

In diesem Fall muss der Bieter durch Vorlage einer vom genannten Unternehmen ausgefüllten und rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigten **Patronatserklärung** gemäß Beilage ./5 oder eines materiell gleichwertigen Nachweises belegen, dass er im Falle der Auftragserteilung über die ihm beigestellte finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügt. Weiters wird der Auftraggeber durch den Verweis

des Bieters auf das genannte Unternehmen wirtschaftlich und rechtlich so gestellt, als ob die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beim Bieter selbst vorliegen würde. Die Patronatserklärung ist zwingend mit dem Angebot abzugeben.

Das genannte Unternehmen, auf das sich der Bieter stützt, muss daher selbst zumindest über die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügen, die dem Bieter fehlt. Das genannte Unternehmen hat die gleichen Nachweise zu erbringen, welche der Bieter für die ihm fehlende Leistungsfähigkeit erbringen müsste. Diese hat der Bieter nach Aufforderung dem Auftraggeber zu übermitteln.

Weiters hat das genannte Unternehmen gegenüber dem Auftraggeber mit dem Bieter solidarisch zu haften. Dies hat der Bieter durch die Vorlage einer vom genannten Unternehmen ausgefüllten und rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigten **Solidarhaftungserklärung** gemäß Beilage ./6 nachzuweisen und zwingend dem Angebot beizulegen.

Für den Fall, dass es sich beim genannten Unternehmen um einen Subunternehmer handelt, hat dieser zusätzlich die rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigte **Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers** (Beilage ./3) zwingend mit dem Angebot abzugeben.

2.4.2. Mindestgesamtumsatz

Der Bieter hat in Beilage ./7 die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch seinen Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre nachzuweisen. Als Mindestanforderung wird festgelegt, dass der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft bzw. das verbundene Unternehmen bzw. der/die Subunternehmer eine Eigenerklärung über einen Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren jeweils von zumindest **EUR 2 Millionen** exklusive Umsatzsteuer abzugeben hat.

Im Rahmen der Eignungsprüfung hat der Bieter auf allfällige Nachforderung durch den Auftraggeber seine bekannt gegebenen Umsatzzahlen durch Nachreichung entsprechender Urkunden nachzuweisen (Jahresabschluss, Umsatzsteuerbescheid etc).

2.4.3. Betriebshaftpflichtversicherung

Der Bieter hat auf Aufforderung des Auftraggebers einen Nachweis über eine aufrechte Betriebshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende Deckungszusage einer Versicherung für den Auftragsfall vorzulegen; bei Bietergemeinschaften hat jedes Mitglied diesen Nachweis zu erbringen.

Die Betriebshaftpflichtversicherung(en) hat/haben jedenfalls Sach-, Personen- und Vermögensschäden abzudecken.

Als Mindestanforderung ist jeweils eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in der im Teil eB.4 genannten Höhe nachzuweisen.

2.5. Technische Leistungsfähigkeit

2.5.1. Allgemeines

2.5.1.1. Bietergemeinschaft, verbundene Unternehmen, Subunternehmer und sonstige Dritte

Zum Nachweis ihrer technischen Leistungsfähigkeit kann sich eine Bietergemeinschaft auf die Kapazität ihrer Mitglieder stützen.

Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Bieters kann durch den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit eines Subunternehmers sowie eines anderen Unternehmers (entweder durch ein mit dem Bieter verbundenes Unternehmen oder durch einen Dritten) erbracht werden. In Bezug auf die Nachweise betreffend Ausbildung oder einschlägige berufliche Erfahrung, sowie die Bescheinigung der beruflichen Befähigung kann ein Unternehmer sich nur auf die Kapazitäten jener Unternehmer stützen, welche die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden.

Stützt sich ein Bieter auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmers, muss der Bieter durch Vorlage einer vom genannten Unternehmen ausgefüllten und rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigten **Patronatserklärung** gemäß Beilage ./5 oder eines materiell gleichwertigen Nachweises belegen, dass er im Falle der Auftragserteilung über die ihm beigestellte technische Leistungsfähigkeit verfügt. Weiters wird der Auftraggeber durch den Verweis des Bieters auf das genannte Unternehmen wirtschaftlich und rechtlich so gestellt, als ob die technische Leistungsfähigkeit beim Bieter selbst vorliegen würde. Die Patronatserklärung ist zwingend mit dem Angebot abzugeben.

Das genannte Unternehmen, auf das sich der Bieter stützt, muss daher selbst zumindest über die technische Leistungsfähigkeit verfügen, die dem Bieter fehlt. Das genannte Unternehmen hat die gleichen Nachweise zu erbringen, welche der Bieter für die ihm fehlende Leistungsfähigkeit erbringen müsste. Diese hat der Bieter nach Aufforderung dem Auftraggeber zu übermitteln.

Für den Fall, dass es sich beim genannten Unternehmen um einen Subunternehmer handelt, hat dieser zusätzlich die rechtsgültig mit qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigte **Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers** (Beilage ./3) zwingend mit dem Angebot abzugeben.

2.5.1.2. Allgemeine Anforderungen an Referenzen

Namhaft gemachte Referenzen werden im Rahmen der Eignungsprüfung nur dann gewertet, wenn der Bieter (bzw das betreffende Mitglied der Bietergemeinschaft bzw das mit ihm verbundene Unternehmen oder der allenfalls namhaft gemachte notwendige Subunternehmer) selbst Auftragnehmer oder Mitglied der beauftragten Arbeitsgemeinschaft war und der Leistungsanteil des betreffenden Bieters (bzw des Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw des mit ihm verbundenen Unternehmens oder eines allenfalls namhaft gemachten notwendigen Subunternehmers) an dem durchgeführten Referenzauftrag zumindest 50% des Auftragswertes des Referenzprojektes/Referenzgewerkes betragen hat und die Leistungen im jeweiligen Fachbereich von diesem selbst durchgeführt wurden (oder an Stelle der Eigenleistung bei der unmittelbaren Leistungserbringung durch andere Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dieses wesentlich unterstützt bzw überwacht hat).

Für die Bescheinigung von Referenzen sind die dafür vorgesehenen Referenzblätter zu verwenden.

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass der Auftraggeber zur Prüfung der angegebenen Referenzen mit den ehemaligen Auftraggebern Kontakt aufnimmt.

2.5.2. Personalausstattung

Der Bieter hat auf Aufforderung des Auftraggebers den Nachweis des jährlichen Durchschnitts der Anzahl aller Mitarbeiter des Bieters in den letzten drei Geschäftsjahren zu erbringen. (Beilage ./9)

Als Mitarbeiter gelten neben den geschäftsführenden Organen (Geschäftsführer, Vorstände etc.) Dienstnehmer mit aufrechtem Dienstverhältnis (Arbeiter und Angestellte).

Als Mindestanforderung wird festgelegt, dass der Bieter den Nachweis über mindestens 25 vollzeitäquivalente Mitarbeiter als Dienstnehmer oder einem Dienstnehmer gleichgestellten Mitarbeiter im 3-Jahresmittel der letzten drei Geschäftsjahre erbringen muss.

Zur Ermittlung des 3-Jahresmittels wird der Durchschnittswert der vom Bieter bekanntgegebenen jährlichen Durchschnitte der Anzahl aller Mitarbeiter des Bieters in den letzten drei Geschäftsjahren berechnet.

3. Zuschlagskriterien und Gewichtung

Der Zuschlag wird dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilt (Bestbieterprinzip). Der Bestbieter der gegenständlichen Ausschreibung wird über die folgenden Zuschlagskriterien ermittelt.

Als Zuschlagskriterien gelten unter Berücksichtigung der jeweiligen Gewichtungen:

Angebotspreis	85 %
Abdeckung der Anbruchgebiete u. Eingriff ins Landschaftsbild	10 %
Verlängerung der Gewährleistungsfrist	5 %
	100 %

Die Kriterien werden relativ bewertet.

Bestbieter ist jener Bieter, der bei der Summe aller Kriterien die meisten Punkte erreicht (maximal 100). Die Punkte werden auf 4 Kommastellen gerundet.

3.1. Kriterium „Angebotspreis“

Die Bewertung des Kriteriums Angebotspreis erfolgt nach dem rechnerisch geprüften Angebotspreis (§ 2 Z 26 lit a BVergG 2018).

Die gemäß diesem Kriterium zu vergebenen Punkte werden nach folgender Formel ermittelt:

$$\text{Punkte} = \frac{\text{Niedrigster Angebotspreis aller verbliebenen Bieter}}{\text{Angebotspreis des zu bewertenden Bieters}} \times 85$$

3.2. Kriterium „Abdeckung der Anbruchgebiete u. Eingriff ins Landschaftsbild“

Vergleicht man die Version 1 und Version 2 (siehe technischer Bericht Seite 44), so lässt sich feststellen, dass Version 1 eine bessere Abdeckung der Anbruchgebiete erzielt. Auch befinden sich die Masten bei Version 1 unterhalb des Kamms, was den Eingriff ins Landschaftsbild minimiert!

In der Angebotslegung ist eine Version zu wählen!

Version 1	10 Punkte
Version 2	0 Punkte

3.3. Kriterium „Verlängerung der Gewährleistungsfrist“

Die im Teil eB.2 bzw im Teil eB.4 genannten Gewährleistungsfristen können maximal um drei Jahre verlängert werden.

Die garantierte Gewährleistungsverlängerung ist im Teil eB.0 bekannt zu geben.

Die Faktoren werden zeitabhängig wie folgt gestaffelt:

Verlängerung um	Faktor
3 Jahre	3
2 Jahre	2
1 Jahr	1
Keine Angabe	0

Die gemäß dem Kriterium Verlängerung der Gewährleistungsfrist zu vergebenden Punkte werden nach folgender Formel ermittelt:

$$\text{Punkte} = \frac{\text{Faktor Verl. Gewährleistungsfrist des zu bewertenden Bieters}}{\text{Maximaler Faktor Verl. Gewährleistungsfrist (3)}} \times 5$$

Teil eB.2

(Baubeschreibung)

INHALTSVERZEICHNIS

ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	3
TABELLENVERZEICHNIS.....	3
1. LEISTUNGSZIEL UND LEISTUNGSUMFANG	4
1.1 LEISTUNGSZIEL	4
1.2 BESCHREIBUNG DES PROJEKTES UND DES LEISTUNGSUMFANGES	4
1.2.1 PROJEKTGEBIET	4
1.2.2 RÜCKBAU DER BESTEHENDEN SPRENGANLAGE	5
1.2.3 SPRENGMAST	8
1.2.4 STANDORTBESCHREIBUNG SPRENGMASTEN	9
1.2.5 ERWARTETE LAWINENEINWIRKUNG AM MASTSTANDORT	10
1.2.6 ARBEITSABSCHNITTE.....	11
1.2.7 HUBSCHRAUBERTRANSPORT.....	11
1.2.8 VERMESSUNG	11
1.2.9 ERMITTLUNG DER AUSZIEHWIDERSTÄNDE	12
1.2.10 PFAHLHERSTELLUNG.....	12
1.2.11 FUNDAMENTE.....	13
1.2.12 MONTAGE LAWINENAUSLÖSEMAST	13
1.2.13 EINSCHULUNG SPRENGMASTSYSTEM INKL. PROBESPRENGUNGEN	14
1.2.14 NACHARBEITEN	14
1.3 BAUSTELLENKOORDINATOR.....	14
2. UMSTÄNDE FÜR DIE AUSFÜHRUNG DER LEISTUNG	15
2.1 STRAßEN- UND VERKEHRSVERHÄLTNISSE.....	15
2.2 VERKEHRSFÜHRUNG WÄHREND DER BAUARBEITEN.....	15
2.2.1 ZUFAHRTSMÖGLICHKEITEN.....	15
2.3 ANGABEN ÜBER BAUGRUNDVERHÄLTNISSE.....	16
2.4 BAUSTELLENBEREICH (ERFÜLLUNGORT)	16
2.4.1 MATERIALTRANSPORT - ABFLUGPLATZ/LAGERPLATZ.....	16
2.4.2 NATURSCHUTZGEBIETE.....	17
2.4.3 GEWÄSSERSCHUTZ	17
2.4.4 LAGE, ART VON ANSCHLÜSSEN FÜR WASSER, ENERGIE UND ABWASSER.....	18
2.5 BEWEISSICHERUNG	18
2.6 RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	18
2.7 SICHERSTELLUNG LIEFERFÄHIGKEIT.....	19
2.8 BESONDERE ERSCHWERNISSE	19
3. LEISTUNGSFRISTEN	20
4. PROJEKTUNTERLAGEN.....	21
5. GLIEDERUNG DER ABRECHNUNG	22

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Projektgebietes [rot], https://vorarlberg.at/-/atlas-vorarlberg , 17.11.2022	4
Abbildung 2: Übersicht des Lawineneinzugsgebiet mit Querung der L197 bei km 16,40 bis km 16,75	5
Abbildung 3: Bestehende Antriebsstation	6
Abbildung 4: Fundamente Antriebsstation	6
Abbildung 5: bestehendes Fundament Sprengseilbahn	6
Abbildung 6: Masten 1 bis 3 Westkessel	7
Abbildung 7: Masten 1-3 Ostkessel	7
Abbildung 8: Masten 4-6 Ostkessel	8
Abbildung 9: Beispiel Sprengmast; links Wyssen Avalance Control AG, rechts Inauen Schätti AG; 2022	9
Abbildung 10: Maststandorte Version 1: mit Einwirkung von Schneewechtenbruch	10
Abbildung 11: Maststandorte Version 2: Einwirkungsfrei von Schneewechtenbruch	10
Abbildung 12: Zufahrt zum Baustellenbereich; Quelle: https://atlas.vorarlberg.at/portal/map , 19.03.2024	15
Abbildung 13: Übersicht des Baustellenbereiches inkl. Flughindernisse, Freileitungen sowie voraussichtlicher Abflug- /Lagerplatz; https://atlas.vorarlberg.at/portal/map/ ; 22.01.2024	16
Abbildung 14: Quellen und Biotope im Projektgebiet; https://atlas.vorarlberg.at/portal/map/ ; 22.01.2024	18

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erwartete Lawineneinwirkung am Maststandort; differenziert nach Szenario und Standort	11
Tabelle 2: Leistungsfristen	20

1. Leistungsziel und Leistungsumfang

1.1 Leistungsziel

Zum Schutz der Landesstraße L197 Arlbergstraße im Bereich km 16,40 bis km 16,75 und des Skigebietes wird im Gemeindegebiet Klösterle eine Sprengseilbahn betrieben, mit der Kleinlawinen ausgelöst werden, um das Anwachsen zu großen Schadlawinen zu verhindern. Das aktuelle System ist an der technischen Nutzungsdauer angelangt und kann für den Winterbetrieb nicht mehr verwendet werden.

Das Ziel ist der Abtrag der bestehenden Anlage sowie die Errichtung von Lawinenmasten, die mittels künstlicher Lawinenauslösung die Landesstraße und Teile des Skigebietes sichern.

1.2 Beschreibung des Projektes und des Leistungsumfanges

Das gegenständliche Bauprojekt beinhaltet 8 Maststandorte in unterschiedlichen Ausführungen, wobei zum aktuellen Zeitpunkt die genaue Positionierung noch nicht vollends geklärt ist. Die Ausführungsunterlagen beinhalten diesbezüglich zwei Versionen der Maststandorte, die von standort- bzw. herstellerspezifischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Näheres dazu im Kapitel 1.2.4 Standortbeschreibung. Ergänzend dazu ist zu erwähnen, dass der Mast (Z1) der etwa 100 m östlich der Bergstation Albona II positioniert werden soll, ausschließlich für die Sicherung des Skibetriebes fungiert und somit keinen Einfluss auf die L197 hat.

1.2.1 Projektgebiet

Das Projektgebiet liegt in Stuben (Gemeindegebiet Klösterle), welches sich im Bezirk Bludenz befindet. Die L197 wird im Projektgebiet im Bereich Stuben bei km 16,40 bis km 16,75 von der Albonalawine Stuben gequert. In Abbildung 1 ist die Lage des Projektgebietes (in rot) dargestellt.

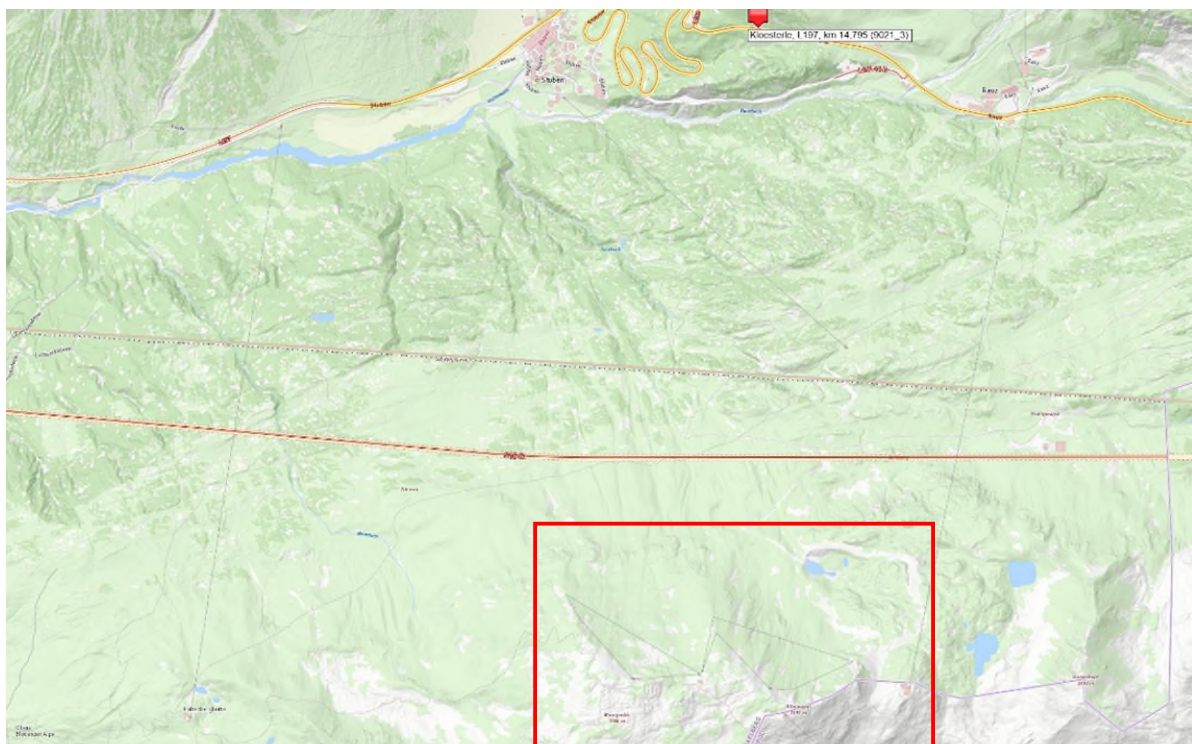


Abbildung 1: Lage des Projektgebietes [rot], <https://vorarlberg.at/-/atlas-vorarlberg>, 17.11.2022

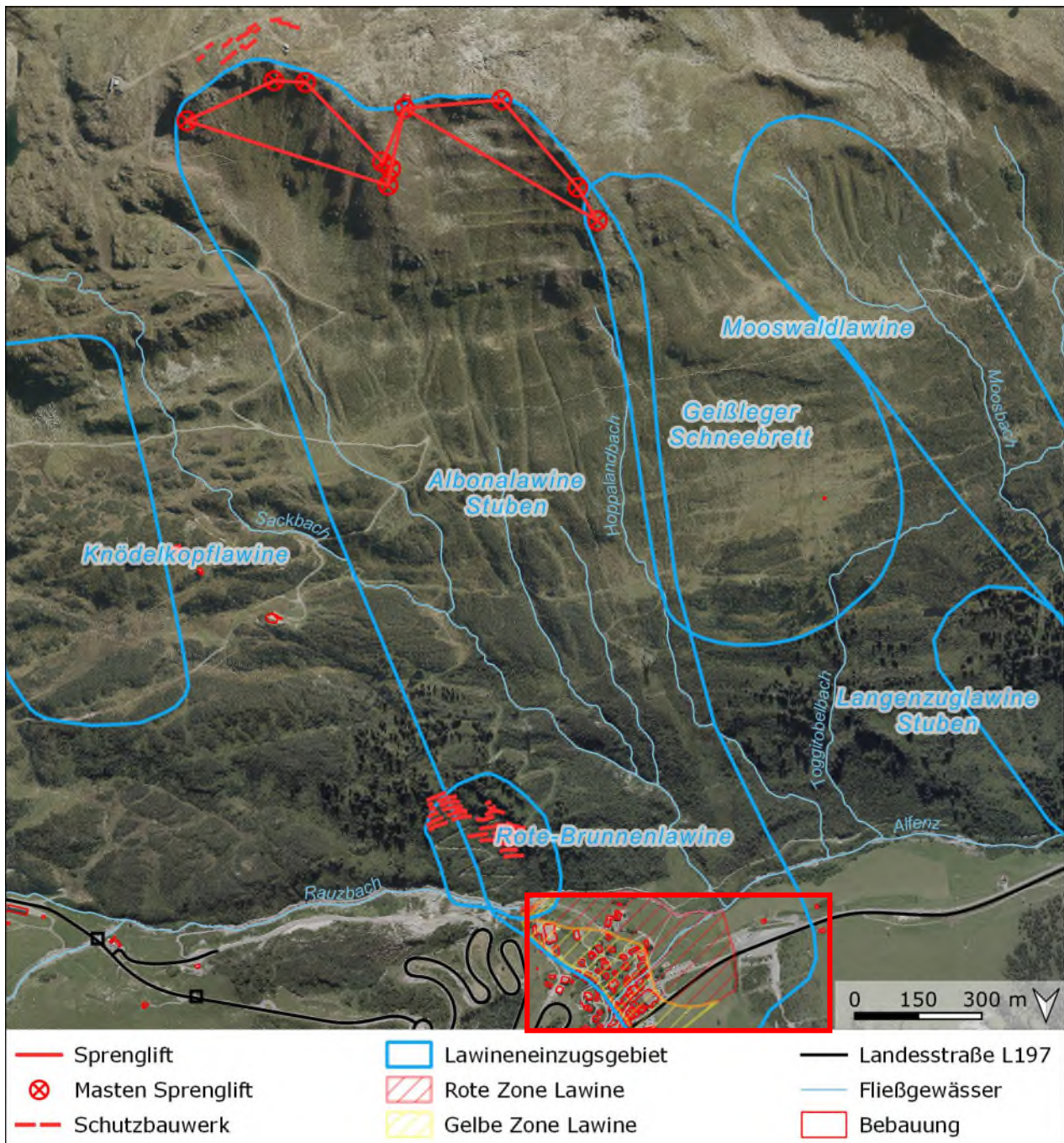


Abbildung 2: Übersicht des Lawineneinzugsgebietes mit Querung der L197 bei km 16,40 bis km 16,75

In Abbildung 2 ist das Lawineneinzugsgebiet der Albonalawine Stuben mit Querung der L197 im Bereich km 16,40 bis km 16,75 (in rot) dargestellt. Des Weiteren ist die bestehende Sprengseilbahn mit den bestehenden Maststandorten (ebenfalls in rot) ersichtlich. Der Ort Stuben mit der Gefahrenzonenplanung für Lawine mit den beiden Zonen rot und gelb, liegt dabei wie in der Abbildung ersichtlich im östlichen Auslaufbereich der Lawine.

1.2.2 Rückbau der bestehenden Sprenganlage

Es ist vorgesehen alle Anlagen der bestehenden Sprenganlage abzutragen und wegzuschaffen. Dies beinhaltet die bestehenden Seile, Abspannungen, Masten (9 Stk. inkl. Fundament) sowie die Antriebsstation (inkl. Masten, Fundamente und Anbauteile). Es ist vorgesehen die bestehenden Stahlbetonfundamente bis ca. 30 cm unter das Geländeniveau abzutragen und die verbleibenden

Hohlräume mit anstehendem Lockergestein aufzufüllen. Bei stark ausgesetzten Fundamenten auf Felsköpfen etc. wird teilweise das gesamte Fundament abgetragen werden da einige nicht tiefer wie 30 cm in den Untergrund einbinden. Die Abmessungen der Fundamente über GOK belaufen sich dabei auf bis zu $l/b/h = 1,8/1,0/0,8$ m (siehe Abbildung 3 - Abbildung 5). Die verzinkten Stahlstützen der Sprengseilbahnen sind weitestgehend baugleich und weisen eine Höhe von ca. 8-9m auf. Die Stützengesamthöhe unter Berücksichtigung des Fundaments und der zum Teil auf den Stützen verbauten Flugwarnkugeln liegt im Bereich von ca. 9 bis 12m. Der Regelquerschnitt der Stützen beträgt $0,3 \times 0,3$ m. Einige Stützen sind in der unteren Hälfte verstärkt ausgeführt und weisen im Bereich der Fußplatte Abmessungen von $0,7 \times 0,3$ m auf.



Abbildung 3: Bestehende Antriebsstation



Abbildung 4: Fundamente Antriebsstation



Abbildung 5: bestehendes Fundament Sprengseilbahn



Abbildung 6: Masten 1 bis 3 Westkessel

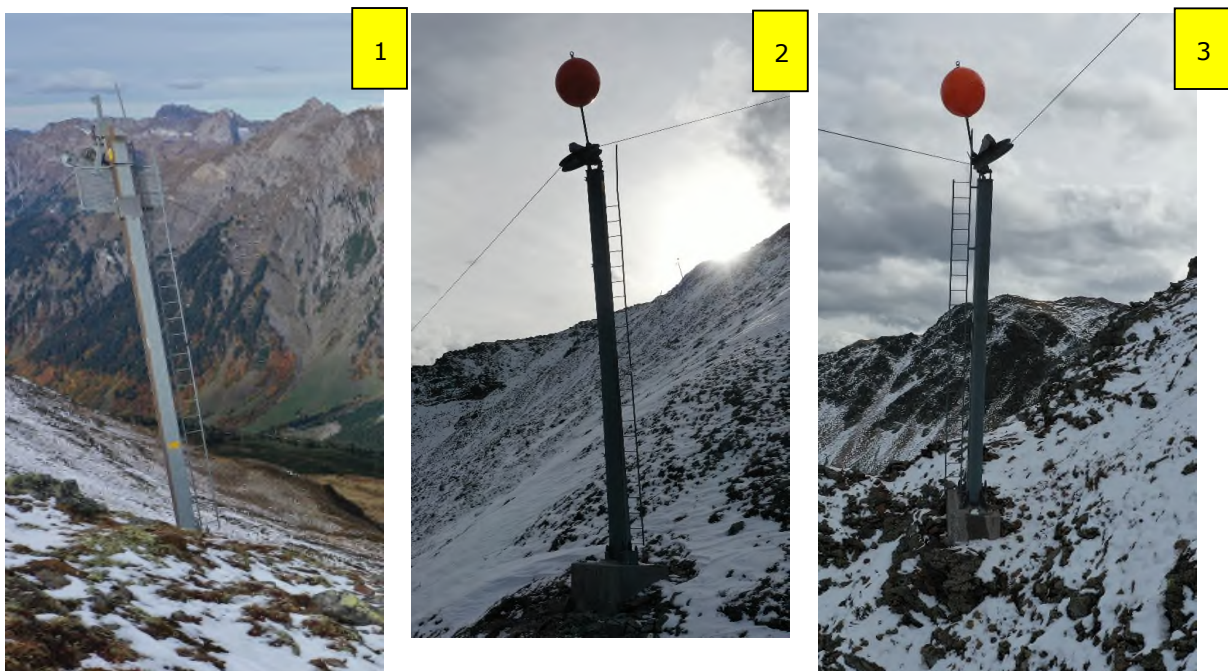


Abbildung 7: Masten 1-3 Ostkessel

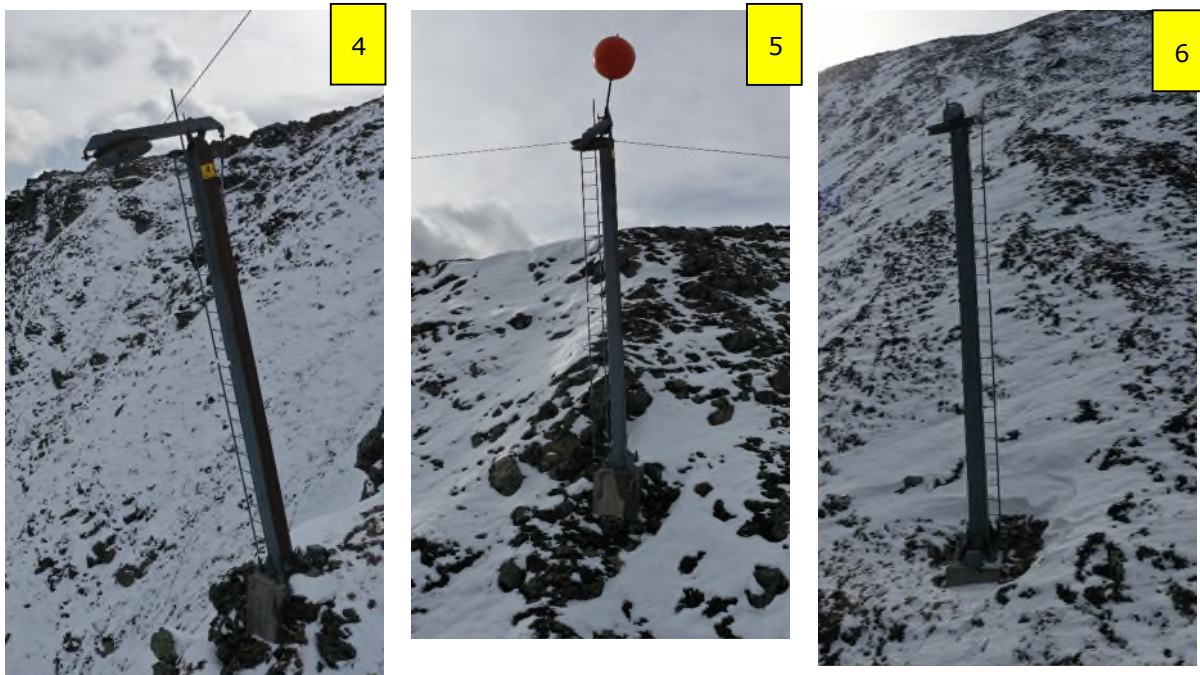


Abbildung 8: Masten 4-6 Ostkessel

Baustoffe und Bausätze – bestehende Sprenganlage

Fundamentbeton, Gründungsbeton, Aufgehendes Tragwerk	Stahlbeton Hilfsfundamente l/b/h= 0,3/0,3/0,6 Stützenfundamente bis zu l/b/h = 1,8/1,0/0,8 m
Stütze	Stahl, beschichtet; Abmessungen: 0,3x0,3m – vereinzelt unterer Teil verstärkt ausgeführt mit Abmessungen: 0,3x0,7m; Stützhöhe 8-9m
Antriebsstation / Kabine	<ul style="list-style-type: none"> - 1 Stk. Antrieb/ Kabine (inkl. Technik und Tragstützen) - Plattform inkl. Leiter, Geländer etc.; Stahl beschichtet - 2 Stk. Stahlstützen: Stahl, beschichtet - Sonstige Anbauteile: Verbindungs- und Verfestigungsmittel (Schrauben, Muttern etc.); Signalkugeln etc.

1.2.3 Sprengmast

Die genauen Abmessungen und Ausführung des Lawinenauslösesystems ist herstellerabhängig und wird nach Ausschreibung des Systems bekannt gegeben. Gemäß den standortspezifischen Anforderungen aus der Einreichung werden jedoch zwei Varianten als Beispiel angeführt.



Abbildung 9: Beispiel Sprengmast; links Wyssen Avalanche Control AG, rechts Inauen Schätti AG; 2022

Das vom AN angebotene System muss den Anforderungen aus dem Kapitel 4 und den Angebotsunterlagen entsprechen. Abhängig vom gewählten System werden Art und Anzahl der Mikropfähle ausgewählt. Die vom AN angebotenen Mikropfähle müssen auf das vom AN gewählte und zertifizierte System abgestimmt werden.

Die im Leistungsverzeichnis angeführten Mikropfahlpositionen wurden entsprechend des Beispiels – Systems (Wyssen und Inauen Schätti) konzipiert.

Dabei handelt es sich lediglich um eine Vorbemessung. Die Anordnung und zu verankernden Kräfte können abhängig vom ausgewählten System und dessen Geometrie abweichen. Diese systemspezifischen Abweichungen sind vom AN im Zuge der Angebotslegung zu berücksichtigen. Dem Angebot sind entsprechende Systemzeichnungen und Materiallisten anzufügen.

Im Zuge der Ausführung und nach erfolgter Ausziehversuche der Probepfähle erfolgt die Festlegung der Mikropfahldimensionen (Durchmesser, Länge, etc.) durch die geotechnische Bauaufsicht.

1.2.4 Standortbeschreibung Sprengmasten

Die Masten sind in der Regel so dimensioniert, dass diese die Einwirkungen durch die künstlich ausgelöste Lawine aufnehmen können. Sollten die standortspezifischen Lawineneinwirkungen aus der künstlich ausgelösten Lawine oder aus dem Abbrechen der Wechte vom System nicht aufgenommen werden, besteht die Möglichkeit, das Stahlbetonfundament zu erhöhen oder ein Schutzbauwerk zu errichten. Zum Beispiel mittels Lawinenspaltkeil aus Stahlbeton, bergseitig vor dem Mast (Fundament). Ebenso besteht die Option, alternative Standorte (Version 2) für die Masten W7 und W8 zu wählen (siehe Abbildung 10, Abbildung 11). Bei der alternativen Variante

werden aufgrund der Kammlage (Einwirkungsfrei von Schneeweichenbruch) geringere Lawineneinwirkungen auf den Sprengmast erwartet. Die am Kamm positionierten Masten weisen jedoch ungünstigere Wirkungsflächen im Vergleich zu den Masten W7 und W8 bei Variante 1 auf.

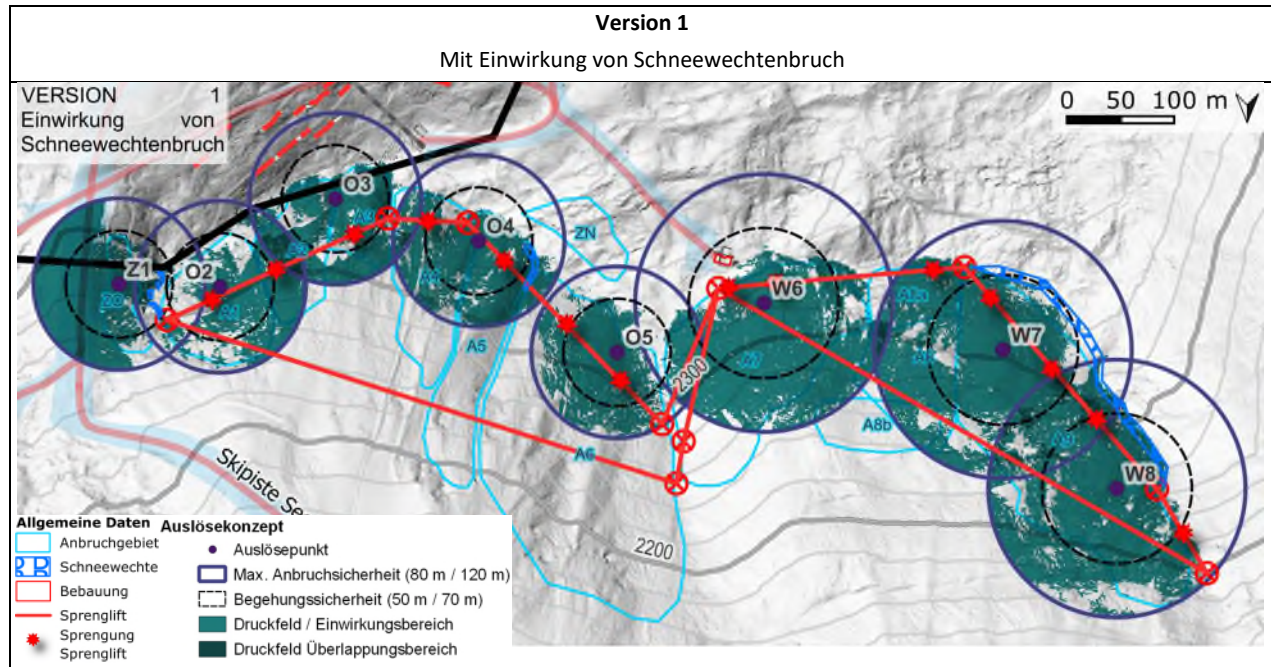


Abbildung 10: Maststandorte Version 1: mit Einwirkung von Schneeweichenbruch

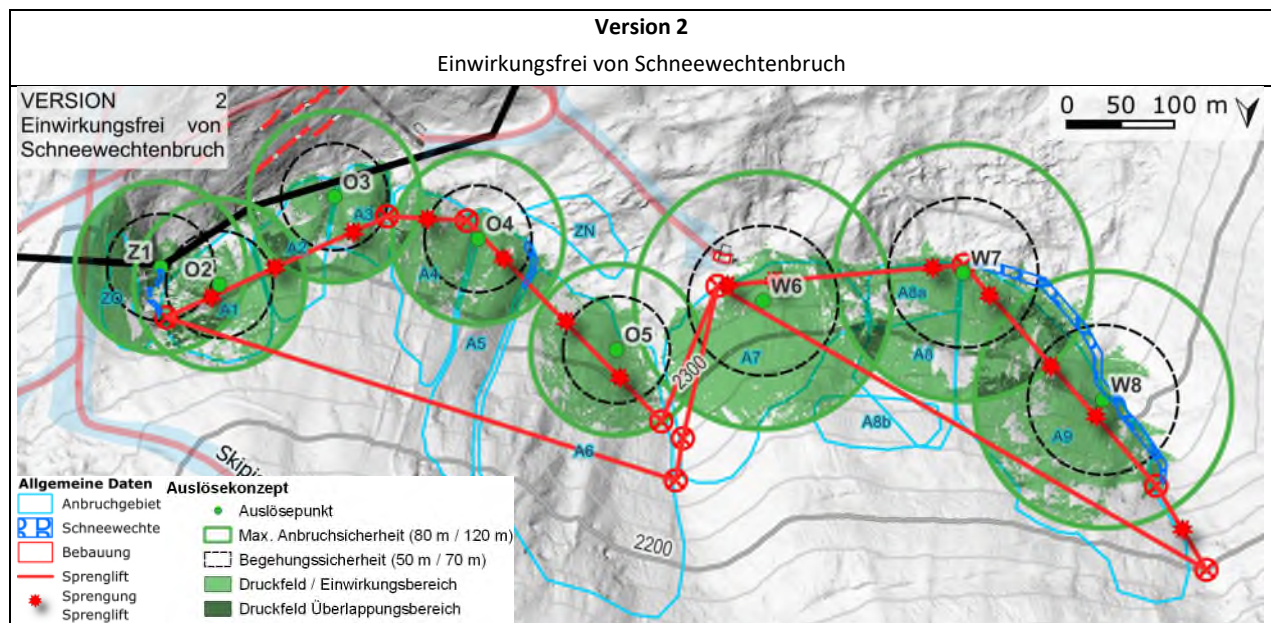


Abbildung 11: Maststandorte Version 2: Einwirkungsfrei von Schneeweichenbruch

1.2.5 Erwartete Lawineneinwirkung am Maststandort

In Tabelle 1 sind die erwarteten Lawineneinwirkungen (maximale Fließhöhe, kinetische Energie und Geschwindigkeit) dargestellt. Die Werte stammen aus der Simulation, die mit dem Programm RAMMS: AVALANCE durchgeführt worden ist. Abhängig nach Version der

Maststandorte und Szenario (150 jährliches Bemessungsereignis, 50 cm Anbruchmächtigkeit bzw. 30 cm Anbruchmächtigkeit) werden unterschiedliche Einwirkungen erwartet.

Tabelle 1: Erwartete Lawineneinwirkung am Maststandort; differenziert nach Szenario und Standort

Version 1: Mit Einwirkung von Schneewechtenbruch									
Maststandort	150 jährliches Bemessungsereignis			50 cm Anbruchmächtigkeit			30 cm Anbruchmächtigkeit		
	T150_max_Fließhöhe [m]	T150_Einwirkung [kPa]	T150_Geschwindigkeit [m/s]	50_max_Fließhöhe [m]	50_Einwirkung [kPa]	50_Geschwindigkeit [m/s]	30_max_Fließhöhe [m]	30_Einwirkung [kPa]	30_Geschwindigkeit [m/s]
W8_V1	2,40	147,04	22,21	0,50	80,57	16,39	0,30	59,48	14,08
W7_V1	2,44	123,14	20,26	0,50	67,64	15,02	0,30	50,23	12,94
W6	2,43	98,49	18,12	0,50	69,19	15,19	0,30	57,88	13,89
O5	2,36	49,29	12,82	0,50	33,05	10,50	0,30	28,24	9,70
O4	1,49	80,20	16,35	0,37	49,91	12,90	0,24	40,63	11,64
O3	2,09	55,54	13,61	0,50	35,87	10,93	0,30	30,46	10,08
O2	1,80	156,87	22,87	0,51	93,18	17,62	0,31	71,89	15,48
Z1_V1	-	-	-	0,51	39,89	11,53	0,31	33,88	10,63

Version 2: Einwirkungsfrei von Schneewechtenbruch									
Maststandort	150 jährliches Bemessungsereignis			50 cm Anbruchmächtigkeit			30 cm Anbruchmächtigkeit		
	T150_max_Fließhöhe [m]	T150_Einwirkung [kPa]	T150_Geschwindigkeit [m/s]	50_max_Fließhöhe [m]	50_Einwirkung [kPa]	50_Geschwindigkeit [m/s]	30_max_Fließhöhe [m]	30_Einwirkung [kPa]	30_Geschwindigkeit [m/s]
W8_V2	2,24	28,35	9,72	0,49	18,08	7,76	0,30	13,19	6,63
W7_V2	2,51	50,05	12,92	0,50	34,50	10,72	0,30	29,43	9,90
W6	2,43	98,49	18,12	0,50	69,19	15,19	0,30	57,88	13,89
O5	2,36	49,29	12,82	0,50	33,05	10,50	0,30	28,24	9,70
O4	1,49	80,20	16,35	0,37	49,91	12,90	0,24	40,63	11,64
O3	2,09	55,54	13,61	0,50	35,87	10,93	0,30	30,46	10,08
O2	1,80	156,87	22,87	0,51	93,18	17,62	0,31	71,89	15,48
Z1_V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1.2.6 Arbeitsabschnitte

- Vorarbeiten allgemein

Einrichten der Baustelle, Felsräumung, Errichtung temporärer Abrollschutzzaun

- Rückbau der bestehenden Sprenganlage

Abtragen + Laden + Wegschaffen: Stahlmasten inkl. Fundamente, Antriebsstation (Kabine, Masten etc.) inkl. Fundamente, Stahlseil der gesamten Sprenganlage (Ost und West)

- Vorarbeiten Hauptarbeiten

Errichtung Probepfähle inkl. Prüfung, Ausstecken und Vermessung Maststandorte und Bohransatzpunkte

- Hauptarbeiten

Bohrarbeiten, Mikropfahlarbeiten, Errichtung Fundamente, Errichtung Sprengmasten

- Nacharbeiten

Räumen der Baustelle

1.2.7 Hubschraubertransport

Der AN ist für die Erstellung eines Baustellenbewirtschaftungskonzeptes selbst verantwortlich. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wird jedoch von einem An – und Abtransport des Materials mittels Helikopterbringung ausgegangen. Die für die Baustellenbewirtschaftung erforderlichen Hubschrauberflüge für die Geräte und Materialtransport sind in die entsprechenden Einheitspositionen einzurechnen.

1.2.8 Vermessung

Die Fundamente der Maststandorte sind entsprechend der Ausführungsunterlagen im Gelände abzustecken. Die erforderlichen Anpassungen entsprechend dem gewählten System als auch die

Anpassung an die lokalen Gegebenheiten wie Geländeunebenheiten, Bewuchs, Bestandsbauwerke etc. sind im Zuge der Bauausführung festzustellen und zu berücksichtigen.

Die detaillierte Lage wird zu Beginn der Bauausführung und unter Abstimmung zwischen AG, AN, ÖBA. Hierzu wird eine gemeinsame Begehung durchgeführt.

Dementsprechend sind die Fundamente im Gelände abzustecken. Die festgelegte tatsächliche Lage der Maststandorte ist zu vermessen und planlich darzustellen.

1.2.9 Ermittlung der Auszieh Widerstände

Es ist das Herstellen von Probeanker vorgesehen. Die tatsächliche Anzahl als auch die Standorte werden im Zuge der Bestimmung der genauen Position der Maststandorte gemeinsam mit der Projektleitung, der ÖBA und dem AN entsprechend den tatsächlich vorgefundenen Verhältnissen festgelegt. Jedenfalls ist ein mit an die Untergrundverhältnisse abgestimmte Einbindelänge Länge herzustellen. Weitere Probeanker können von der ÖBA angeordnet werden.

Der Bohrlochdurchmesser hat dem der geplanten Gründungselemente zu entsprechen. Die Probeanker sind entsprechend der Regelungen der ONR 24806 sowie der ÖNORM EN 14199 auszuführen. Der Abstand zwischen den einzelnen Probepfählen hat mindestens 1,0 m zu betragen. Die Abstände der Widerlager des Prüfbockes zum Mikropfahl müssen mindestens das Fünffache des Bohrlochdurchmessers betragen.

Pfahlherstellungsprotokolle sind entsprechend den Vorgaben gemäß ÖNORM EN 14199 zu erstellen.

Zwischen Injektions- und Prüfvorgang ist auf einen ausreichenden Aushärtezeitraum des Injektionsmörtels zu achten.

Die Probelastung erfolgt mit von der ausführenden Firma gestelltem und geeignetem Prüfaufbau. Die Lastaufbringung hat vorsichtig, axial auf Zug und in mehreren Stufen bis zum Versagen oder dem Erreichen der maximalen Prüflast des Zuggliedes zu erfolgen.

Die erforderliche Pfahllänge, Stabdurchmesser und die zu erwartende Prüfkraft werden auf das gewählte System und dessen erforderliche Verankerungen abgestimmt und vor Ausführung bekanntgegeben.

Nach erfolgter Eignungsprüfung werden die erforderlichen Einbindelängen aller Gründungselemente bestimmt und dem Auftragnehmer innerhalb von 3 Arbeitstagen zur Kenntnis gebracht.

Alle daraus entstehenden Kosten sind in die entsprechenden Positionen oder den Einheitspreisen einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Für alle Pfähle (Probe- und Bauwerkspfähle) sind Bohr- und Injektionsprotokolle entsprechend den Vorgaben der ONR 24806 herzustellen und der ÖBA unaufgefordert nach Fertigstellung des jeweiligen Pfahls zu übergeben.

1.2.10 Pfahlherstellung

Die Standorte der Pfähle sind einzumessen anzuzeichnen und durch die ÖBA abzunehmen.

Die Pfahlstandorte sind entsprechend der Geometrie des gewählten Lawinenauslöseanlagesystems und den Anforderungen gemäß ONR 24806 herzustellen. Nach erfolgter Bemessung und Pfahllängenbestimmung können die Bauwerkspfähle hergestellt werden.

Pfahlherstellungsprotokolle sind entsprechend der ÖNORM EN 14199 Anhang F zu erstellen und der ÖBA unaufgefordert zu übergeben.

Nach einem ausreichenden Aushärtungszeitraum erfolgt die Abnahmeprüfung gemäß den Regelungen der ONR 24806 sowie der ÖNORM EN 14199. Es ist ein Mikropfahl je 40 Stück der auf Zug belasteten Mikropfähle zu prüfen, jedoch mindestens drei Abnahmeprüfungen je Konformitätsbereich. Die tatsächliche Anzahl der Prüfungen wird von der Projektleitung im Zuge der Ausführung bekannt gegeben.

Alle Gründungspfähle sind entsprechend der Zulassungen und Einbauanleitungen auszuführen. Die Pfähle sind mit einer Pfahlhalsverrohrung gem. Zulassung des Pfahlherstellers auszuführen. Die Pfahlkopfausbildung hat den Vorgaben der Systemzeichnungen der Lawinenauslöseanlage zu entsprechen.

Alle daraus entstehenden Kosten sind in die entsprechenden LV-Positionen einzurechnen.

1.2.11 Fundamente

Die Fundierung erfolgt mittels Stahlbetonfundament, welches mit Mikropfählen im Untergrund verankert wird. Die Art der Fundamente wird auf Basis der tatsächlichen standortspezifischen Baugrundverhältnisse und Anforderungen des Lawinensprengmastens gem. Hersteller festgelegt. Die im Leistungsverzeichnis angeführte Position beinhaltet eine Einteilung in 5 Ausführungen für Festgestein bzw. 3 für Lockermaterial.

Zusätzlich muss die Mastanlage geerdet werden. Dies erfolgt im Lockergestein in der Regel durch verzinkte Bänder. In Bereichen mit Murmeltiervorkommen wird die Anordnung eines Murmeltierschutzgitters empfohlen.

Erdarbeiten sind auf das nötige Mindestmaß zu beschränken. Es ist vorgesehen den Aushub vor Ort wieder einzubauen. Sollte dies aufgrund des übersteilten Geländes und der daraus resultierenden Erosionsgefahr nicht möglich sein wird von der ÖBA das Wegschaffen angeordnet.

1.2.12 Montage Lawinenauslösemast

Die Lage der Lawinenauslösemasten geht aus den oben angeführten Standortbeschreibungen bzw. aus den unter Kapitel 4 angeführten Beilagen hervor. Für die Errichtung des Lawinenauslösemastes muss ein Fundament, gemäß den Planvorgaben hergestellt werden.

Die Ausführung hat unter Einhaltung folgender Normen, Richtlinien und Regelwerken zu erfolgen: ÖNORM EN 1997-1, ÖNORM B 1997-1-1, ÖNORM EN 1997-2, ÖNORM B 1997-2, ONR 24806, EOTA-Richtlinien, RVS i.d.g.F.

Es ist ein kompletter Sprengmastbausatz inkl. aller für den sicheren Betrieb erforderlichen Hilfseinrichtungen fachgerecht entsprechend der Einbauanleitung des Herstellers zu montieren. Alle Systemelemente und Verbindungsmittel haben den Vorgaben des Herstellers und der entsprechenden Bauteilnormen zu entsprechen. Zertifikate, Produktspezifikationen, Produktinformationen sowie Prüfprotokolle (Korrosionsschutz, Verbindungsmittel, etc.) sind dem Angebot beizulegen. Alle Kosten für den Transport zum Einbauort, die Manipulation auf der Baustelle sowie alle Kosten für die fachgerechte Montage sind in die jeweiligen Einheitspreise einzurechnen. Das geeignete Transportmittel ist vom AN auszuwählen und ist im Vorhinein mit dem AG abzustimmen.

Die im beiliegenden Leistungsverzeichnis angeführten Mikropfahlpositionen wurden entsprechend der Angaben am Markt erhältlicher und zertifizierter Sprengmastsysteme ausgewählt. Dabei handelt es sich um eine Vorauswahl auf Grundlage einer Vorbemessung der Verankerungen. Die Anzahl der erforderlichen Pfähle und Anker und die Höhe der zu verankernden Kräfte können abhängig vom gewählten Hersteller variieren. Die erforderlichen Mikropfahllängen werden entsprechend dem tatsächlichen Erfordernis abgerechnet. Im Zuge der Ausführung und nach erfolgter Ausziehversuche der Probepfähle erfolgt die Festlegung der Mikropfahldimensionen (Durchmesser, Länge, etc.) durch den AG.

Neben dem Mast selbst, sind die für den Betrieb des Sprengmastens erforderlichen Betriebshilfsmittel wie Magazine, Auswurf- und Auslöseeinrichtungen, redundante, autarke Energieversorgung, Fernauslöseeinrichtungen und sichere Funkverbindungen, Ladungsbehälter und ggf. erforderliche Deckel und Reißleinen zu montieren.

1.2.13 Einschulung Sprengmastsystem inkl. Probesprengungen

Der Mast ist voll beladen und voll funktionsfähig bzw. einsatzbereit herzustellen, dies beinhaltet unter anderem eine Probeauslösung. Die Einschulung und Inbetriebnahme erfolgt seitens Hersteller.

1.2.14 Nacharbeiten

Im Rahmen Nacharbeit gilt es folgende Punkte zu beachten:

- Abtransport und entsprechende Entsorgung aller Abfälle und Reststoffe
- Beseitigen festgestellter Mängel
- Räumen Baustellenbereich

1.3 Baustellenkoordinator

Die Aufgaben des Baustellenkoordinators sind für die Leistungen dieser Ausschreibung zu übernehmen.

2. Umstände für die Ausführung der Leistung

2.1 Straßen- und Verkehrsverhältnisse

Das Projektgebiet bzw. der Baustellenbereich befindet sich im nicht öffentlichen Straßennetz.

2.2 Verkehrsführung während der Bauarbeiten

2.2.1 Zufahrtsmöglichkeiten

Die Zufahrt zum Baustellenbereich bzw. zum voraussichtlichen Lager- und Abflugplatz erfolgt über die bestehende Schotterstraße, die bei km 14,0 von der L197 abzweigt (H: 47.1373264, R:10.1771421).



Abbildung 12: Zufahrt zum Baustellenbereich; Quelle: <https://atlas.vorarlberg.at/portal/map>, 19.03.2024

Die Erlaubnis und die etwaige Vergütung für die Nutzung von Flächen oder Zufahrten, welche sich im Privatbesitz oder im Besitz der Gemeinde befinden muss, vom AN eingeholt und durch den AN erfolgen. Der AN ist für die Erstellung eines Baustellenbewirtschaftungskonzeptes selbst verantwortlich.

Die Zufahrtmöglichkeit und etwaige bestehende Einschränkungen aus Straßensteigungen, Straßenquerschnitte, Durchfahrtshöhen, Tonnagebeschränkungen bei Straßen und Brücken, Kurvenradien, zeitliche und lärmtechnische Einschränkungen etc. im und außerhalb des Projektgebietes sind vor Angebotslegung zu besichtigen und daraus entstehende Aufwände sind im Angebot zu berücksichtigen.

2.3 Angaben über Baugrundverhältnisse

Die geologischen Verhältnisse im Projektgebiet kennzeichnen sich allgemein durch Festgestein mit Wechsellagerungen aus Schiefergneis und Gleisglimmerschiefer mit Quarzgneis. Es gibt Bereiche wo das Festgestein oder größere Blöcke aus dem Hang ragen. Stellenweise ist der Fels von losen Einzelsteinen überzogen, die sich auf Grund von Erosion aus dem Festgestein gelöst und an der Oberfläche abgelagert haben. Vereinzelt gibt es ebenfalls Stein- bzw. Blockschutthalden. Bei diesen Halden muss vermehrt mit größeren Klüften und Hohlräume gerechnet werden. Dieser Aufbau des Baugrundes wird in abgewandelter Form im gesamten Projektgebiet erwartet.

2.4 Baustellenbereich (Erfüllungsort)

Der Baustellenbereich (Projektgebiet) umfasst jene Bereiche der bestehenden Sprenganlage sowie der neu zu errichtenden Lawinenmasten. Ergänzend dazu wird der voraussichtliche Abflug- bzw. Lagerplatz in Nähe des Lüftungsschachts des Arlbergtunnels eingerichtet. (Siehe nachfolgende Unterpunkte bzw. Kapitel 4).

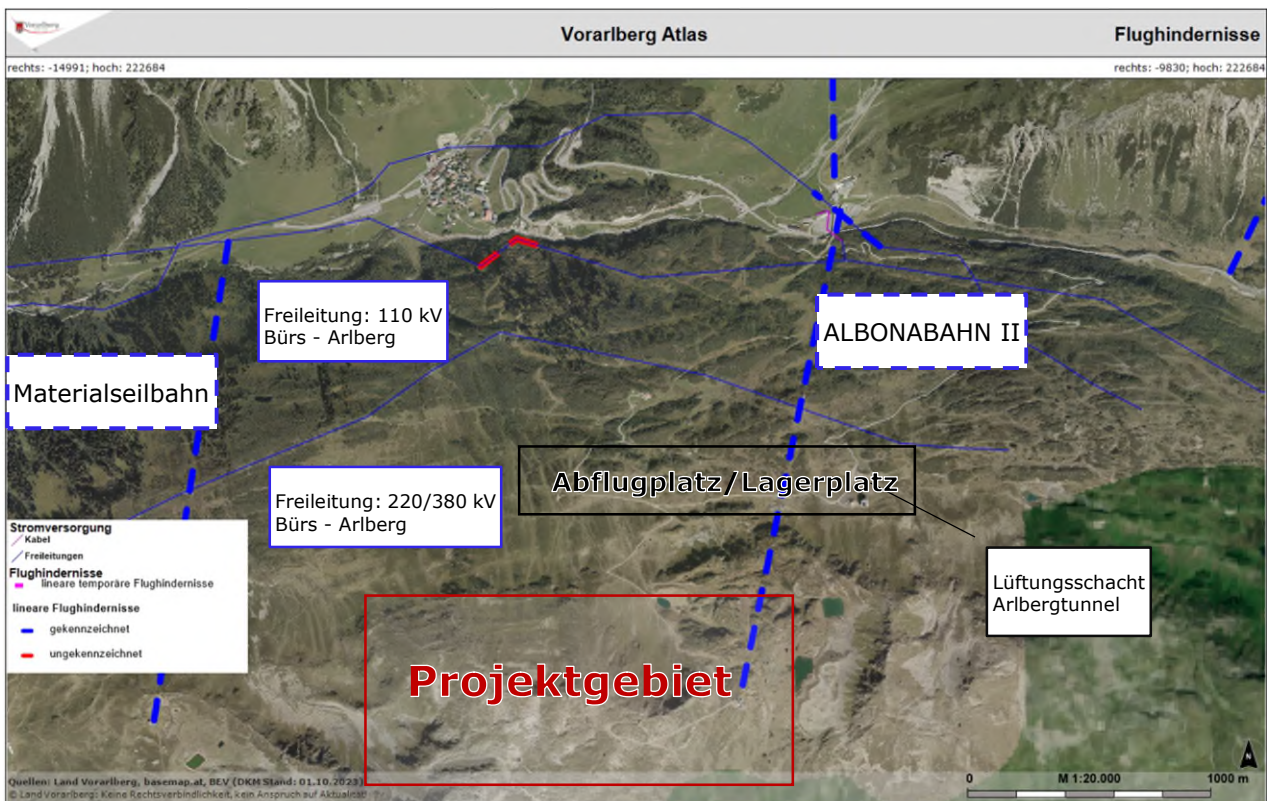


Abbildung 13: Übersicht des Baustellenbereiches inkl. Flughindernisse, Freileitungen sowie voraussichtlicher Abflug-/Lagerplatz;

<https://atlas.vorarlberg.at/portal/map/;22.01.2024>

2.4.1 Materialtransport - Abflugplatz/Lagerplatz

Der AN ist für die Erstellung eines Baustellenbewirtschaftungskonzeptes selbst verantwortlich. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wird jedoch von einem An – und Abtransport des Materials mittels Helikopterbringung ausgegangen. Der voraussichtliche Abflugplatz befindet sich dabei in Nähe des Lüftungsschachts des Arlbergtunnels (H: 47.12757, R: 10.18096). Es befinden sich Seilbahnen im Projektgebiet, die als Flughindernisse ausgewiesen sind. Ergänzend dazu, queren zwei Freileitungen das Projektgebiet (siehe Abbildung 13). Diesbezüglich wird der

Abflugplatz/Lagerplatz voraussichtlich entlang der Wegtrasse nach Westen verschoben, damit die Liftrasse mit keinen schwebenden Lasten überflogen wird.

Zusätzliche Aufwände für die Einholung von Genehmigungen, Bewilligungen, Entschädigung für Grundbesitzer für zusätzliche Lagerplätze werden nicht gesondert vergütet und sind mit den Einheitspreisen abzugelten.

2.4.2 Naturschutzgebiete

Im Projektgebiet sind mehrere Biotope ausgewiesen. Dabei kann das Biotop „Hinterlangboden, Stubigeralpe (Biotop 11201)“ voraussichtlich während der Durchführung der Bautätigkeiten tangiert werden (siehe Abbildung 14). Um Berührungspunkte mit dem angeführten Biotop zu vermeiden, wird auf folgende Maßnahmen verwiesen:

- Der voraussichtliche Lager- und Abflugplatz soll bergseitig des angesprochenen Biotops, respektive des Weges, errichtet werden.
- Bei der Durchführung wird auf eine umweltschonende Bauweise entsprechend der naturräumlichen Gegebenheiten Wert gelegt. Eine gute Eingliederung in die Landschaft ist im Zuge der Umsetzung jedenfalls anzustreben. Dies kann durch eine geländeangepasste Anordnung der geplanten Bauarbeiten erzielt werden.

2.4.3 Gewässerschutz

Aus gewässerschutztechnischer Sicht werden nachstehende Auflagen beantragt:

Zum Grundwasserschutz während der Bauzeit im Quelleinzugsgebiet der Albonaquellen ist das Merkblatt „Allgemeine gewässerschutztechnische Auflagen für den Baustellenbetrieb im Gewässerbereich“ des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Wasserwirtschaft vom 9/2015 sinngemäß einzuhalten. Die Antragstellerin hat dafür zu sorgen, dass die Einhaltung dieser Auflagen durch den Fachplaner bzw. die örtliche Bauaufsicht schriftlich bestätigt wird.

Zudem wird auf die „Allgemeine Sorgfaltspflicht“ nach §31 WRG verwiesen.

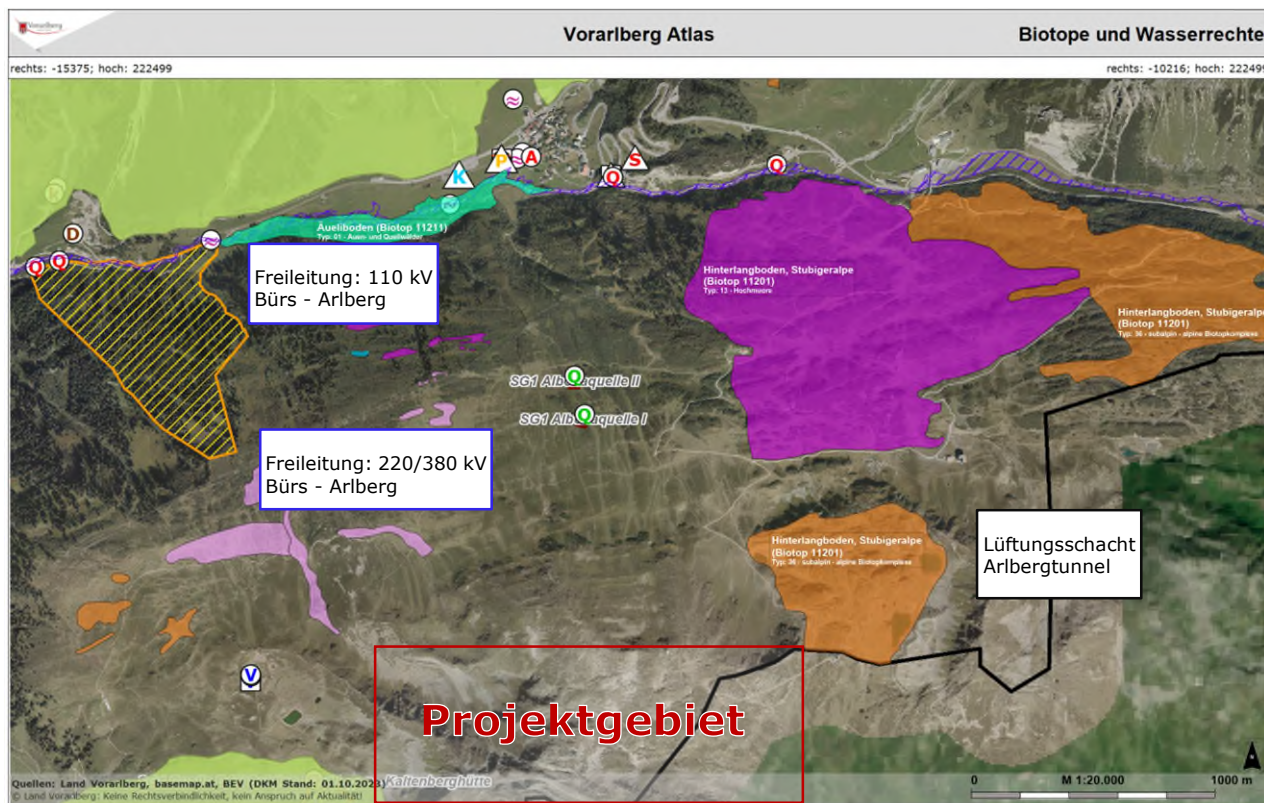


Abbildung 14: Quellen und Biotope im Projektgebiet; <https://atlas.vorarlberg.at/portal/map/>; 22.01.2024

2.4.4 Lage, Art von Anschlüssen für Wasser, Energie und Abwasser

Wasser und Energieversorgung sowie eine Abwasserentsorgung werden grundsätzlich nicht bereitgestellt. Zumindest im Bereich der Bergstation Albonabahn II kann auf dessen Strom- und Wasserversorgung zurückgegriffen werden. Dies ist jedoch direkt durch den AN mit den Bergbahnen-Stuben (Stubner Fremdenverkehrs GmbH) abzustimmen.

Aufwände für eine allfällig einzurichtende Wasser- und Energieversorgung sind mit den Einheitspreisen abzugelten.

2.5 Beweissicherung

Für Beginn der Arbeiten ist eine Bestandsaufnahme der Lagerplätze und der Baustellenzufahrt mittels einer Fotodokumentation zu erstellen. Schäden an bestehenden Zufahrtswegen und bestehenden Bauwerken sind nach Beendigung der Bauarbeiten zu beheben und es ist der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen.

Die zur Behebung der Schäden entstandenen Aufwände werden nicht gesondert vergütet und sind mit den Einheitspreisen abzugelten.

2.6 Rechtliche Rahmenbedingungen

Behördliche Genehmigungen für die Benutzung öffentlicher Straßen gemäß §90 STVO sowie Gemeindestraßen und falls erforderlich für Privatwege und alle für die Erbringung der Leistungen erforderlichen sonstigen Genehmigungen u. Bewilligungen (z.B. Flugerlaubnis,

Wochenendarbeit) sind seitens des AN einzuholen. Gleiches gilt für die vorübergehende Fremdgrundinanspruchnahme.

Aufwände zur Abklärung und Einholung der Genehmigungen, Bewilligungen, Entschädigungen für Grundbesitzer usw. für Materialtransporte und die Baustellenzufahrt werden nicht gesondert vergütet und sind mit den Einheitspreisen abzugelten.

2.7 Sicherstellung Lieferfähigkeit

Seitens Lieferanten ist ein Nachweis zu erbringen, dass die Lieferfähigkeit aller benötigten Anlagenteile inkl. Anbauteile fristgerecht gewährleistet ist.

2.8 Besondere Erschwernisse

Besondere Erschwernisse aus den Geländeverhältnissen und der Erreichbarkeit werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Dabei wird besonders auf folgende Erschwernisse aufmerksam gemacht:

Arbeiten im Steilgelände

Die Arbeiten finden zum Teil im sehr steilen Gelände statt. Dementsprechende Sicherheitsausrüstungen für Arbeiter und Baumaschinen sind vom AN bereitzustellen und in die Einheitspreise einzurechnen. Bei Lagerungen von Bau- und Betriebsstoffen sowie von Baumaschinen im geneigten Gelände muss ein Abgleiten verhindert werden.

Sämtliche Leistungen, welche für die Durchführung der Arbeiten erforderlich sind, sind mit den angebotenen Einheitspreisen abgegolten, sofern für gewisse Leistungen keine gesonderten Positionen vorgesehen sind.

Winter und Schlechtwetter

Soweit hierfür keine gesonderten Positionen im Leistungsvertrag enthalten sind, werden durch Winter- bzw. Schlechtwetter bedingte Erschwernisse im Baustellenbereich nicht vergütet.

Die Schneeräumung im Baustellenbereich erfolgt durch den AN und wird nicht gesondert vergütet.

3. Leistungsfristen

Tabelle 2: Leistungsfristen

Voraussichtlicher Baubeginn:	15.07.2024
Gesamtfertigstellungstermin:	01.12.2024

Pönalisierung sämtlicher Termine

Sämtliche oben angeführten Termine (Teilfertigstellungstermine und Gesamtfertigstellungstermin) sind pönalisiert.

4. Projektunterlagen

- EM-2021-033-001 Technischer Bericht
- EM-2021-003-005 Ausloesepunkt_Einwirkungsbereich_Version1
- EM-2021-003-006 Ausloesepunkt_Einwirkungsbereich_Version2
- EM-2021-003-009 Maststandorte Grundstueckeigentuemer
- VIIb-297A-1/2020-38 Naturschutzrechtliche Bewilligung und Wasserrechtliche Bewilligung
- Merkblatt_allgemeiner_Gewässerschutz_9-2015

5. Gliederung der Abrechnung

Bei der Erstellung der Abschlagsrechnungen und der Schlussrechnungen ist die Abrechnung auf Grund verschiedener Kostenträger bzw. Kostenteilungsschlüssel in folgende Auswertungskennzeichen AKZ zu gliedern:

AKZ	UG Nr.	Bezeichnung
Allgemein	1	Land Vorarlberg
	2	Gemeinde
	3	Bergbahnen
	4	Illwerke vkw
Bergbahnen Z1	1	Bergbahnen

Teil eB.3

(Technische Vertragsbestimmungen)

INHALTSVERZEICHNIS

1.	BAUABLAUF	3
1.1	ALLGEMEINES	3
1.2	BAULEITER UND POLIER.....	3
1.3	BAUZEITPLAN	3
1.4	KOORDINATION MIT ANDEREN AUFTRAGNEHMERN	4
2.	ALLGEMEINE TECHNISCHE VORGABEN.....	5
2.1	BAUSTELLENBETRIEB.....	5
2.2	CE-KENNZEICHNUNG UND ÜA-ZERTIFIKAT	5
2.3	ZULASSUNGEN, EINSATZFREIGABEN	5
2.4	EINBAUTEN	6
2.5	BAUSTELLENWÄSSER	6
2.6	HOCHWASSER.....	6
2.7	GRUNDWASSER.....	7
2.8	OBERFLÄCHENWÄSSER.....	7
2.9	SCHUTZMAßNAHMEN	7
2.10	TEMPORÄRE SICHERUNGSMÄßNAHMEN.....	7
2.11	SICHERHEITSABSTÄNDE BEI ARBEITEN IN DER NÄHE VON HOCHSPANNUNGSLEITUNGEN	7
2.12	LUFT/KLIMA.....	8
2.13	LIEFER- UND LEISTUNGSUMFANG	8
2.14	LIEFERUNGEN - ANLAGENTEILE.....	8
2.15	MONTAGE	8
2.16	ZUBEHÖR.....	8
2.17	SCHUTZ GEGEN BESCHÄDIGUNGEN	8
2.18	ABFALLWIRTSCHAFTLICHE VORSCHRIFTEN	8
2.19	SOFTWARE.....	10
3.	ABRECHNUNGSPLÄNE / BESTANDSPÄNE	13
4.	TECHNISCHE BEDINGUNGEN FÜR DOKUMENTATIONEN	14
4.1	ALLGEMEINES	14
4.2	AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	14
4.3	BESTANDSUNTERLAGEN	15
4.4	AUSFÜHRUNG UND ANZAHL DER UNTERLAGEN.....	16
4.5	DATENTRÄGER UND DATENFORMAT	16
5.	BAUSTELLENKOORDINATOR.....	18

1. Bauablauf

1.1 Allgemeines

Die vom AN durchzuführenden Arbeiten sind im Rahmen des vorgeschriebenen Bauablaufes des AG nach fachlichen und bautechnischen Gesichtspunkten durchzuführen.

Bei Auftragsvergabe ist die Planlieferung einvernehmlich und dem Bauzeitplan angepasst anzustimmen. Die Planlieferung des AG erfolgt einfach in Papierform mit dem Genehmigungsvermerk in digitaler Form.

1.2 Bauleiter und Polier

Der AN hat eine oder mehrere Personen spätestens in der Baueinleitung namhaft zu machen, die alle Erklärungen abgeben und entgegennehmen sowie alle Entscheidungen treffen können, die zur Abwicklung des Vertrages erforderlich sind (Bevollmächtigter Vertreter, Bauleiter, Teil eB.4 Punkt 5.2.1).

Der AN hat weiters eine oder mehrere Personen spätestens in der Baueinleitung namhaft zu machen, die mit der Organisation und Überwachung des Personal- und Geräteeinsatzes anhand der vorliegenden Arbeitslauf- und Terminpläne etc. betraut sind (Polier).

Der Bauleiter sowie der Polier des AN müssen während der Arbeitszeit stets erreichbar sein und sind verpflichtet, über Verlangen des AG unverzüglich auf der Baustelle persönlich zu erscheinen.

1.3 Bauzeitplan

Bei der Bauzeitplanung sind die Vorgaben im Teil eB.2 sowie folgende Voraussetzungen zu berücksichtigen:

- Die Hauptleistungen sind objektweise jeweils getrennt anzubieten.
- Vorgesehene Verkehrsführung.
- Örtlicher zugeordneter Ablauf aller Arbeiten.
- Verkehrssicherungsmaßnahmen (großräumige Beschilderungen, Umleitungen, Aufstellen und Umstellen etwaiger Ampelanlagen usw.), die vom AG oder AN durchzuführen sind.
- Straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Bestimmungen (z.B. LKW Wochenend- bzw. Nachtfahrverbot etc.).
- Erhärtingszeiten von Beton, Mörtel, Spritzbeton udgl.
- Wartezeiten zur Erreichung der Restfeuchte.
- Wartezeiten zwischen verschiedenen Arbeitsschritten, die vom Produkthersteller von Bauprodukten verlangt werden.
- Allfällige Auflagen und gesetzliche Bestimmungen für Arbeiten an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie während Nachtstunden.
- Etwaige Arbeiten an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie während Nachtstunden werden nicht gesondert vergütet.
- Witterungsverhältnisse mit denen erfahrungsgemäß gerechnet werden muss (Schlechtwettertage).
- Eine etwaige garantierte Verkürzung der Verkehrsbehinderung.
- Der AG kann jederzeit vom AN einen aktuellen detaillierten Bauzeitplan verlangen, welcher diesen binnen 14 Kalendertagen vorzulegen hat.

Der AN hat die Terminplanung mit dem AG abzustimmen sowie im Falle einer getrennten Vergabe einzelner Abschnitte mit den anderen vom AG beauftragten Unternehmen das Einvernehmen betreffend die Bauzeitplanung herzustellen.

1.4 Koordination mit anderen Auftragnehmern

Der AN hat mit weiteren Fremdfirmen auf der Baustelle zu rechnen. Die notwendige Koordination mit diesen ist durch den AN sicherzustellen.

Allfällige aus einer Behinderung durch andere AN oder im Auftrag des AGs tätige Personen und Firmen, die gleichzeitig auf den Baustellen des ANs tätig sind, entstehende Kosten und auch eigene Kosten des ANs sind vom AN zu tragen und werden nicht gesondert vergütet.

Im Falle einer getrennten Vergabe einzelner Abschnitte ist das gegenseitige Einvernehmen bei der Durchführung der Arbeiten herzustellen. Maßnahmen und Erschwernisse durch die Aufrechterhaltung der Zufahrten und Zugänge sind Angelegenheit jenes ANs, der durch seine Leistung die Zufahrtswege unterbricht oder verunmöglicht. Leistungen für provisorische Überfahrten werden nicht gesondert vergütet und sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

Die für die vorangegangenen Arbeiten durchgeführten Vermessung- und Absteckarbeiten sind dem AN der folgenden Arbeiten zu Kontrolle und weiteren Vermessung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

2. Allgemeine technische Vorgaben

2.1 Baustellenbetrieb

Für die Inanspruchnahme von Grundstücken für Baustelleneinrichtung oder Zufahrten durch den AN, die vom AG nicht beigestellt wurden, hat der AN mit den Grundeigentümern eine Vereinbarung zu treffen. Die Kosten für die Inanspruchnahme sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

2.2 CE-Kennzeichnung und ÜA-Zertifikat

Gemäß der gesetzlich vorgeschriebenen Kennzeichnungspflicht dürfen nur Bauprodukte mit CE bzw. ÜA- Zertifikat eingesetzt werden.

Für alle Bauprodukte, für die es noch keine CE-Kennzeichnung gibt, muss nachgewiesen werden, dass sie mit der Baustoffliste „ÖA“ übereinstimmen. Der hierfür erforderliche Übereinstimmungsnachweis erfolgt in der Regel über eine Zertifizierungsstelle.

Sämtliche Eignungsprüfungen bzw. Erstprüfungen sowie CE-, ÜA-Zertifikate und EC- Konformitätserklärungen für Baumaterialien sind rechtzeitig vor Baubeginn vorzulegen.

2.3 Zulassungen, Einsatzfreigaben

Der AN muss auf Verlangen des AG für jene Materialien, deren Verwendung geplant ist, zeitgerecht vor Beginn der jeweiligen Leistung Prüferzeugnisse über die vertraglich vorgeschriebenen Materialeigenschaften vorlegen. Falls diese Prüfzeugnisse nicht vorhanden sind, hat der AN auf seine Kosten eine akkreditierte Prüfstelle mit der Durchführung der Eignungsprüfungen zu beauftragen.

Wenn der AG begründete Zweifel an der Gleichheit des verwendeten Materials mit dem Material der Eignungsprüfungen hat, so hat der AN die Identität durch geeignete Prüfungen nachzuweisen.

Auch wenn der AG den vom AN vorzulegenden Konzepten, Plänen und sonstigen Unterlagen zustimmt, bedeutet dies keine Übernahme der Verantwortung seitens des AG für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Unterlagen bzw. für die Eignung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Verantwortung der ausbedungenen Qualität verbleibt ohne Einschränkung dem AN.

Wenn der AG auch auf die Durchführung einzelner in den weiteren Unterlagen geforderter Abnahmeprüfung verzichtet, so bedeutet dies keine Bestätigung der geforderten Werte bzw. Qualitäten. Es kommt somit zu keiner Übernahme der Verantwortung seitens des AG. Die Verantwortung für die Ausbettungen der Qualität verbleibt ohne Einschränkung dem AN.

Der AG berücksichtigt grundsätzlich die Randbedingungen für den Endzustand. Darüber hinaus sind zwischenzeitliche Bauzustände durch die Planung des AG abgedeckt, sofern diese Bauzustände fallen in den Verantwortungsunterlagen angeführt sind. Alle sonstigen Bauzustände fallen in den Verantwortungsbereich des AN. Dieser ist jedoch verpflichtet, für Bauzustände, welche Auswirkungen auf die Standsicherheit bzw. die Formgebung des endgültigen Bauwerks besitzen, den Projektanten des AG einzuschalten. Daraus resultierende zusätzliche Maßnahmen, Mehrmassen und Kosten gehen zu Lasten des AN.

Der AG kann auf die Verbindlichkeit von ÖNORMEN bzw. auf die Zulassung österreichischer Behörden bei Einhaltung von entsprechenden EU-Normen bzw. bei Vorliegen einer Zulassung eines Mitgliedstaates des EWR im Hinblick auf die Produktspezifikation verzichten, wenn die Gleichwertigkeit der Bauverfahren, Baustoffe, Prüfungsverfahren usw. sichergestellt ist. Der Nachweis ist jedenfalls vom AN zu führen.

2.4 Einbauten

Der AN hat die vom AG bekanntgegebenen bzw. übergebenen Unterlagen über Einbauten auf deren Vollständigkeit zu überprüfen.

Vor der Ausführung aller Leistungen ist auf bestehende unterirdische, in Randleisten von Brücken oder im Freien vorhandene Einbauten aller Art (wie zB. Kabel, Leistungen, Lichtwellenleiter, Schächte, Schieber, Entwässerungen, Drainagen udgl.) zu achten. Es ist deren genaue Lage im Einvernehmen mit dem jeweiligen Leitungsträger festzustellen.

Hinsichtlich eventuell erforderlicher Schutzmaßnahmen oder Änderungen an bestehenden Einbauten ist rechtzeitig das Einvernehmen mit dem AG und dem Leistungsträger bzw. Nutzungsberechtigten herzustellen.

Die im Baubereich wesentlichen Einbauten wie Leitungen und Kabel sind der Übersichtlichkeit halber in den Projektlageplänen lagemäßig eingetragen. Daraus können jedoch keinesfalls Ansprüche auf Vollständigkeit erhoben werden.

Vor Beginn der Bauarbeiten im Bereich der Einbauten hat daher der AN mit dem Leitungsträger das Einvernehmen schriftlich herzustellen. Den entsprechenden Anweisungen bzw. Anforderungen ist Folge zu leisten. Die vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen werden über die entsprechenden LV-Positionen abgegolten, soweit dies nicht durch Sondernutzungsverträge anders geregelt ist.

Wenn im Zuge des Bauvorhabens landwirtschaftliche Entwässerungen wie Drainagen berührt werden, so sind diese in ihrer Funktion im erforderlichen Maße aufrecht zu erhalten. Es ist hier das Einvernehmen mit den Grundeigentümern herzustellen. Der Bestand von Drainagen ist bei den jeweiligen Grundbesitzern zu erheben.

In der Nähe von Einbauten (z.B. Lichtwellenleiter-Trasse) ist eine erschütterungsarme Bauweise zu wählen.

Der AN darf Leitungsrechte nicht verletzen oder beeinträchtigen. Bei Beschädigungen, welche durch unsachgemäßes oder unvorsichtiges Arbeiten bzw. durch Nichteinhalten der entsprechenden Vorschriften an Einbauten entstehen, hat der AN sämtliche daraus resultierende Kosten zu tragen.

Alle Leistungen inkl. der Bestandsleitungen sind gegen baustellenbedingte mechanische Beanspruchungen zu schützen.

2.5 Baustellenwässer

Der AN hat alle Maßnahmen und Vorkehrungen zu Fernhaltung bzw. schadlosen Ableitung von Baustellenwässern zu treffen, damit eine Durchfeuchtung und damit verbundene Aufweichung der Böden und sonstige Schäden verhindert werden. Die anfallenden Kosten sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten. Falls Baustellenwässer im Vorfluter oder in das Kanalnetz eingeleitet werden oder zu Versickerung gebracht werden, so sind die allenfalls notwendigen behördlichen Bewilligungen zu erwirken und die Auflagen einzuhalten.

2.6 Hochwasser

Sofern nicht anders geregelt, gilt ein Hochwasser ab dem HQ 30 als außergewöhnliches Elementarereignis. Nach Abklingen des Hochwassers ist das Ausmaß der eventuellen Schäden an Bauwerk von AG und AN gemeinsam aufzunehmen und im Baubuch zu vermerken.

Der AN hat durch geeignete bauliche und organisatorische Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten auftretendes Hochwasser keinen bzw. einen

möglichst geringen Schaden im Sinne der Schadensminimierungspflicht verursacht. Die notwendigen Maßnahmen sind in Abstimmung mit dem AG durchzuführen, außer bei Gefahr in Verzug.

2.7 Grundwasser

Mit der beauftragten Wasserhaltung übernimmt der AN die uneingeschränkte Gefahr für alle Grundwasserhöchststände bis zur HGW 30 Marke (30-jährliche Eintrittswahrscheinlichkeit). Bis zu dieser Marke erfolgt keine zusätzliche Vergütung der Maßnahmen oder Schäden.

2.8 Oberflächenwässer

Der AN hat während der gesamten Bauzeit für die schadlose Ableitung der anfallenden Oberflächenwässer zu sorgen.

2.9 Schutzmaßnahmen

Alle notwendigen Schutzmaßnahmen – ausgenommen sind nur Schutzgerüste – sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten, sofern es sich um Nebenleistungen handelt. Gleiches gilt auch für alle Vorkehrungen zum Schutz des öffentlichen Verkehrs und des Baustellenverkehrs im Bereich des Bauvorhabens und für alle in der Ausschreibung beschriebenen Maßnahmen, welche infolge gleichzeitig laufender Arbeiten erforderlich sind.

2.10 Temporäre Sicherungsmaßnahmen

Die temporären Sicherungsmaßnahmen sind sämtliche Maßnahmen, welche für den Zeitraum der Herstellung des endgültigen Werkes zu Sicherung der Baustellen und für die Sicherheit der Arbeitnehmer während der Baudurchführung erforderlich sind.

Für diese temporären Sicherungsmaßnahmen wie z.B. Abrollschutzzäune, Entwässerungen, Ankerungen, Böschungssicherungen, Pölzungen, etc. ist keine positionsweise Abrechnung vorgesehen.

Die temporären Sicherungsmaßnahmen liegen ausschließlich in der Sphäre des AN. Mit der Verlagerung der temporären Sicherungsmaßnahmen in der Sphäre des AN räumt der AG dem AN jegliche Dispositionsmöglichkeit für die Herstellung des gegenständlichen Werkes ein.

Das Ziel der gegenständlichen Ausschreibung – also das beschriebene Werk – kann durch den AN auf unterschiedliche Weise erreicht werden, weshalb die Herstellung der temporären Sicherungsmaßnahmen in den Verfügungsbereich des AN gestellt wird. Deshalb ist die Art der Sicherung Sache des AN.

Sollte es nicht möglich sein, diese Maßnahme ordnungsgemäß zu kalkulieren, so ist der AN verpflichtet, in der Angebotsfrist den AG auf diesen Umstand hinzuweisen, damit im Sinne eines fairen Wettbewerbes eine Ergänzung der Ausschreibung möglich ist. Nach Ablauf dieser Frist sind alle diesbezüglichen Forderungen des AN ausgeschlossen.

Die temporären Sicherungsmaßnahmen sind daher – so weit nicht eigene Positionen für diese Maßnahmen vorgesehen sind – zur Gänze mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

2.11 Sicherheitsabstände bei Arbeiten in der Nähe von Hochspannungsleitungen

Die Bodenabstände der Leiterseile von Hochspannungsleitungen richten sich nach den geltenden Errichtungsvorschriften. Bei Straßen und Verkehrswegen werden die möglichen Fahrzeughöhen nach der Straßenverkehrsordnung berücksichtigt. Überschreiten Fahrzeuge oder Gegenstände diese Höhen, so sind in jedem Fall die Sicherheitsabstände gemäß EN 50110 einzuhalten. Besonders ist dies bei Bauarbeiten und dort insbesondere bei Sondergeräten zu beachten. Der

AN hat mit dem jeweiligen Netzbetreiber die Zulässigkeit von Annäherungen an spannungsführende Anlagenteile abzustimmen.

2.12 Luft/Klima

Der AN hat dafür zu sorgen, dass während der Bauphase die Staubbelastungen minimiert werden. Eine ausreichende Befeuchtung von Flächen wie Straßen, Wege und Plätze, von denen Staub ausgeht, ist vorzusehen und wird nicht gesondert vergütet, sofern keine eigenen LV-Positionen vorhanden sind. Staubende Güter müssen abgedeckt werden.

2.13 Liefer- und Leistungsumfang

Das Projekt umfasst die komplette, betriebs- und funktionsbereite Ausführung der Lawinenmaste mit der gesamten elektromaschinellen Ausrüstung samt der notwendigen Steuerungssoftware.

Es sind alle Kleinmaterialien, alles Zubehör sowie alle Leistungen in die Einheitspreise einzukalkulieren, die für eine einwandfreie Funktion notwendig sind, auch wenn diese Leistungen nicht detailliert angeführt oder beschrieben sind.

2.14 Lieferungen - Anlagenteile

Alle Lieferungen verstehen sich frei Baustelle. Alle daraus entstehenden Kosten für den kompletten Transport, für Verpackung, Gebühren usw. sind in die Einheitspreise einzurechnen.

2.15 Montage

Die gesamte Montage einschließlich der Beistellung von Montagehilfen ist Aufgabe des AN.

Das Versetzen von Dübel, Schellen sowie aller sonstigen Befestigungsteile hat durch den AN zu erfolgen und ist, sofern keine eigenen Positionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind, mit den Einheitspreisen abgegolten.

2.16 Zubehör

Sämtliches für die Bedienung und Wartung notwendige Zubehör ist einmal mitzuliefern. Darunter fallen Spezialschlüssel, Warnschilder, Spezialwerkzeuge usw.

2.17 Schutz gegen Beschädigungen

Alle Oberflächen, Anlagenteile, bei denen die Gefahr besteht, dass sie beim Transport oder Montage beschädigt oder in deren Funktion beschädigt werden, sind mit einem Schutzmittel (Verpackung, Folie, Schutzanstrich usw.) werkseitig abzudecken. Alle damit verbundenen Maßnahmen und Kosten sind Sache des AN und in die Einheitspreise einzurechnen.

Vor der Inbetriebnahme sind diese Schutzmittel wieder auf Kosten des AN zu entfernen.

2.18 Abfallwirtschaftliche Vorschriften

2.18.1 Allgemeines

Seitens der Vertragspartner sind sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durchführung der Bauarbeiten die notwendigen gültigen abfallrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Daher ist immer, wenn im Leistungsverzeichnis auf die Baurestmassentrennverordnung verwiesen wird, die Recycling-Baustoffverordnung anzuwenden.

Abfallerzeuger bei Abbruch- und Aushubabfällen ist der AG, bei Baustellenabfällen der jeweilige verursachende AN.

Baurestmassen sind in der Regel Abfälle im Sinne des AWG 2002. Keine Abfälle sind nicht kontaminierte Böden und andere natürlich vorkommende Materialien, die im Zuge von

Bauarbeiten ausgehoben werden, wenn sichergestellt ist, dass diese in ihrem natürlichen Zustand und auf derselben Baustelle für Bauzwecke verwendet werden (§ 3 Abs 1 Z 8 AWG 2002).

Abfälle sind getrennt zu sammeln, zu lagern, zu befördern und zu behandeln. Verwertbare Materialien sind einer Verwertung zuzuführen, sofern dies ökologisch zweckmäßig und technisch möglich ist und dies nicht mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist.

Der Anfall von Abfällen ist so weit wie möglich zu vermeiden. Ist die unmittelbare Wiederverwendung nicht möglich, sollen einzelne Bauteile so vorbereitet werden (Prüfung, Reinigung oder Reparatur), dass sie der Wiederverwendung zugeführt werden können. Ist eine Wiederverwendung nicht möglich, sind die Abfälle einem Recycling zuzuführen, bei welchem die Abfälle zu Produkten, Sachen oder Stoffen entweder für den ursprünglichen Zweck oder für andere Zwecke aufbereitet werden. In jenen Fällen, in denen auch ein Recycling nicht möglich ist, sind die Abfälle einer sonstigen Verwertung zuzuführen, bei welcher die Abfälle innerhalb einer Anlage oder in der Wirtschaft in umweltgerechter Weise einen sinnvollen Zweck erfüllen (bspw. Verfüllungen mit Aushub, Verbrennung in einer Mitverbrennungsanlage). Eine Verwertung ist nur zulässig, wenn der jeweilige Abfall unbedenklich für den beabsichtigten Zweck einsetzbar ist und keine öffentlichen Interessen beeinträchtigt werden können und durch diese Maßnahme nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen wird (§ 15 Abs 4a AWG 2002). Ist auch keine Verwertung möglich, sind die Abfälle einer ordnungsgemäßen Beseitigung zuzuführen (bspw. Ablagerung in einer genehmigten Deponie).

Ausgebauter bitumengebundener Asphalt und Betonabbruch sind grundsätzlich als recyclingfähige Materialien getrennt zu gewinnen und primär einer Wiederverwertung zuzuführen. Wenn eine primäre Wiederverwertung nicht möglich ist, so muss eine ordnungsgemäße Beseitigung nachgewiesen werden.

Sämtliche Formblätter für die Abfalldokumentation sind unter www.brvt.at erhältlich.

2.18.2 Rückbau (Abbruch) von Bauwerken

Bei Abbruchmaßnahmen hat bei Überschreiten des gesetzlichen Schwellenwertes (> 100 t Bau- und Abbruchabfälle ohne Bodenaushubmaterial) seitens des AN eine Dokumentation (Formblatt „Rückbaukonzept“ nach ÖNORM B 3151) des Rückbaues zu erfolgen, die vor Beginn und während des Abbruchs auf der Baustelle aufliegen muss.

2.18.3 Trennung der anfallenden Abfälle

Alle auf der Baustelle anfallenden Anfälle sind ausnahmslos in gefährliche und nicht gefährliche Abfälle zu trennen. Dabei gilt ein grundsätzliches Vermischungsverbot von Abfällen unterschiedlicher Qualität zur Einhaltung von Grenzwerten!

Die dafür notwendigen Flächen sind vom AN zu organisieren.

Soweit nicht gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind, sind die Kosten für das Trennen und für die Nachweise mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

2.18.4 Zwischenlagerung von Abfällen auf der Baustelle

Die zeitweilige Lagerung von Abfällen auf dem Gelände der Entstehung ist ohne besondere Genehmigung unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Die Lagerung hat an geeigneten Orten auf die Dauer der Baustelle begrenzt im Baustellenbereich (Baufeld, Baulos) unter Berücksichtigung des Vermischungsverbotes zu erfolgen. Lagerflächen für Abfälle sind im Baustelleneinrichtungsplan (wenn erforderlich) ersichtlich zu machen.

2.18.5 Übergabe von Abfällen

Der AN hat die auf der Baustelle anfallenden Abfälle einer umweltgerechten Verwertung oder Beseitigung im Sinne des § 15 Abs 5a lit b AWG 2002 zuzuführen. Die entsprechenden Nachweise sind dem AG laufend zu übergeben.

Sind in der Ausschreibung keine eigenen Leistungspositionen für eine bestimmte Art der Entsorgung oder Verwertung von Baustoffen und sonstigen Materialien enthalten, hat der AN ohne gesonderten Kostenanspruch nach eigenem Ermessen, jedoch unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften darüber zu verfügen. Mit den vereinbarten Preisen, die ein zweckdienliches Beseitigen durch den AN wie zB „Wegschaffen“ beinhalten, sind auch die damit verbundenen Kosten der Entsorgung bzw Verwertung inklusive allfällig anfallender Kosten für Abgaben und Bewilligungen abgegolten.

Die beabsichtigte Verbringung von Abfällen aus und nach Österreich zur Beseitigung hat auf Grundlage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen.

2.18.6 Deponierung

Aushubmaterial und technisches Schüttmaterial

Bei Kleinmengen (< 2000t) von nicht verunreinigtem Bodenaushubmaterial ist eine Ablagerung auf jeder Deponieklasse möglich. Als Abfallinformation ist dem Deponiebetreiber das vom AG und AN unterzeichnete Formblatt „Aushubinformaton“ auszuhändigen.

Baurestmassen

Offensichtlich verunreinigte Baurestmassen bzw. Baurestmassen mit Verdacht auf Verunreinigungen sind vom AG gemäß Deponieverordnung 2008 mit einem Beurteilungsnachweis zu befunden, aus dem die Deponieklasse hervorgeht.

Ausgewählte mineralische Baurestmassen können ohne analytische Untersuchung auf Deponien abgelagert werden. Die Beschreibung des Abfalls ist vom AN entsprechend in einer Abfallinformation zu dokumentieren und vor Beginn der Ablagerung dem Deponiebetreiber zu übergeben.

Die direkte Ablagerung von teerhaltigem Straßenaufbruch ist auf einer Reststoffdeponie ohne analytische Untersuchung möglich, wenn keine weiteren gefährlichen Inhaltsstoffe vorliegen. Dem Deponiebetreiber ist vom AN eine entsprechende Abfallinformation zu übergeben.

2.19 Software

2.19.1 Begriffsdefinitionen

Bei Softwarekomponenten wird zwischen Systemsoftware und Anwendungssoftware sowie zwischen Standardsoftware und Individualsoftware unterschieden.

Als **Systemsoftware** werden jene Softwarekomponenten bezeichnet, die für die Funktionalität der Hardwarekomponenten notwendig sind. Zur Systemsoftware gehören Betriebssysteme, Firmware und andere systemnahe Software.

Anwendungssoftware ist eine für die Erfüllung einer spezifischen Aufgabenstellung des Benutzers orientierte Softwarelösung (Applikation). Das Spektrum reicht von allgemeiner Anwendungssoftware, wie Tabellenkalkulation, Text-, Bildverarbeitung usw. bis hin zu branchenüblicher Anwendungssoftware, wie beispielsweise einer Finanzbuchhaltung. Der Funktionsumfang von Anwendungssoftware kann im Normalfall nur durch Konfiguration angepasst werden.

Standardsoftware ist Software, die für die Bedürfnisse einer größeren Anzahl von Kunden am Markt entwickelt wurde und die einschließlich der zugehörigen Dokumentation als Standardlösung am Markt erhältlich ist.

Individualsoftware ist eine auf Basis einer speziellen Spezifikation für einen bestimmten Anwender entwickelte maßgeschneiderte Softwarelösung.

2.19.2 Allgemeine Anforderungen

Der Auftragnehmer hat Softwarekomponenten zu liefern,

- die frei von Viren und anderen Softwareanomalien sind,
- die frei von Kopierschutzeinrichtungen, CPU-Nummern, Datums-, Programmiersperren oder ähnlichen nutzungsbeschränkenden Routinen sind, sofern nicht im Einzelnen im Angebot darauf hingewiesen wurde,
- die nicht nur auf Funktionalität sondern auch auf das Verhalten bei im Anwendungsgebiet zu erwartenden Grenzfällen (Fehleingaben, Anzahl gleichzeitiger Transaktionen, Datenmengen) getestet wurden bzw. werden und
- zuverlässig die beschriebenen Funktionen erfüllen.

Änderungen von Standardsoftware und anwenderspezifische Anpassungen sind so durchzuführen, dass die Versionsfähigkeit nicht verloren geht.

2.19.3 Zusätzliche Anforderungen an Anwendungssoftware

Der Auftragnehmer hat Anwendungssoftware zu erstellen und/oder zu liefern,

- die benutzerfreundlich ist, für gleiche oder ähnliche Sachverhalte ähnlich funktioniert und von einem mit dem Sachgebiet der Anwendung vertrauten Benutzer in den Grundfunktionen problemlos benutzt werden kann,
- die für den Anwender eine deutsche Benutzersteuerung bietet,
- bei der innerhalb eines Anwendungsgebietes eine einheitliche Menügestaltung und Funktionstastenbelegung gegeben ist,
- bei der ein einheitliches deutschsprachiges Online-Hilfesystem realisiert ist,
- die für jedes Eingabefeld am Bildschirm den möglichen Wertebereich der Eingabe anzeigt und im Falle einer aufzählbaren Menge an möglichen Eingabewerten die Eingabe des Wertes durch Auswahl aus einer Liste zulässt,
- die gegen übliche Arten von Fehlbedienung (z.B. durch Verwendung von Wertebereichsprüfungen und Integritätsregeln) abgesichert ist,
- deren Installation auf Standardbetriebssystemen möglich ist,
- in der Zahlenwerte, wie Prozentwerte, Wertgrenzen u.ä. durch den AG parametrierbar sind.

2.19.4 Zusätzliche Anforderungen an Individualsoftware

Der Auftragnehmer hat Individualsoftware zu erstellen und zu liefern, bei der insbesondere

- die Funktion und die Ein- und Ausgabeparameter jedes Moduls durch einen an den Header des Moduls anschließenden Kommentar im Sourcecode verständlich erklärt werden,
- der Sourcecode ausreichend erklärende Kommentare beinhaltet,
- die möglichst unter Verwendung eines Data-Dictionary, eines Sourcecode-Verwaltungssystems, und eines Testdatengenerators sowie eines Testhilfesystems erstellt und gegebenenfalls gewartet wird,

- die nicht nur vom Programmierer selbst, sondern auch von anderen Mitarbeitern des Auftragnehmers vollständig getestet wurde,
- eine eindeutige Versionierung vorhanden ist.

2.19.5 Zusätzliche Anforderungen an Webanwendungen

Webanwendungen sind nach folgenden Prämissen zu erstellen:

- Bedienbarkeit über Standard-Browser,
- Optimierter Seitenaufbau,
- Hohe Bedienerfreundlichkeit und übersichtliche Struktur,
- Einsatz von Cookies nur dort, wo unbedingt notwendig.

2.19.6 Lizenzen

Alle notwendigen Softwarelizenzen sind zu berücksichtigen und dem AG zu übergeben.

2.19.7 Softwarepflege

Die Softwarepflege ist für die gesamte Vertragslaufzeit Teil der Leistung. Sie hat insbesondere zu inkludieren:

- Updates bzw. Fehlerbehebungen (Bugfixes) jederzeit, bei konkreten Bedarf
- Unverzügliches Einspielen aktueller Servicepacks, Patches udgl.
- Regelmäßiges Aktualisieren von Parameterdateien der in den Systemen integrierten Sicherheitssysteme (z.B. Virensignaturen, Firewallparameter) usw.

Der Auftraggeber behält sich vor, auf das durch den AN vorgesehene Softwareupdate zu verzichten oder den Zeitpunkt des Upgrades zu bestimmen (z.B. wenn eine geplante Lieferung eines neuen Anlagenteils ein Software-Upgrade des gesamten Systems erforderlich macht). In diesem Sinn darf auch das Einspielen etwaiger Patches, Service- Packs udgl. durch den AN nur nach Rücksprache und in Abstimmung mit dem AG erfolgen. Der AN hat den AG jedoch mindestens vierteljährlich über die Verfügbarkeit etwaiger Patches und Updates sowie Verbesserungen und Weiterentwicklungen der Software nachweislich zu informieren.

Unabhängig davon sind Virensignaturen, Firewall- Parameter u.ä. in kürzeren Intervallen (in der Regel mindestens täglich) für die Installation bereitzustellen bzw. zu installieren.

Der Auftraggeber erhält, wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, stets den vollständigen Leistungsumfang der Software und alle Rechte, diesen Leistungsumfang auch zu nutzen. Alle enthaltenen Leistungsmerkmale müssen freigeschaltet sein, unabhängig davon, ob dies explizit spezifiziert wurde.

Die Installation von neuen Software-Hauptversionen erfolgt frühestens zu einem Zeitpunkt, zu dem die Einsetzbarkeit dieser Versionen durch praktische Erfahrung bzw. Tests bewiesen ist und der AN auf der Grundlage dieser Tests und sonstiger qualitätssichernder Maßnahmen die Problemlosigkeit des Umstiegs und des Einsatzes der neuen Softwareversionen erklärt.

3. Abrechnungspläne / Bestandspläne

Der AN hat jene Abrechnungspläne, Berechnungen und Mengenaufstellungen, welche als Grundlage für die Aufstellung der Rechnungen und für die Erstellung der Bestandsdokumentation erforderlich sind, anzufertigen.

Weiters sind dem AG mit der Abrechnung Bestandspläne für den Straßenbau zu übergeben. Planbasis für den Bestandsplan ist der Lageplan des Projekts, in dem alle gegenüber dem Projekt geänderten Ausführungen ersichtlich sein müssen.

Für die CAD-Pläne sind neben den Originalfiles (DWG) zusätzlich die jeweiligen Plotfiles im Format Adobe PDF und in Papierform zu liefern.

Bei der Erstellung der Plotfiles ist darauf zu achten, dass das Papierformat den tatsächlichen Abmessungen der jeweiligen Zeichnung entspricht und die Aktualität dem jeweiligen DWG-File gleichkommt.

Die Darstellung der Abrechnungspläne hat in Farbe zu erfolgen, Bestehendes muss in schwarzer Farbe hervorgehoben werden.

4. Technische Bedingungen für Dokumentationen

4.1 Allgemeines

Der Auftragnehmer hat für das vorliegende Bauvorhaben die Freigabe- und Bestandspläne zu erstellen.

Unmittelbar nach Auftragsvergabe hat der Auftragnehmer mit den Arbeiten zur Erstellung der Freigabeunterlagen zu beginnen.

Die Durchsicht von Unterlagen des AN durch den AG und dessen ÖBA enthebt den Auftragnehmer aber nicht seiner Verpflichtung zur Einhaltung des Vertrages und der Gewährleistung.

Für die Ausführung der Zeichnungen gelten die einschlägigen Normen insbesondere für Dokumente der Elektrotechnik die ÖNORM EN 61082-1.

Außerdem hat der Aufbau der Zeichnungen nach Wunsch des AGs zu erfolgen bzw. sind diese an das System der vorhandenen Anlagendokumentation des AGs anzupassen. Es ist Aufgabe des Auftragnehmers, vor Inangriffnahme der firmenspezifischen Fertigungs- und Montageplanung eine entsprechende Abklärung mit dem AG herbeizuführen.

4.1.1 Datenaustausch über Internet

Größere Datenmengen werden über die Internet Cloud - CNV Drive des Landes Vorarlberg ausgetauscht.

Webadresse: <https://drive.cnv.at/>

Die Freigabe entsprechender Dateien oder Ordner für den Upload/Download erfolgt über einen Link via E-Mail.

4.2 Ausführungsunterlagen

4.2.1 Freigabeunterlagen

Die Unterlagen der Ausführungsplanung sind zur Prüfung dem AG und der ÖBA vorzulegen.

Dem AG und der ÖBA steht eine zweiwöchige Prüfungsfrist ab Einreichung zur Verfügung.

Danach erfolgt eine Freigabebesprechung vor Ort über die eingereichten Unterlagen. Auf mangelhafte oder unzureichende Unterlagen erfolgt jedenfalls keine Freigabe. Diese müssen vom AN überarbeitet und neu vorgelegt werden.

Die AN hat dabei die Freigabeunterlagen so einzureichen, dass durch die Prüffrist keine wie immer gearteten Verzögerungen im Baufortschritt entstehen.

Die Prüfungsergebnisse und der Überarbeitungsstatus sind in einer Freigabeliste (Plan- bzw. Dokumentennummer, Datum, Revision, Anmerkungen Prüfungen, Anmerkungen Änderungen, Freigabestelle, Freigabestatus inkl. Datum) nach Vorgabe des AGs zu dokumentieren.

Die Abänderung der Freigabeunterlagen ist in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Die Zeichnungen haben bereits gemäß den Vorgaben für die Bestandspläne ausgeführt zu sein, um ein nachträgliches Umarbeiten unnötig zu machen. Außerdem hat der Aufbau der Zeichnungen in enger Abstimmung mit dem AG zu erfolgen. Es ist Aufgabe des AN, vor

Inangriffnahme der firmenspezifischen Detailplanung eine entsprechende Abklärung mit dem AG herbeizuführen.

Der AN hat folgenden Unterlagen zu liefern:

- Blitzschutzkonzept
- Technische Unterlagen der Lawinensprengmaste usw.
- Detaillierte Konstruktionsunterlagen für die Lawinensprengmaste samt Nachweise zur Verankerung
- Unterlagen Bedienungssoftware
- Sämtliche notwendigen statischen Nachweise
- Zulassungen wo gefordert
- Detailpläne wo notwendig
- Sonstige notwendigen Unterlagen

Änderungen in Art und Leistung der Arbeiten, die nur in den Freigabeunterlagen festgehalten sind, gelten als nicht angemeldet.

4.3 Bestandsunterlagen

Die komplette Dokumentation ist in Abstimmung mit dem AG zu erstellen. Die Festlegung der Gliederung und der Beschriftung der Ordnerrücken erfolgt durch den AG, der AN hat diese rechtzeitig beim AG einzufordern.

4.3.1 Bestandsunterlagen zur Übergabe an den Auftraggeber

Die Bestandsdokumentation ist klar gegliedert in mit 30-teiligen Registerblättern unterteilte schwarze Stehordner einzusortieren und mit Inhaltsverzeichnissen zu versehen.

Folgende Unterlagen sind in elektronischer Form auf Datenträger und in Papierform zu übergeben:

- **Sämtliche vorher genannten Unterlagen** (auch im Zuge der Freigabe), korrigiert entsprechend der tatsächlichen Ausführung (maßstabsgerecht) inkl. mechanische Detailzeichnungen und Stücklisten samt Herstellerangaben
- Bestandslagepläne
- Funktionsbeschreibungen
- Unterlagen zur Inbetriebnahme
- Inbetriebnahmevorschriften
- Messprotokolle
- Prüfprotokolle (z.B. Prüfprotokolle Erdungsanlage)
- Einstellwerte sämtlicher parametrierbaren Anlagenteile
- Bedienungsanleitungen in deutscher Sprache (Lawinensprengmaste, Bedienungssoftware)
- Wartungs- und Instandhaltungsunterlagen
- Wartungsbücher
- Gerätelisten mit Angabe der eingebauten Fabrikate, Typen und Bestellnummern
- Allfällig sonstige notwendigen Unterlagen zur Beschreibung des Bestandes

Der AN hat die Anmerkungen und Ergänzungswünsche des AG und dessen Vertretung in die Bestandsdokumentation einzuarbeiten und die überarbeitete Version binnen 30 Kalendertagen vorzulegen. Der AG prüft die überarbeitete Bestandsdokumentation nochmals und erst nach einer gesamthaften positiven Prüfung erfolgt die Übergabe der Endversion.

4.3.2 Änderungen der Bestandsunterlagen im Zuge der Gewährleistung

Änderungen oder Ergänzungen an der Bestandsdokumentation, die sich durch Leistungen des AN im Zuge der Gewährleistung bzw. Garantie ergeben, sind vom AN unaufgefordert und unentgeltlich innert 14 Tagen nachzureichen.

4.4 Ausführung und Anzahl der Unterlagen

Sämtliche Pläne und Listen sind EDV-mäßig zu erstellen. Die Übergabe der Pläne und Listen hat sowohl in Papierform als auch auf Datenträger zu erfolgen, wobei das Datenformat nach den Wünschen des AG zu erstellen ist. Programmsoftware und Daten sind mit der Bestandsdokumentation zu übergeben.

Die Unterlagen in Papierform sind in schwarzen A4 Ordnern samt Ordnerrücken, Register, Inhaltsverzeichnis usw. zu übergeben. Datenblätter, Handbücher usw. sind doppelseitig ausgedruckt einzulegen. Der Ordnerrücken und die Inhaltsverzeichnisse sind den Vorgaben des AGs zu gestalten.

Alle Pläne haben den einschlägigen ÖNORMEN und den Dokumentationsrichtlinien des Landes Vorarlberg zu entsprechen.

Alle Pläne bzw. Listen sind nach einem einheitlichen Schema auszuführen.

Es sind folgende Ausfertigungen zu übergeben:

- | | |
|--------------------------------------|---------|
| • Freigabeunterlagen | digital |
| • Prüfexemplar Bestandsdokumentation | 1-fach |
| • Endversion Bestandsdokumentation | 2-fach |
| • Datenträger Bestandsdokumentation | 1-fach |

Der AG behält sich vor, mehrmalig je nach den Erfordernissen kostenlose Korrekturen bzw. Änderungen in allen Unterlagen zu verlangen. Bei Nichterfüllung, teilweiser Nichterfüllung oder mangelhafter Ausführung dieser Position behält sich der AG das Recht vor, die Erfüllung dieser Position an Fremdfirmen zu Lasten des AN zu vergeben.

4.5 Datenträger und Datenformat

4.5.1 Allgemeines

Es gilt der "Standard für digitale Projektunterlagen" idgF des Amtes der Vorarlberger Landesregierung Abteilung Straßenbau (VIIb).

Grundsätzlich sind sämtliche Projektseinlagen (Textdokumente, Pläne usw.) außer in Papierform zusätzlich in digitaler Form (auf USB-Stick oder als Download)) abzuliefern. Deckblätter sind dabei entsprechend einzuarbeiten, so dass das Dokument (Plan) auf einfache Art vollständig, wie im Original, reproduziert werden kann.

4.5.2 Digitale Projektdaten

4.5.2.1 Übersichtskarten

Übersichtskarten (Rasterbilder .tif Format) in der Größe A4 können mit dem Deckblatt in ein doc-File eingearbeitet werden. Für größere Übersichtskarten ist zusätzlich ein pdf-File (.pdf) zu erstellen.

4.5.2.2 Pläne und Schemas

Für jeden Plan ist außer dem CAD-File (.dwg oder wenn nicht anders möglich .dxf) zusätzlich eine Stift- bzw. Farbzuoordnungstabelle (.pcp, ab Autocad 2000 .ctb) und ein Planausdruck in **pdf-Format** zu liefern.

Es ist streng darauf zu achten, dass die Aktualität der Planausdrucke den jeweiligen dwg-Zeichnungen entsprechen.

Bei Farbfüllungen oder Flächenmuster sind dezente Mischfarben zu verwenden und zwar so, dass darunterliegende Informationen nicht abgedeckt werden.

Bei der Erstellung der pdf-Files ist weiters darauf zu achten, dass das Papierformat den tatsächlichen Abmessungen der jeweiligen Zeichnung entspricht (Format: benutzerspezifisch).

4.5.2.3 Textdokumente

Textdokumente wie Instandhaltungslisten, Inhaltsverzeichnisse usw. sind im Format Word (.docx) bzw. Berechnungen, Kabellisten usw. in Excel (.xlsx) zu liefern.

Sämtliche Dokumente müssen aber auch zusätzlich im unabhängigen Adobe-Format (.pdf) geliefert werden. Die pdf-Dokumente dürfen keine Dokumenteinschränkungen für Drucken, Textsuche, Kommentieren usw. aufweisen.

4.5.2.4 Dateiformate und Versionen

Datei	Bezeichnung / Anwendung	Version	Anmerkung
.docx	Microsoft Word	mind. 2016	
.xlsx	Microsoft Excel	mind. 2016	
.dwg	AutoCad	mind. 2013	
.dxf	AutoCad - Austauschformat	mind. 2013	wenn dwg nicht mögl.
.tif	Rasterbilder	Group 4	
.jpg	Rasterbilder		
.png	Rasterbilder		
.txt	ASCII Files	8 bit Zeichensatz	
.pdf	Adobe Acrobat	mind. X	Standard

Wenn in Autocad – Zeichnungen spezielle Schriftstile (Fonts) verwendet werden, die nicht in der Standardinstallation von Autocad enthalten sind (zB Firmenlogos), müssen die entsprechenden .shx bzw .ttf-Schriftdateien mitgeliefert werden, damit die Zeichnung auf Fremdsystemen korrekt angezeigt wird.

4.5.2.5 Inhaltsverzeichnis

Für den gesamten Überblick aller Daten sind Inhaltsverzeichnisse (.docx) je Ordner in folgender Form nach Vorgabe des AGs zu führen:

Griff	Benennung	Plan-Nr.	Rev
	Allgemein		
1	Lageplan	xxx	0
2	Technische Unterlagen Mast	xxx	0

Eine Vorlage wird dem AN auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

5. Baustellenkoordinator

Der AN hat einen Baustellenkoordinator im Sinne des Bauarbeitenkoordinationsgesetz – BauKG zu bestellen und ihm die Erfüllung der Pflichten gemäß §§ 5 und 6 BauKG zu übertragen.

Die Leistungen des Baustellenkoordinators sind entsprechend dem BauKG und der ÖNORMEN B 2107 Koordination von Bauarbeiten für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Personen (ÖN B2107-1 Teil 1: Funktionen und Pflichten bei der Bauarbeitenkoordination und ÖNORM B 2107-2 Teil 2: Verfahren zur Erstellung von Sicherheits- und Gesundheitsschutzplänen sowie von Unterlagen für spätere Arbeiten) auszuführen.

Der Aufbau dieser technischen Vertragsbestimmungen folgt der Gliederung der vorgenannten ÖNORMEN mit den Ergänzungen und Abweichungen. Soweit Punkte der ÖNORMEN in diesen technischen Vertragsbestimmungen nicht genannt sind, gilt die Bestimmung der ÖNORM unverändert.

Die ÖN B 2107-1 wird wie folgt abgeändert:

5.1.1 Bestellung des Baustellenkoordinators

Punkt 5.1.1 der ÖN B 2107-1 Abs. 1 gilt mit folgender Ergänzung:

Juristische Personen und sonstige Gesellschaften mit Rechtspersönlichkeit als AN haben eine oder mehrere natürliche Personen zur Wahrnehmung der Koordinationsaufgabe für sie namhaft zu machen und diese dem AG unverzüglich bekanntzugeben. Der AN bzw. die vom AN namhaft gemachte(n) natürliche(n) Person(en) haben ihrer Bestellung als Baustellenkoordinator schriftlich zuzustimmen. Der AN hat für den Fall, dass der ursprünglich vorgesehene Baustellenkoordinator aus welchen Gründen auch immer nicht zum Einsatz kommt, für einen entsprechend qualifizierten Ersatz (Vertreter) zu sorgen und dem AG im Vorhinein mitzuteilen.

Punkt 5.1.1 der ÖN B 2107-1 Abs. 3 gilt mit folgender Ergänzung:

Dieser Nachweis kann mittels Eigenerklärung gemäß der Beilage „Erklärung des Baustellenkoordinators“ erbracht werden.

Punkt 5.1.1 der ÖN B 2107-1 gilt mit folgender Ergänzung:

Unterlagen bzw. Informationen, die für eine ordnungsgemäße Erbringung der damit beauftragten Leistungen benötigt werden, sind vom Baustellenkoordinator selbst über seinen AG anzufordern bzw. einzuholen.

5.1.2 Mitwirkung des Bauherrn oder des Projektleiters nach BauKG

Punkt 5.1.2 der ÖN B 2107-1 2.Punkt gilt mit folgender Abweichung:

Der Baustellenkoordinator hat die vorgenommenen korrigierenden Maßnahmen zu überwachen, wenn diese nicht von ihm selbst, sondern vom betroffenen Arbeitgeber vorgenommen werden. Ferner ist der Leiter der örtlichen Bauaufsicht (ÖBA) umgehend hievon zu informieren.

5.3 Pflichten des Baustellenkoordinators

Punkt 5.3 der ÖN B 2107-1 1.Absatz, 8.Punkt gilt mit folgender Ergänzung:

Für den Baustellenkoordinator besteht bei Beginn bauablaufbestimmender Bautätigkeiten oder besonders risikoreicher Bauverfahren auf der Baustelle Anwesenheitspflicht. Weiters hat der Baustellenkoordinator mindestens einmal wöchentlich die Baustelle zu besichtigen, darüber

hinaus öfters, wenn dies die Situation erforderlich macht. Der AN verpflichtet sich, dass der Baustellenkoordinator auf Anforderung des AGs innerhalb von einer Stunde auf der Baustelle verfügbar ist.

Punkt 5.3 der ÖN B 2107-1 1.Absatz, 14.Punkt gilt mit folgender Ergänzung:

Von einer Meldung an das zuständige Arbeitsinspektorat ist der AG umgehend zu verständigen.

Punkt 5.3 der ÖN B 2107-1 1.Absatz gilt mit folgenden Ergänzungen:

- Der Baustellenkoordinator hat den AG bzw. die ÖBA über alle für den Bauherrn kostenwirksamen Eingriffe vorab schriftlich zu informieren und dessen Zustimmung hierfür einzuholen.
- Zusätzliche Dokumentationsaufgaben für den AG:
 - a. Der Baustellenkoordinator hat die Umsetzung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, inklusive einer Bilddokumentation in digitaler Form, zu dokumentieren und an den AG zu übermitteln. Das Bildmaterial geht urheberrechtlich in das Eigentum des AGs über.
 - b. Weiters hat der Baustellenkoordinator eine Dokumentation, Klassifizierung und Analyse von Unfällen, Beinahe-Unfällen, gefährlichen Situationen sowie eine Dokumentation über die Einleitung und Überwachung korrigierender Maßnahmen fortlaufend zu führen. Diese Dokumentation ist laufend, mindestens jedoch monatlich, dem AG zu übermitteln.
 - c. Der Baustellenkoordinator hat einen Schlussbericht zu verfassen und dem Auftraggeber zu übermitteln. Dieser muss über folgenden Mindestinhalt verfügen: Letztmalige Aktualisierung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, Schlussbericht zur Tätigkeit als Baustellenkoordinator, Unfallstatistik und letztmalige Aktualisierung der „Unterlage für spätere Arbeiten“.

Teil eB.4

(Allgemeine Vertragsbestimmungen)

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNGEN.....	3
3. BEGRIFFE.....	3
3.14 SUBUNTERNEHMER, NACHUNTERNEHMER	3
3.16 SCHRIFTLICHKEIT	3
5. VERTRAG.....	3
5.1 VERTRAGSBESTANDTEILE.....	3
5.2 VERTRAGSPARTNER.....	5
5.4 BEHÖRDLICHE GENEHMIGUNG	6
5.5 BEISTELLUNG VON UNTERLAGEN	6
5.7 ÄNDERUNGEN.....	6
5.8 RÜCKTRITT VOM VERTRAG	6
6. LEISTUNG, BAUDURCHFÜHRUNG.....	7
6.2 LEISTUNGSERBRINGUNG.....	7
6.4 REGIELEISTUNGEN	8
6.5 VERZUG.....	8
7. LEISTUNGSABWEICHUNG UND IHRE FOLGEN	9
7.1 ALLGEMEINES	9
7.2 ZUORDNUNG ZUR SPHÄRE DER VERTRAGSPARTNER.....	9
7.3 MITTEILUNGSPFLICHTEN	10
7.4 ANPASSUNG DER LEISTUNGSFRIST UND/ODER DES ENTGELTS	10
8. RECHNUNGSLEGUNG, ZAHLUNG, SICHERSTELLUNGEN	10
8.2 MENGENBERECHNUNG.....	10
8.3 RECHNUNGSLEGUNG.....	12
8.4 ZAHLUNG.....	13
8.7 SICHERSTELLUNG	13
9. BENUTZUNG VON TEILEN DER LEISTUNG VOR DER ÜBERNAHME	14
10. ÜBERNAHME.....	14
10.1 ARTEN DER ÜBERNAHME	14
10.2 FÖRMICHE ÜBERNAHME.....	14
11. SCHLUSSFESTSTELLUNG UND KOLLAUDIERUNG	14
11.1 ZEITPUNKT DER SCHLUSSFESTSTELLUNG	14
11.2 DURCHFÜHRUNG DER SCHLUSSFESTSTELLUNG.....	14
12. HAFTUNGSBESTIMMUNGEN	15
12.2 GEWÄHRLEISTUNG.....	15
12.3 SCHADENERSATZ ALLGEMEIN	15
12.6 SONSTIGE HAFTUNGSREGELUNGEN GEGENÜBER DRITTEN.....	15
13. GEHEIMHALTUNG UND VERSCHWIEGENHEIT	16
14. SCHLUSSBESTIMMUNGEN	16
14.1 ZESSIONS-, VERPFÄNDUNGS- UND KOMPENSATIONSVERBOT.....	16
14.2 SALVATORISCHE KLAUSEL.....	16

Vorbemerkungen

Die Bestimmungen der Abschnitte 3 und 5-12 der **ÖNORM B 2110**, Ausgabe: 15.03.2013 (Allgemeine Vertragsbestimmungen für Bauleistungen), angepasst durch die RVS 10.01.11, Ausgabe: 01.06.2016 (Besondere rechtliche Vertragsbestimmungen für Bauleistungen an Straßen (im Folgenden: „**B 2110 idF RVS**“) gelten als vereinbart.

Der Aufbau dieser allgemeinen Vertragsbestimmungen folgt der Gliederung der vorgenannten ÖNORM idF RVS mit den Ergänzungen und Abweichungen. Soweit Punkte der ÖNORM idF RVS in diesen allgemeinen Vertragsbestimmungen nicht genannt sind, gilt die Bestimmung der ÖNORM idF RVS unverändert.

Die von der Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr FSV herausgegebenen Richtlinien und Vorschriften (RVS) können über die Webseite www.fsv.at bezogen werden bzw EN-Normen und ÖNORMEN unter www.as-institute.at (Austrian Standards Institute).

3. Begriffe

Punkt 3. von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

In diesem Vertrag werden unter anderem für folgende Begriffe Abkürzungen verwendet:

- Auftraggeber (AG)
- Auftragnehmer (AN)

3.14 Subunternehmer, Nachunternehmer

Punkt 3.14 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Subunternehmer ist ein Unternehmer, der Teile des an den AN erteilten Auftrages ausführt. Die bloße Lieferung von Waren oder Bestandteilen, die zur Erbringung einer Leistung erforderlich sind, ist keine Subunternehmerleistung.

3.16 Schriftlichkeit

Schriftlich im Sinne dieses Vertrages bedeutet unterschriftlich. Bei elektronischer Übermittlung hat der AN mit einer elektronischen qualifizierten Signatur und der AG mit der Amtssignatur zu unterfertigen.

Der Auftraggeber bevorzugt die elektronische Übermittlung. Eine elektronische Übermittlung ist nicht möglich bei ausdrücklich in Papier Verlangtem.

5. Vertrag

5.1 Vertragsbestandteile

5.1.1 Allgemeines

Punkt 5.1.1 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Es gelten die Begriffe gemäß Abschnitt 3 der ÖNORM B 2110.

Mit Vereinbarung dieser Vertragsbestimmungen gelten auch (vorbehaltlich anderer Festlegungen im Vertrag):

- Alle in Betracht kommenden, im RVS-Verzeichnis enthaltenen, Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS)
- Alle in Betracht kommenden, im ÖNORMEN-Verzeichnis enthaltenen, Normen technischen Inhaltes
- Alle ÖNORMEN mit vornormierten Vertragsinhalten (Werkvertragsnormen der Serien B 22xx und H 22xx) für einzelne Sachgebiete, soweit die Leistung oder auch nur Teile (einzelne Positionen) derselben diese Sachgebiete betreffen
- ÖNORM B 2111 (Umrechnung veränderlicher Preise von Bauleistungen)
- ÖNORM B 2061 (Preisermittlung für Bauleistungen)
- ÖNORM A 2063 (Austausch von Leistungsbeschreibungs-, Elementkatalogs-, Ausschreibungs-, Angebots-, Auftrags- und Abrechnungsdaten in elektronischer Form)
- ÖNORM B 2107-1 (Koordination von Bauarbeiten für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Personen, Teil 1: Funktionen und Pflichten bei der Bauarbeitenkoordination)
- ÖNORM B 2107-2 (Koordination von Bauarbeiten für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Personen, Teil 2: Verfahren zur Erstellung von Sicherheits- und Gesundheitsschutzplänen sowie von Unterlagen für spätere Arbeiten)
- ÖNORM B 3151 (Rückbau von Bauwerken als Standardabbruchmethode)

5.1.3 Reihenfolge der Vertragsbestandteile

5.1.3 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Ergeben sich aus dem Vertrag Widersprüche, gelten die Vertragsbestandteile in nachfolgender Reihenfolge:

1. die schriftliche Vereinbarung, durch die der Vertrag zustande gekommen ist (Angebotsannahme, Auftragsschreiben, Auftragsbestätigung, Schlussbrief bzw Gegenschlussbrief udgl)
2. Teile eB.0 und eB.1 und eB.Beilagen
3. das mit Preisen versehene LV (Teil eB.5)
4. Baubeschreibung (Teil eB.2 ohne Pkt. Projektunterlagen)
5. Pläne, Zeichnungen, Muster udgl (Teil eB.2 Pkt Projektunterlagen)
6. Technische Vertragsbestimmungen (Teil eB.3)
7. Allgemeine Vertragsbestimmungen (Teil eB.4)
8. Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) technischen Inhalts
9. Normen technischen Inhalts
10. RVS 10.01.11;
11. ÖNORMEN mit vornormierten Vertragsinhalten (Werkvertragsnormen der Serien B 22xx und H 22xx), die für einzelne Sachgebiete gelten, sowie im Vertrag vereinbart;
12. ÖNORMEN B 2111
13. ÖNORMEN B 2110
14. sonstige Richtlinien

5.2 Vertragspartner

5.2.1 Vertretung

Punkt 5.2.1 von B 2110 idF RVS wird ersetzt durch:

Die Vertragspartner haben eine oder mehrere Personen spätestens in der Baueinleitung namhaft zu machen, die alle Erklärungen abgeben und entgegennehmen sowie alle Entscheidungen treffen können, die zur Abwicklung des Vertrages erforderlich sind (Bevollmächtigter Vertreter zB Bauleiter). Gegebenenfalls sind Art und Umfang der jeweiligen Vollmacht bekannt zu geben. Erfolgt keine Mitteilung über eine Beschränkung, wird eine volle Vertretungsbefugnis angenommen.

Die namhaft gemachten Personen haben fachkundig und der Vertragssprache mächtig zu sein.

Die bevollmächtigten Vertreter des AN müssen während der Arbeitszeit stets erreichbar sein.

Die bevollmächtigten Vertreter sind verpflichtet zu den vom AG festgesetzten Besprechungen zu erscheinen.

Weiters haben die bevollmächtigten Vertreter über Verlangen des AG unverzüglich auf der Baustelle zu erscheinen.

5.2.2 Arbeitsgemeinschaft (ARGE)

Punkt 5.2.2 von B 2110 mit RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Eine Änderung der Zusammensetzung der ARGE ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AGs und darüber hinaus nur dann zulässig, wenn eine sachliche Notwendigkeit bzw. wichtige Gründe dafür bestehen.

Im Übrigen wird der AG einer neuen Zusammensetzung der ARGE im Wesentlichen dann zustimmen, wenn der neue ARGE-Partner, der die ursprünglich festgelegten Eignungskriterien erfüllt, im Zuge einer Unternehmensumstrukturierung – einschließlich Übernahme, Fusion, Erwerb oder Insolvenz – ganz oder teilweise an die Stelle eines ARGE-Partners tritt, sofern dies keine weiteren wesentlichen Änderungen des Auftrags zur Folge hat.

Der AG behält sich vor, für neu genannte ARGE-Partner alle Nachweise zu fordern, die von im Angebot bereits genannten ARGE-Partnern zu erbringen sind.

5.2.6 Anzuwendendes Recht

Punkt 5.2.6 von B 2110 mit RVS gilt nicht, es gilt:

Auf den Vertrag ist österreichisches Recht mit Ausnahme jener Bestimmungen, die zu einer Anwendbarkeit nicht österreichischen Rechts auf den Vertrag führen würden, anzuwenden.

Als ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Ansprüche aus dem vorliegenden Vertrag wird das für Feldkirch sachlich zuständige Gericht vereinbart. Dies gilt auch für Streitigkeiten über die Gültigkeit, Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit des vorliegenden Vertrages.

5.4 Behördliche Genehmigung

Punkt 5.4.2 von B 2110 mit RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Straßenpolizeiliche Bewilligungen sind vom AN einzuholen.

5.5 Beistellung von Unterlagen

Punkt 5.5.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Die Planunterlagen vom AG werden entsprechend dem Bauzeitplan des AN vom AG rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

5.7 Änderungen

Punkt 5.7 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Änderungen des Vertrages werden nur wirksam, wenn sie in schriftlicher Form erfolgen und von beiden Vertragspartnern unterzeichnet sind. Dies gilt auch für das Abgehen vom Schriftformerfordernis.

5.8 Rücktritt vom Vertrag

5.8.1 Allgemeines

Punkt 5.8.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Der AG ist weiters berechtigt den sofortigen Rücktritt vom Vertrag zu erklären:

- Bei Wegfall der Eignung des ANs oder eines notwendigen Subunternehmers (sofern der AG einem Ersatz nicht zustimmt oder der AN keinen Ersatz nominiert) während der Auftragserfüllung.
- Bei Nichtbekanntgabe eines Wechsels in der Subunternehmerkette.
- Wenn der AN vertraglich zulässigen Anordnungen des AG, trotz schriftlicher Mahnung wiederholt nicht nachkommt; Ein Rücktritt vom Vertrag ist nur zulässig, wenn der AN trotz schriftlicher Aufforderung, das vertragswidrige Verhalten einzustellen und einer Nachfristsetzung, die vertraglichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt oder öfter als 2 Mal vertragswidrig verhält (=wiederholt). Der AG ist berechtigt, den Rücktritt vom Vertrag zu erklären, wenn der AN die ordnungsgemäße Erbringung der Leistung unberechtigt vereitelt.
- Bei nicht genehmigtem Abzug oder Wechsel vom genannten Schlüsselpersonal während der Vertragsabwicklung.
- Bei illegaler Beschäftigung von Ausländern im Sinne des AuslBG während der Vertragsabwicklung durch den AN oder Subunternehmer oder Arbeitskräfteüberlasser.
- Bei Nichteinhaltung der Vorschriften gegen Lohn- und Sozialdumping während der Vertragsabwicklung durch den AN oder Subunternehmer oder Arbeitskräfteüberlasser.
- Wenn sich nach Auftragserteilung herausstellt, dass der AN im Zuge des Vergabeverfahrens unrichtige wesentliche Angaben gemacht hat.
- Wenn Gründe aus der Sphäre des AG eintreten, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht absehbar waren und den Abschluss eines Vertrages überhaupt verhindert hätten (zB Entfall bzw. wesentliche Einschränkung der freigegebenen Finanzmittel).

- Wenn der AN zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gemäß § 78 Abs 1 Z 1 BVergG 2018 vom Vergabeverfahren auszuschließen gewesen wäre.
- Wenn der Gerichtshof der Europäischen Union in einem Verfahren nach Art 258 AEUV festgestellt hat, dass der Auftrag nicht an den AN vergeben hätte werden dürfen.
- Wenn eine Änderung des Vertrages als wesentlich im Sinne des § 365 Abs 1 BVergG 2018 zu klassifizieren ist.
- Wenn der AN gegen Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 verstößt oder verstoßen hat.

6. Leistung, Baudurchführung

6.2 Leistungserbringung

6.2.2 Subunternehmer (Nachunternehmer)

Punkt 6.2.2 von B 2110 idF RVS wird ersetzt durch:

Nach Zuschlagserteilung hat der AN jeden beabsichtigten Wechsel eines Subunternehmers oder jede beabsichtigte Hinzuziehung eines nicht im Angebot bekannt gegebenen Subunternehmers dem AG schriftlich und unter Anschluss aller zur Prüfung der Eignung des betreffenden Subunternehmers erforderlichen Nachweise mitzuteilen.

Der Einsatz dieser Subunternehmer bei der Leistungserbringung darf nur nach vorheriger Zustimmung des AGs erfolgen. Die Zustimmung des AGs ist, ebenso wie eine allfällige Ablehnung, unverzüglich mitzuteilen und darf nur aus sachlichen Gründen verweigert werden.

Die Zustimmung des AGs gilt als erteilt, sofern der AG den Subunternehmer nicht binnen drei Wochen nach Einlangen der Mitteilung abgelehnt hat. Sind der Mitteilung über den beabsichtigten Wechsel oder die beabsichtigte Hinzuziehung eines nicht im Angebot bekannt gegebenen Subunternehmers die erforderlichen Unterlagen nicht vollständig angeschlossen, so hat der AG dies dem AN unverzüglich mitzuteilen und ihn zur Vorlage der ausständigen Unterlagen aufzufordern. Diese Aufforderung hemmt den Fortlauf der 3-wöchigen Frist bis zur vollständigen Vorlage der erforderlichen Unterlagen.

6.2.3 Nebenleistungen

Punkt 6.2.3 Punkt)1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Die Kosten für die Einhaltung der zu erwartenden Behördenauflagen sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten, sofern in der Baubeschreibung (Teil eB.2) nicht anderes vereinbart ist.

Die aus dem SiGe-Plan resultierenden Leistungen gelten dann als mit den vereinbarten Preisen abgegolten, wenn im LV nicht eigene Positionen dafür vorgesehen sind.

6.2.7 Dokumentation

6.2.7.2 Baubuch und Bautagesberichte

6.2.7.2.2 Führung der Bautagesberichte

Punkt 6.2.7.2.2 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Der AN ist zur Führung von Bautagesberichten im Papier-Original verpflichtet.

6.2.8 Regelung zur Leistungserbringung im Einzelnen

6.2.8.5 Benutzung von Straßen und Wegen

Punkt 6.2.8.5 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Der AN hat vor Baubeginn über Straßen und Wege, die nicht dem öffentlichen Verkehr offen stehen, einvernehmlich mit dem Straßenerhalter oder Eigentümer eine schriftliche Zustandsfeststellung der zur Benutzung vorgesehenen Straßen und Wege vorzunehmen.

6.4 Regieleistungen

Punkt 6.4 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Punkt 6.4.5: Regieleistungen dürfen nur über schriftliche Anordnung des AG ausgeführt und aufgrund der von diesem bestätigten Regieberichte abgerechnet werden.

6.5 Verzug

6.5.3 Vertragsstrafe

6.5.3.1 Anspruch auf Leistung der Vertragsstrafe

Punkt 6.5.3.1 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Der Anspruch des AG auf Leistung einer vereinbarten Vertragsstrafe durch den AN entsteht, sobald der AN in Verzug gerät und nicht nachweisen kann, dass er oder seine Erfüllungsgehilfen den Verzug nicht verschuldet haben; der Nachweis eines Schadens ist nicht erforderlich.

Die Höhe der Vertragsstrafe bei Verzug beträgt bei Überschreitung jeder einzelnen pönalisierten Frist abhängig von der Auftragssumme (inkl. USt.):

- Auftragssumme (inkl. USt.) ≤ 100.000,00 Euro: 400,00 Euro je Kalendertag
- Auftragssumme (inkl. USt.) > 100.000,00 Euro und ≤ 1 Mio Euro: 0,40 % der ursprünglichen Auftragssumme (inkl. USt.) je Kalendertag
- Auftragssumme (inkl. USt.) > 1 Mio Euro und ≤ 2 Mio Euro: 0,30 % der ursprünglichen Auftragssumme (inkl. USt.) je Kalendertag, mindestens jedoch 4.000,00 Euro je Kalendertag
- Auftragssumme (inkl. USt.) > 2 Mio Euro und ≤ 3 Mio Euro: 0,25 % der ursprünglichen Auftragssumme (inkl. USt.) je Kalendertag, mindestens jedoch 6.000,00 Euro je Kalendertag
- Auftragssumme (inkl. USt.) > 3 Mio Euro: 7.500,00 Euro je Kalendertag

Die Höhe der Vertragsstrafe ist insgesamt mit höchstens 10 % der ursprünglichen Auftragssumme (des zivilrechtlichen Preises) begrenzt.

Die Bestimmungen des § 1336 ABGB über das richterliche Mäßigungsrecht sind anzuwenden.

Bei einvernehmlicher Verlängerung der Leistungsfrist bleiben die Vertragsstrafen für die an Stelle der alten Termine tretenden vereinbarten neuen Termine aufrecht. Die neuen Termine gelten ebenfalls als pönalisiert, auch wenn dies bei Fristverlängerung nicht ausdrücklich festgehalten wurde.

Weiters gelten die Vertragsstrafen wie in Teil eB.2, Teil eB.3 Vorgaben für Asphaltarbeiten, „Markierungspunkte der Straßenkilometrierung“, Teil eB.3 Vorgaben für Asphaltarbeiten, „Qualitätsabzüge und -vergütungen“ und Teil eB.4 Punkt 12.2.4 und Punkt 13 enthalten.

7. Leistungsabweichung und ihre Folgen

7.1 Allgemeines

Punkt 7.1 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Der AG ist berechtigt den Leistungsumfang zu ändern, sofern dies zur Erreichung des Leistungsziels notwendig ist oder es sich um zweckmäßige zusätzliche Leistungen handelt, und dies dem AN zumutbar ist. Die Berechtigung des AG zur Änderung des Leistungsumfanges umfasst technische, wirtschaftliche und gestalterische Anpassungen. Auch die Anordnung einer Forcierung (Beschleunigung) der Leistungserbringung durch den AG – wie zB nach einer Störung der Leistungserbringung durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse – ist eine derartige Änderung des Leistungsumfanges.

Mit dem vereinbarten Entgelt ist der Leistungsumfang, nicht jedoch das Erreichen des Leistungszieles abgegolten.

Droht eine Störung der Leistungserbringung (z.B. Behinderung) oder ist eine solche eingetreten, hat jeder Vertragspartner alles Zumutbare aufzuwenden, um eine solche zu vermeiden oder deren Folgen so weit als möglich abzuwehren, sofern daraus keine Mehrkosten entstehen. Der Beisatz „sofern daraus keine Mehrkosten entstehen“ bedeutet keine Einschränkung der Schadensminimierungspflicht jedes Vertragspartners, sondern ist der Hinweis, dass allfällige anfallende Mehrkosten dem jeweils anderen Vertragspartner in Form einer MKF vorzulegen sind.

Die in Folge einer Leistungsabweichung erforderlichen Anpassungen (z.B. der Leistungsfrist, des Entgelts) sind in Fortschreibung des bestehenden Vertrages ehestens durchzuführen.

7.2 Zuordnung zur Sphäre der Vertragspartner

7.2.2 Zuordnung zur Sphäre des AN

Punkt 7.2.2 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Es fällt jedenfalls Folgendes in die Sphäre des AN:

- Arbeitnehmerschutz
- bei funktionalen Positionen Planung und Wahl der Baumethode und Materialien
- Risiken, die den technischen Ablauf des Baubetriebs betreffen

- Risiken, die die Zufuhr von Rohstoffen und Materialien betreffen
- Arbeitskräftebeschaffung
- Einhaltung von Bewilligungen und behördlichen Genehmigungen, die zur Ausführung der Leistung notwendig sind

Die kalkulatorischen Ansätze des Bieters (vorgelegte Detailkalkulationen oder Kalkulationsblätter, auch jene der wesentlichen Positionen) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil und werden somit auch nicht für den zu erbringenden Leistungsumfang (Bau-Soll) herangezogen.

7.3 Mitteilungspflichten

Punkt 7.3.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Leistungsänderungen jeglicher Art sind, ausgenommen bei Gefahr in Verzug, vom AG schriftlich anzuordnen. Eine stillschweigende oder konkludente Zustimmung zu Leistungsänderungen ist nicht möglich. Ohne schriftliche Anordnung durch den AG gelten Leistungsänderungen vom AN eigenmächtig durchgeführt und werden nur dann vergütet, wenn der AG diese nachträglich schriftlich anerkannt hat.

Punkt 7.3.5: Alle MKFs sind mit „001“ beginnend lückenlos aufsteigend zu nummerieren.

7.4 Anpassung der Leistungsfrist und/oder des Entgelts

7.4.2 Ermittlung

Punkt 7.4.2, letzter Absatz, von B 2110 idF RVS gilt nicht.

7.4.5 Nachteilsabgeltung

Punkt 7.4.5 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Erwächst dem AN, bei Unterschreitung der Auftragssumme um mehr als 15 %, durch Minderung oder Entfall von Teilen einer Leistung ein Nachteil, der nicht durch neue Einheitspreise oder durch andere Entgelte abgedeckt ist, hat der AG diesen Nachteil abzugelten.

Dieser Nachteil kann einvernehmlich durch Vergütung des kalkulierten Anteils der Geschäftsgemeinkosten an den entfallenen Leistungen abgegolten werden.

Die Kosten von projektbezogenen erbrachten Vorleistungen, die nicht anderweitig zu verwerten sind, sind jedenfalls (unabhängig von der 15%-Grenze) abzugelten.

8. Rechnungslegung, Zahlung, Sicherstellungen

8.2 Mengenberechnung

8.2.3 Mengenermittlung nach Aufmaß

Punkt 8.2.3.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Der AN ist verpflichtet zur Aufmaßfeststellung ein geeichtes Messgerät (Bsp Messrad) gemäß dem Maß- und Eichgesetz (idgF) bereitzuhalten, zu verwenden bzw dem AG zur Verfügung zu stellen. Für die Messgeräte ist eine österreichische Zulassung, OE06L020, erforderlich.

8.3 Rechnungslegung

8.3.1 Allgemeines

Punkt 8.3.1.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Die Rechnungen sind im Papier-Original vorzulegen. Zusätzlich hat die Abrechnung und der Datenaustausch in elektronischer Form gemäß der ÖNORM A 2063 zu erfolgen.

Die Rechnungen sind unter Angabe von Voranschlagstelle, Kostenträger, Aktenzahl des AGs sowie der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des AGs beim Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Straßenbau (VIIb), Widnau 12, 6800 Feldkirch, einzureichen, sofern dies in Teil eB.2 nicht anders geregelt ist.

In Auswertungskennzeichen (AKZ) können Leistungen, unabhängig von der Gliederung des Leistungsverzeichnisses bei der Mengenberechnung für spezielle Auswertungen (zB Kostentrennung Land/Gemeinde bzw Kostenberechnung einzelner Bauteile) zusammengefasst werden. Die Gliederung der AKZ wird vom AG vorgegeben.

Punkt 8.3.1.2 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Den Rechnungen sind auch die Ausmaßblätter beizulegen. Die Ausmaßblätter sind nach den Vorgaben des AG zu strukturieren.

Ist die Schätzung der Mengen unumgänglich, dann sind sämtliche geschätzte Mengen eines Abrechnungszeitraumes auf einem getrennten Ausmaßblatt festzuhalten. Das Ausmaßblatt mit den geschätzten Mengen ist bei jeder Abschlagsrechnung mit „geschätzte Menge“ zu benennen.

Das unbare Sicherstellungsmittel zur Ablösung des Haftrücklasses ist der Schlussrechnung beizulegen.

Punkt 8.3.1.4 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Angehängte Regieleistungen sind gemeinsam mit den Leistungen nach Einheits- oder Pauschalpreisen abzurechnen.

8.3.2 Abschlagszahlungen, Abschlagsrechnungen, Zahlungsplan

Punkt 8.3.2.3 von B 2110 idF RVS Punkt 1) wird ersetzt durch:

1) die gesamten seit Beginn der Ausführung erbrachten Leistungen. Die Ausmaße für die erbrachten Leistungen sind, soweit möglich, exakt zu ermitteln. Wo eine exakte Ermittlung nicht möglich ist, sind die Ausmaße zumindest annähernd zu ermitteln (geschätzte Mengen).

8.3.4 Schlussrechnung

Punkt 8.3.4 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Die aus dem Prüfungsergebnis der Abnahmeprüfung von Asphalt resultierenden Vergütungen bzw Abzüge sind in die Schlussrechnung aufzunehmen. Stehen die Kosten zum Zeitpunkt der Legung der Schlussrechnung noch nicht fest, ist je nachdem im Nachhinein vom AN eine Rechnung bzw Gutschrift über diesen Betrag zu legen, welche als Bestandteil der Schlussrechnung gilt.

Weiters sind vor Legung der Schlussrechnung allfällige Entlastungserklärungen der Anrainer (siehe Beilage ./A) sowie sonstige im Vertrag geforderte Unterlagen an den AG zu übergeben. Sollten die Entlastungserklärungen verweigert werden, so hat der AN nach Abschluss aller Arbeiten rechtzeitig beim AG schriftlich unter Anführung aller Gründe um Entlastung von der Beibringung der jeweiligen Anrainerentlastungserklärung anzusuchen.

Wird die Gesamtleistung mit einer Einzelrechnung in Rechnung gestellt, ist diese wie eine Schlussrechnung zu behandeln.

8.3.6 Vorlage von Rechnungen

Punkt 8.3.6.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Der Abrechnungszeitraum ist monatlich. Stichtag ist jeweils der letzte Tag des Monats. Die Abschlagsrechnungen sind fortlaufend zu erstellen und dem AG in dem auf den monatlichen Abrechnungszeitraum folgenden Monat zu übergeben.

8.4 Zahlung

8.4.1 Fälligkeiten

Punkt 8.4.1.2 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Die Zahlungsfrist für Schluss- oder Teilschlussrechnungen beträgt 60 Tage nach Eingang der Rechnung.

Langt eine Schluss- oder Teilschlussrechnung vor einer Übernahme gemäß 10.2 ein, beginnt die Zahlungsfrist erst mit erfolgter Übernahme.

8.7 Sicherstellung

8.7.3 Haftungsrücklass

Punkt 8.7.3.1 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Der AG kann von der Einbehaltung des Haftungsrücklasses absehen, wenn die Höhe des Haftungsrücklasses € 2.000,-- unterschreitet.

Der Haftungsrücklass ist mittels unbarer Sicherstellung abzulösen, der dem Auftraggeber spätestens zusammen mit der Schlussrechnung zu übergeben ist. Wird der Haftungsrücklass mangels Ablösung durch ein unbareres Sicherstellungsmittel von der Schlussrechnung einbehalten, kann er nicht mehr vorzeitig abgelöst werden. In diesem Fall wird er, soweit er nicht in Anspruch genommen wurde, erst nach Ende der gemäß Punkt 8.7.3.3 vorgesehenen Frist ausbezahlt.

8.7.4 Sicherstellungsmittel

Punkt 8.7.4 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Unbare Sicherstellungsmittel müssen den Vorgaben des AGs entsprechen (siehe Beilage ./B).

9. Benutzung von Teilen der Leistung vor der Übernahme

Punkt 9, 1. Absatz von B 2110 idF RVS wird ersetzt durch:

Der AG kann Teile der Leistungen benutzen oder Dritten zur Benutzung überlassen. Wird ein Teil der Leistung vor der förmlichen Übernahme benutzt, erfolgt dadurch nicht die Übernahme dieses Teils. Die Gewährleistungsfrist für einen vor der förmlichen Übernahme benutzten Teil beginnt erst zu laufen, wenn die gesamte fertig gestellte Leistung förmlich übernommen wurde.

10. Übernahme

10.1 Arten der Übernahme

Punkt 10.1.2 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Die Übernahme hat förmlich zu erfolgen.

10.2 Förmliche Übernahme

Punkt 10.2.2 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Werden Teile der Leistungen vor der förmlichen Übernahme benutzt, setzt die Aufforderung des AN zur Übernahme dieser Teilleistung den Fristenlauf des Punkt 10.2.1 nicht in Gang. Eine Übernahme einer Teilleistung erfolgt nicht und die Gewährleistungsfrist beginnt nicht zu laufen.

Punkt 10.2.3 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Die Niederschrift wird als Papier-Original ausgestellt.

11. Schlussfeststellung und Kollaudierung

11.1 Zeitpunkt der Schlussfeststellung

Punkt 11.1 von B 2110 idF RVS erster Absatz wird ersetzt durch:

Es ist eine Schlussfeststellung über die Mängelfreiheit vor Ablauf der Gewährleistungsfrist vorgesehen. Die Schlussfeststellung ist innerhalb der Gewährleistungsfrist gemeinsam vorzunehmen. Ein Termin für die Schlussfeststellung ist bis spätestens einen Monat vor Ablauf der Gewährleistungsfrist einvernehmlich zu vereinbaren.

11.2 Durchführung der Schlussfeststellung

Punkt 11.2, 1. Absatz von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Die Niederschrift über eine gemeinsam durch die Vertragspartner durchgeführte Schlussfeststellung wird als Papier-Original ausgestellt.

12. Haftungsbestimmungen

12.2 Gewährleistung

12.2.3 Geltendmachung von Mängeln

Punkt 12.2.3.2 von B 2110 idF RVS gilt nicht, es gilt:

Die Gewährleistungsfrist beträgt 10 Jahre für folgende Leistungen:

- Korrosionsschutz von Stahlkonstruktionen

Die Gewährleistungsfrist für die restlichen Leistungen beträgt 3 Jahre, sofern in Teil eB.2 nicht anderes vereinbart wurde. Diese genannte Gewährleistungsfrist verlängert sich im Falle einer vom AN zusätzlich angebotenen Verlängerung der Gewährleistungsfrist.

12.2.4 Rechte aus der Gewährleistung

Punkt 12.2.4 von B 2110 idF RVS gilt mit folgender Ergänzung:

Punkt 12.2.4.7: Falls bei einer Asphaltprüfung ein Mangel gemäß der RVS 08.16.01 festgestellt wird, der „keine Übernahme“ zur Folge hat, so hat der AN die mangelhafte Schicht und die allenfalls darüber liegenden Schichten auf seine Kosten zu erneuern.

Der AG hat die Möglichkeit anstelle der Erneuerung der mangelhaften und der allenfalls darüber liegenden Schichten eine Vertragsstrafe bis zu einer Höhe von 75% der theoretisch errechneten Baukosten für dieses Prüflos einzubehalten.

12.3 Schadenersatz allgemein

Punkt 12.3.1 Punkt 2) b) von B 2110 idF RVS wird ersetzt durch:

b) in allen anderen Fällen mit folgenden Begrenzungen:

- bei einer Auftragssumme bis 250.000,00 Euro: höchstens 25.000,00 Euro;
- bei einer Auftragssumme über 250.000,00 Euro: 10 % der Auftragssumme, jedoch höchstens 750.000,00 Euro.

Weiters gilt Punkt 12.3.1 von B 2110 idF RVS mit folgenden Ergänzungen:

Der AN verpflichtet sich eine Betriebshaftpflichtversicherung, welche jedenfalls Sach-, Personen- und Vermögensschäden abzudecken hat, mit einer Deckungssumme in Höhe jenes Betrages, für den er maximal haftet, für den gegenständlichen Auftrag auf Aufforderung des AG nachzuweisen.

Falls der AN die Versicherung nicht nachweist, behält sich der AG das Recht vor, selbst eine entsprechende Versicherung als Ersatzvornahme abzuschließen. Sämtliche Kosten dafür, inklusive Prämien, sind vom AN zu tragen und werden von der Schlussrechnung in Abzug gebracht.

12.6 Sonstige Haftungsregelungen gegenüber Dritten

Punkt 12.6 von B 2110 idF RVS gilt mit folgenden Ergänzungen:

Der AN haftet dem AG wie auch Dritten gegenüber für Schäden, die unmittelbar oder mittelbar durch die Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen entstanden sind,

insbesondere auf für nachbarrechtliche Haftungs- und Ausgleichsansprüche gemäß oder analog §§ 364 bis 364b ABGB. Wird der AG hierfür von geschädigten Dritten in Anspruch genommen, so hat der AN den AG von jeder Verbindlichkeit Dritten gegenüber zu befreien und den AG schad- und klaglos zu halten.

Die Zustandsfeststellung der Anrainergebäude (Beweissicherung) im gefährdeten Umkreis und die Erschütterungsmessungen wurden, sofern erforderlich, vor Baubeginn vom AG beauftragt und dem AN zur Verfügung gestellt.

13. Geheimhaltung und Verschwiegenheit

In B 2110 idF RVS nicht geregelt, es gilt:

Der AN ist zur Geheimhaltung und Verschwiegenheit in Bezug auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie sonstige Umstände des AGs verpflichtet. Dieses Gebot zur Geheimhaltung und Verschwiegenheit umfasst auch den Inhalt des vorliegenden Vertrages sowie jene Information und Umstände, über die der AN im Vergabeverfahren und bei Vollziehung des Vertrages Kenntnis erlangt hat.

Der AN ist verpflichtet, alle Bestimmungen des Datenschutzgesetzes einzuhalten und den AG bei einer allfälligen Verletzung schad- und klaglos zu stellen. Veröffentlichungen aller Art sowie die Nennung des AGs in Referenzen sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AGs zulässig.

Verletzt der AN diese Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitsverpflichtung hat der AG gegenüber diesem jeweils einen verschuldensunabhängigen, dem richterlichen Mäßigungsrecht nicht unterliegenden, Anspruch auf eine Mindestvertragsstrafe von 5.000,00 Euro pro Einzelfall.

14. Schlussbestimmungen

In B 2110 idF RVS nicht geregelt, es gilt:

14.1 Zessions-, Verpfändungs- und Kompensationsverbot

Der AN ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den AG berechtigt, seine Forderungen gegen jene aus dem Vertrag, oder die damit bloß im Zusammenhang stehen, an Dritte abzutreten, zu verpfänden oder sonst zu übertragen.

Der AN ist nicht zur Aufrechnung mit Forderungen gegen den AG berechtigt, sofern es sich nicht um schriftlich anerkannte oder gerichtlich titulierte Forderungen handelt.

14.2 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen und des Vertrages insgesamt hiervon unberührt. Die unwirksame Bestimmung wird in diesem Fall durch diejenige wirksame Bestimmung ersetzt, die ihr wirtschaftlich weitest möglich entspricht. Dasselbe gilt für Vertragslücken und für nicht ausreichend bestimmte vertragliche Regelungen.

Bauausführendes Unternehmen (Firmenwortlaut und Anschrift):	
Grundeigentümer/in: Name(n):	
Anschrift(en):	

Der/die Grundeigentümer(in) erklärt/erklären, mit den durch das oben angeführte Unternehmen sowie den von diesem beauftragten Subunternehmen durchgeführten baulichen Maßnahmen (Rekultivierung, Schadensabgeltung, Zahlung von Pachten, etc.) für die Grundstücke in der unten angeführten Tabelle einverstanden zu sein.

Er/Sie erklärt/erklären ausdrücklich, hinsichtlich der Rekultivierung der unten angeführten Grundstücke nach dem Bau des vorliegenden Bauvorhabens keine Forderungen an das bauausführende Unternehmen bzw. deren Subunternehmer oder an das Land Vorarlberg zu stellen. Hiervon ausgenommen sind Forderungen für heute nicht erkennbare Folgeschäden.

Folgeschäden: Sollten trotz aller getroffenen Maßnahmen binnen 5 Jahren ab Ersuchen des bauausführenden Unternehmens um Übergabe der rekultivierten Grundfläche Folgeschäden an den Liegenschaften auftreten, wie z.B. Vernässungen, Setzungen, Bodenverlagerungen, etc., so sind diese vom Land Vorarlberg bzw. dem bauausführenden Unternehmen auf deren Kosten zu sanieren. In diesem Zusammenhang zusätzlich verursachte vermögenswerte Nachteile (z.B. Flurschäden, Ernteentgang etc.) sind dem Grundeigentümer zu entschädigen.

Diese Entlastungserklärung betrifft folgende Grundstücke:

Katastralgemeinde KG	Einlagezahl EZ	Grundstücksnummer GrNr

Vorbehalte zu dieser Entlastung sind rechtsunwirksam.

Forderungen, die unmittelbar aus den Grundabläsen resultieren (z.B. Endabrechnungen) bzw. noch durchzuführende Grundeinlösen, sind nicht Gegenstand dieser Erklärung. Diese Ablösen werden dem Grundeigentümer direkt vom Land Vorarlberg abgegolten.

(Ort, Datum, Unterschrift) GRUNDEIGENTÜMER	(Ort, Datum, Unterschrift) BAUAUSFÜHRENDES UNTERNEHMEN

Bankgarantie Nr. _____

(Kreditinstitut)

(Ort, Datum)

An das
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abt. Straßenbau (VIIb)
Widnau 12
6800 Feldkirch

(Die Zusendung kann wahlweise als Papier-Original an die oben genannte Anschrift oder als, mit qualifizierter elektronischer Signatur versehenes, elektronisches Original per Email an die E-Mail-Adresse strassenbau@vorarlberg.at erfolgen.)

Wir übernehmen hiermit zur Sicherung der Rechtsansprüche des Begünstigten die folgende Haftung:

Garantieauftraggeber:

Firmenbuchnummer:

Begünstigter:

Land Vorarlberg, vertreten durch die
Vorarlberger Landesregierung

Vorhaben, Auftragsgegenstand:

Auftrag vom _____, Zahl:

Zusatzauftrag vom _____, Zahl:

(fortgeschriebene) Auftragssumme brutto €

Summe Schlussrechnung brutto €

Haftungsbetrag: €

Haftungsbetrag in Worten:

Laufzeit bis zum Ablauf des:

Wir verpflichten uns unwiderruflich, nach erster schriftlicher Zahlungsaufforderung durch das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Straßenbau (VIIb), auf welcher die Amtssignatur des Amtes der Vorarlberger Landesregierung abgedruckt ist, ohne jedwede Einwendung und ohne Prüfung des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses, den im Rahmen dieser Haftung genannten Betrag binnen sechs Tagen nach Einlangen der Zahlungsaufforderung zu bezahlen. Der angeforderte Betrag wird unter Ausschluss jeder Barzahlung auf das in der Zahlungsaufforderung genannte Bankkonto überwiesen.

Wir erachten uns außer Obligo befindlich, falls die Haftung nicht rechtzeitig in Anspruch genommen wird.

Die Haftung gilt als rechtzeitig in Anspruch genommen, wenn die schriftliche Zahlungsaufforderung spätestens am letzten Tag der Gültigkeit dieser Bankgarantie beim garantierenden Kreditinstitut eingelangt ist oder spätestens am dritten Arbeitstag vor Ablauf der Frist nachweislich mit der Post aufgegeben wurde.

Die Rücksendung der ungültig gewordenen Bankgarantie ist nicht erforderlich.

Diese Bankgarantie erstreckt sich auf Ansprüche nach §§ 21 und 22 der Insolvenzordnung (IO).

Für die gegenständliche Bankgarantie gilt österreichisches Recht. Gerichtsstand ist das für Feldkirch sachlich zuständige Gericht.

(Rechtsgültige Unterfertigung des Kreditinstituts, wahlweise durch qualifizierte elektronische Signatur oder durch eigenhändige Unterschrift. Die Rechtsgültigkeit der Unterfertigung ist mittels Handlungsvollmacht nachzuweisen, sofern die Bankgarantie von Personen signiert wurde, deren Vertretungsbefugnis gemäß Firmenbuch nicht ausreicht.)

Teil eB.5

(Leistungsverzeichnis (LV))

AUSSCHREIBUNGS - LEISTUNGSVERZEICHNIS

LV-Bezeichnung	Albona Lawinenauslöseanlage		
LV-Code	AVAAG\22834\ALBONA LAWINENAUSLÖSEANLAGE		
Dokumentnummer	AVAAG\297A-1-2020\22834-ALBONA LAWINENAUSLÖSEANL		LV-Version 21.03.2024
Vorhaben	Albona Lawinenauslöseanlage A 6754 Klösterle, L197 km 16,40-16,75		
Ausführungszeitraum	15.07.2024 - 01.12.2024		
Datum Preisbasis	17.05.2024		
Abgabeort			
Angebotsöffnung			
Auftraggeber	Amt der Vorarlberger Landesregierung Abteilung Straßenbau (VIIb) 6800 Feldkirch Widnau 12		
Vergebende Stelle	Amt der Vorarlberger Landesregierung 6800 Feldkirch		
LV-Ersteller	SYNALP GMBH 6170 Zirl Meilstraße 2 Forstundfels		
			geprüfte Summen
Summe LV EUR	 EUR
Aufschl./Nachl. EUR	 EUR
Gesamtpreis EUR	 EUR
zuzüglich ... % USt. EUR	 EUR
Angebotspreis EUR	 EUR

Ort und Datum

Rechtsgültige Unterfertigung

OG 01	Vorbemerkungen	LB-FF-999	EUR
01	Zusätzliche Vorbemerkungen		
0101	Baustellenspezifische Vorbemerkungen		
010101	Dokumentation und Endabgabe <p>Es sind Baustoffe und Geräte mit gültigen CE Kennzeichnung und Zertifizierungen zu verwenden (Siehe auch technische Vorbemerkungen). Die Produktdatenblätter und Zertifikate sind rechtzeitig vor Einbau des Produktes und unaufgefordert der zuständigen Bauaufsicht vorzulegen und von dieser Freizugeben.</p> <p>Erfolgt keine rechtzeitige Vorlage, erfolgt der Einbau ohne Freigabe durch das zuständigen Bauaufsicht oder entspricht das verbaute Produkt nicht den Vorgaben können Ersatzmaßnahmen auf Kosten des AN angeordnet werden.</p> <p>Ebenso sind die Produktdatenblätter, Zertifikate, Prüfprotokolle sowie jegliche Betriebsanleitungen, Dokumentationen als auch Bestandspläne dem AG spätestens bei Übernahme der Bauleistungen gesammelt zu übergeben.</p> <p>Sämtliche entsprechenden Mehrkosten sind in die Einheitspreise einzurechnen. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung.</p>		
010102	Arbeiten im steilen Gelände, Transportkonzept, Arbeitsebene <p>Es sind Arbeiten in einem steilen bis sehr steilen Gelände durchzuführen. Die Baustellenbereiche befinden sich über 2000m.ü.A.. Der An- und Abtransport von Material (Beton, Masten, Pfähle, Mörtel, etc.) gestaltet sich entsprechend herausfordernd. Weiters ist zu berücksichtigen, dass die Betonbauarbeiten, Montage, etc. im stark geneigten Gelände entsprechend aufwendig sind. Der AN ist für die Erstellung eines Transport- Lager und Betriebskonzept und Bereitstellung der hierzu erforderlichen Transportmittel (z.B. Hubschrauber) selbst verantwortlich.</p> <p>Dies betrifft insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none">• Den An- und Abtransport von Personal und Material (Hubschrauber etc.)• Die erschwerten Einbaubedingungen• Die erschwerte Betonverarbeitbarkeit• Die sicherheitstechnischen Belange und Maßnahmen gemäß Sigeplan• etc. <p>Die daraus abzuleitenden Mehrkosten sind in die Einheitspreise einzurechnen. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung.</p>		
010103	Bohr- und Injektionsprotokoll, Verpressvorgang <p>Die Bohr- und Injektionsarbeiten sind mittels Protokoll zu dokumentieren. Die Dokumentation hat besonderer Vorkommnisse während des Bohrfortschritts, Angetroffenen Untergrund, das verbaute Stahltragglied und verbrauchten Injektionsmengen zu enthalten. Sollten zusätzliche Festlegungen wie angepasste Mörtelrezepturen etc. getroffen werden ist dies ebenfalls zu dokumentieren.</p> <p>Der Aufwand ist in die Pfahlherstellungspositionen</p> <ul style="list-style-type: none">• LG 20 12 Mikropfähle <p>einzurechnen. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung.</p>		
010104	Eigenschaften Injektionsmörtel <p>Injektionsmörtel für Mikropfähle.</p> <p>Siehe Vorgaben Verpressgut gem. ÖNORM EN 14199</p> <p>Die Mörtelrezeptur ist an die Untergrundverhältnisse anzupassen.</p>		

OG 01	Vorbemerkungen	LB-FF-999	EUR
-------	----------------	-----------	-----

Der Aufwand ist in die Pfahlherstellungsposition

- LG 20 12 Mikropfähle

einzurechnen. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

010105 Bohrlochdurchmesser

Der tatsächliche Bohrlochdurchmesser richtet sich nach den Angaben der Zulassung des gewählten Mikropfahlherstellers.

Zur Abrechnung wird der Bohrlochdurchmesser 114mm gem. Standardleistungsposition herangezogen.

Sämtliche damit verbundenen Kosten sind in die dafür vorgesehenen Einheitspreise und Baustellengemeinkosten einzurechnen. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

010106 Pfahlkopf Zug /Druck

Die Pfahlköpfe sind entsprechend den Montageanleitung der Masthersteller passend zum gewählten Fundament auszuführen. Die hierzu erforderlichen Mehrlänge Stahlzugglied, Pfahlhalsverrohrung, Verbindungsmittel, Muttern, Platten etc. sind in die Pfahlkopfpositionen einzurechnen (OG- 04 Pos. 201236 C Pfahlkopf Zug/Druck, 201236 C1 Pfahlkopf Zug/Druck).

Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

Ständige Vorbemerkung der LB

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines

1.1 Hinweis zur Systematik

Werden in den LB-Positionen Platzhalter (x) verwendet, sind im Positionsstichwort an den entsprechenden Stellen jeweils die konkreten Bezeichnungen eingesetzt.

1.2 Geschlechtsbezogene Aussagen

Geschlechtsbezogene Aussagen sind aufgrund der Gleichstellung für jedes Geschlecht aufzufassen bzw. auszulegen.

1.3 Geltungsbereich

Die "Ständigen Vorbemerkungen LB" gelten für alle Leistungsgruppen. Ständige Vorbemerkungen zu einzelnen Leistungs- oder Unterleistungsgruppen gelten nur für die jeweilige Leistungs- oder Unterleistungsgruppe, sofern nichts Gegenteiliges bestimmt wird.

1.4 Richtlinien

Es gelten die Bestimmungen der technischen Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) sowie die Bestimmungen der technischen Richtlinien und Vorschriften für das Eisenbahnwesen (RVE).

Wird eine geteilte Norm ohne Angabe eines bestimmten Teiles allgemein genannt, sind die jeweils zutreffenden Normteile anzuwenden.

1.5 Qualitätsnachweise

Prüfungen, die gemäß den Vertragsbedingungen einer akkreditierten Prüfstelle vorbehalten sind, dürfen nur durch eine vom Auftragnehmer bzw. von seinen Subunternehmern unabhängigen Prüfstelle vorgenommen werden.

1.6 Verwertung von Abfall und anthropogene Belastung

1.6.1 Allgemeines

Gemäß Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG), Recycling-Baustoff Verordnung (RBV) und Bundesabfallwirtschaftsplan (BAWP) ist die Kreislaufwirtschaft und Materialeffizienz zu fördern und der Verwertung Vorrang einzuräumen. Für den Fall, dass der Auftraggeber bzw. -nehmer die anfallenden Materialien nicht selbst wiederverwertet, steht z.B. die "Recycling-Börse Bau" (<http://recycling.or.at>) zur Verfügung.

In jedem Fall sind Bodenaushubmaterial, mineralische Abfälle, Ausbauasphalt, Holzabfälle, Metallabfälle, Kunststoffabfälle und Siedlungsabfälle vor Ort voneinander zu trennen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber einen Nachweis für die sachgemäße Verwertung oder Beseitigung (Verbleib) vorzulegen.

Das Vermischen oder Vermengen eines Abfalls mit anderen Abfällen oder Sachen ist unzulässig, wenn abfallrechtlich erforderliche Untersuchungen oder Behandlungen erschwert oder behindert werden und nur durch den Mischvorgang abfallspezifische Grenzwerte oder Qualitätsanforderungen oder anlagenspezifische Grenzwerte in Bezug auf die eingesetzten Abfälle eingehalten werden.

1.6.2 Verwertung von Abfall

Sofern die Verwertung von getrennten Materialien nicht im Baustellenbereich oder nach Weisung des Auftraggebers außerhalb des Baustellenbereiches erfolgt, hat der Auftragnehmer für deren Verwertung im Sinne des österreichischen Abfallrechtes zu sorgen.

1.6.3 Verwendung von Recycling-Baustoffen

Für die jeweiligen Leistungen sollen geeignete Recycling-Baustoffe verwendet werden. Diese müssen den Anforderungen der Richtlinie für Recycling-Baustoffe des Österreichischen Güteschutzverbandes (1040 Wien, Karlsgasse 5, www.br.v.at) entsprechen, welche die Verpflichtungen und Anforderungen der Recycling-Baustoffverordnung (RBV) und des Bundesabfallwirtschaftsplanes (BAWP) berücksichtigt.

Recycling-Baustoffe, welche noch eine Abfalleigenschaft besitzen, dürfen nur entsprechend den Vorgaben der RBV bzw. BAWP und im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme im unbedingt erforderlichen Ausmaß gemäß ALSAG verwendet werden.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

1.6.4 Verwertung/Verwendung von Aushubmaterial

Bei der Verwertung oder Wiederverwendung von Aushubmaterial ist nach dem Merkblatt "Verwertung und Wiederverwendung von Aushubmaterial", herausgegeben vom Österreichischen Baustoff-Recycling Verband, 1040 Wien, Karlsgasse 5, www.br.v.at, vorzugehen.

1.6.5 Verwertung sonstiger Materialien

Bei der Verwertung oder Wiederverwendung sonstiger, nicht unter 1.6.3 oder 1.6.4 angeführter Materialien ist nach dem Bundesabfallwirtschaftsplan, herausgegeben vom BMLFUW, www.bundesabfallwirtschaftsplan.at, vorzugehen.

1.6.6 Anthropogene Belastung

Der Baubetrieb ist derart zu gestalten, dass die Gesamtgehalte und Eluate der Deponieklasse (Deponieverordnung) und Qualitätsklasse (gem. RBV bzw. BAWP) des Aushub- und Abbruchmaterials nicht nachteilig verändert werden. Weiters hat der Auftragnehmer Sorge zu tragen, dass Aushub durch den Baubetrieb mit nicht mehr als 5 Volumsprozent anorganischen bodenfremden Bestandteilen (z.B. mineralischen Baurestmassen) und mit nicht mehr als 1 Volumsprozent organischen bodenfremden Bestandteilen (z.B. Kunststoffe, Holz) verunreinigt wird. Allfällige Kosten aus derartigen Veränderungen, wie z.B. höhere Entsorgungskosten, Altlastenbeiträge (Altlastensanierungsgesetz), gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

1.6.7 Nachweise der rechtskonformen Behandlung/Sammlung

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber vor dem Wegschaffen für das Sammeln oder Behandeln den Nachweis der Berechtigung gemäß AWG für nicht gefährliche Abfälle bzw. für gefährliche Abfälle zu erbringen. Der Auftragnehmer hat einen Nachweis für die rechtskonforme Behandlung oder Sammlung vorzulegen. Für den Fall der Behandlung vor Ort mittels Behandlungsanlagen sind zusätzlich die Genehmigungen gemäß AWG vorzulegen.

1.7 Gesteinskörnungen

Unter Gesteinskörnung werden Materialien verstanden, die durch Aufbereitung natürlicher, industriell hergestellter oder recyklierter Materialien gewonnen werden.

1.8 Gültigkeit bei Widersprüchen

Bei Widersprüchen im Leistungsverzeichnis (LV) gilt in nachstehender Reihenfolge:

1. Positionstext der LV-Position
2. Vorbemerkungen der zugehörigen Unterleistungsgruppe
3. Vorbemerkungen der zugehörigen Leistungsgruppe
4. Vorbemerkungen der standardisierten Leistungsbeschreibung für Verkehr und Infrastruktur (LB-VI)

1.9 Regelblätter, Regelpläne, Regelzeichnungen

Die in der LB angeführten Regelblätter, Regelpläne und Regelzeichnungen sind auf der Homepage der FSV "www.fsv.at unter Publikationen/Leistungsbeschreibungen/Regelblätter" zu finden.

1.10 Richtlinien des ÖVBB

Bei Anwendung dieser LB sowie allen Dokumenten auf die verwiesen wird, wird ÖVBB synonym für ÖBV verwendet.

2. Begriffsbestimmungen

2.1 Abnahme

Sammelbegriff für einen in der Regel abschließenden Prüfvorgang eines Bauteiles bzw. eines Bauwerkes. Sie löst weder den Beginn einer Gewährleistungsfrist noch einen Risikoübergang aus.

2.2 Baustelle

Vom Auftraggeber (AG) zur Erfüllung der geschuldeten Leistung beigestellte und in den Ausschreibungsunterlagen definierte Flächen und Räume.

2.3 Baustellenbereich

Baustelle und zusätzlich vom AG beigestellte, in den Ausschreibungsunterlagen definierte Flächen und Räume.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
	<p>Beispiele sind zusätzlich zur Baustelle vom AG zur Verfügung gestellte Arbeitsplätze oder Lagerungsmöglichkeiten.</p>		
	<p>2.4 Beistellen</p> <p>Beinhaltet den Antransport zur Verwendungsstelle, das Bereithalten und den Abtransport der Geräte, Fahrzeuge, Anlagen, Gerüstungen, Werkzeuge, Baumaterialien und Hilfsmaterialien u.dgl., einschließlich aller Ladearbeiten.</p>		
	<p>2.5 Beistellungen Auftraggeber</p> <p>Beinhalten die Übernahme der vom Auftraggeber frei Bau beigestellten Materialien durch den Auftragnehmer, samt allenfalls erforderlicher Ladearbeiten und den Transport zur Verwendungs- bzw. Lagerungsstelle.</p>		
	<p>2.6 Bereithalten</p> <p>Beinhaltet Zur-Verfügung-Halten, Warten und erforderlichenfalls Reparieren der Geräte, Fahrzeuge, Anlagen, Werkzeuge, Bauhilfsstoffe u.dgl., deren Verzinsung und Wertminderung (Abschreibung), Versicherungen und Steuern sowie Schlussinstandsetzung und Generalüberholung. Bei Geräten, Fahrzeugen, Gerüstungen etc. beinhaltet das Bereithalten die Gesamtgerätekosten gemäß österreichischer Baugeräteliste mit Ausnahme der Bedienung.</p>		
	<p>2.7 Gesonderte Positionen</p> <p>Wenn der Begriff "sofern keine gesonderten Positionen vorhanden sind" angeführt wird, so sind unter gesonderten Positionen Leistungspositionen und nicht Regiepositionen zu verstehen.</p>		
	<p>2.8 Herstellen</p> <p>Arbeiten und Aufwendungen, die zur vollständigen Erbringung der geforderten Leistung notwendig sind. Die Lieferung allenfalls erforderlicher Materialien ist inbegriffen, sofern diese nicht vom Auftraggeber beigestellt werden oder nach gesonderten Positionen zu liefern sind.</p>		
	<p>2.9 Laden</p> <p>Ladetätigkeit auf ein Transportgerät ohne Beistellung des Transportgerätes durch den Auftragnehmer während der Ladetätigkeit.</p>		
	<p>2.10 Lagerungsstelle</p> <p>Ort, an dem das betreffende Material bis zum Transport an die Verwendungsstelle zwischengelagert wird.</p>		
	<p>2.11 Liefern</p> <p>Erwerb, Transport zur Verwendungsstelle oder zur angegebenen Lagerungsstelle und Abladen von Materialien, Werkstücken u.dgl., die dazu bestimmt sind, in das Eigentum des Auftraggebers überzugehen.</p>		
	<p>2.12 Seitlich lagern</p> <p>Transport der zur Wiederverwendung bestimmten Materialien von der jeweiligen Abtrags- bzw. Aufbruchstelle bis zur nächstgelegenen, im Einvernehmen mit dem Auftraggeber festgelegten Lagerungsstelle bis zu einer Entfernung von 50 m und ohne Hinzuziehung eines gesonderten Transportgerätes.</p>		
	<p>2.13 Verfuhr/Verführen</p> <p>Die für die jeweiligen Positionen erforderlichen Transportleistungen.</p> <p>Beinhaltet auch die Stehzeiten des Transportgerätes während des Ladens sowie das Abladen. Das Laden wird gesondert vergütet.</p>		
	<p>2.14 Verfuhr/Verführen im Baustellenbereich</p> <p>Die für die jeweiligen Positionen erforderlichen Transportleistungen im Baustellenbereich. Material, das im Baustellenbereich gewonnen und wieder abgeladen wird, gilt als im Baustellenbereich verführt, auch wenn der Transportweg streckenweise außerhalb des Baustellenbereiches verläuft.</p> <p>Beinhaltet auch die Stehzeiten des Transportgerätes während des Ladens sowie das Abladen. Das Laden wird gesondert vergütet.</p>		
	<p>2.15 Materialdisposition AN im Baustellenbereich</p> <p>Die "Materialdisposition AN im Baustellenbereich" beinhaltet sämtliche Transport-,</p>		

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
	<p>Zwischenlagerungs- und ev. mehrmalige Ladearbeiten für die Materialbewegung des im Baustellenbereich wiedereinzubauenden Materials vom Aushub bis zum Wiedereinbau, unabhängig davon, ob das Material seitlich gelagert, längstransportiert oder zwischendeponiert wird. Die Lage und zeitliche Verfügbarkeit von Zwischenlager und die Baufeldbreiten sind in den Ausschreibungsunterlagen angeführt. Die Organisation der gesamten Materialbewegung liegt im Entscheidungsbereich des AN.</p> <p>2.16 Verwendungsstelle</p> <p>Ort, an dem das betreffende Material eingebaut bzw. verarbeitet wird.</p> <p>2.17 Wegschaffen</p> <p>Wegschaffen ist</p> <ul style="list-style-type: none"> • das zweckdienliche Verwerten innerhalb oder außerhalb des Baustellenbereichs oder • das Behandeln in dazu genehmigten Abfallbehandlungsanlagen oder • das Entsorgen der Materialien auf vom AN beigestellten Deponien <p>Gemäß Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG), Recycling-Baustoff Verordnung (RBV) und Bundesabfallwirtschaftsplan (BAWP) ist die Kreislaufwirtschaft und Materialeffizienz zu fördern und der Verwertung Vorrang einzuräumen.</p> <p>Wegschaffen beinhaltet die Transportleistung, die Stehzeiten des Transportgerätes während des Ladens sowie das Abladen. Das Laden wird gesondert vergütet.</p> <p>Soweit nicht anders festgelegt, findet mit dem Wegschaffen ein Eigentumsübergang des Materials in das Eigentum des AN statt und der AN wird damit zur umweltgerechten Verwertung oder Beseitigung explizit beauftragt.</p> <p>3. Preisbildung und Abrechnung</p> <p>3.1 Allgemeines</p> <p>3.1.1 Wenn in den Ausschreibungsunterlagen Arbeiten im Winter nicht ausgeschlossen sind und im LV keine diesbezüglichen Positionen vorgesehen wurden, sind die allfälligen Mehraufwendungen mit den Einheitspreisen der sachlich entsprechenden LV-Positionen abgegolten.</p> <p>3.1.2 Wird im Text einer Aufzahlungsposition die Bezugspositionsnummer verkürzt angeführt, gilt diese Aufzahlung für alle Positionen, deren Positionsnummern in den angeführten Stellen übereinstimmen.</p> <p>3.1.3 Pauschalpositionen werden in Teilbeträgen entsprechend dem Ausmaß der hiefür erbrachten Leistungen vergütet. Positionen, die in Monaten ausgeschrieben sind, werden mit 30 Kalendertagen je Monat abgerechnet. Positionen die in Wochen ausgeschrieben sind, werden mit sieben Kalendertagen je Woche abgerechnet.</p> <p>3.1.4 Einrichten und Räumen der Baustelle</p> <p>Die Kosten für das Einrichten und Räumen der Baustelle (einmalige Kosten) sowie die zeitgebundenen Kosten der Baustelle sind in den entsprechenden Positionen des LV anzubieten. Sind hierfür keine Positionen im LV vorgesehen, so sind die diesbezüglichen Kosten mit den ausgeschrieben Leistungspositionen abgegolten.</p> <p>3.2 Nebenleistungen</p> <p>Mit den Einheits- und Pauschalpreisen sind die Aufwendungen und Kosten der vertraglich vereinbarten und der nachfolgenden angeführten Nebenleistungen abgegolten:</p> <p>3.2.1 Einhalten der Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Stellen bei Arbeiten im Bereich von Verkehrsanlagen, soweit sie zum Zeitpunkt des Angebotes bekannt waren.</p> <p>3.2.2 Herstellen und Liefern von Baustelleneinrichtungs-, Bauablaufs-, Spreng-, Abbau- und Baugrubensicherungsplänen u.dgl. je nach Erfordernis.</p> <p>3.2.3 Die Maßnahmen für die Instandhaltung des jeweiligen Planums, einschließlich dessen Entwässerung auch während der Wintereinstellung und Stillliegezeiten, die vom Auftragnehmer zu vertreten sind.</p> <p>3.2.4 Reinigen der Zu- und Abfahrtswege, Staubfreihaltung, Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzung der vom Baustellenverkehr benutzten öffentlichen und privaten Straßen.</p>		

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

01 Projektierung und Bauwerksprüfung

0101 Projektierung

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines

Diese Unterleistungsgruppe gilt nur für Entwürfe und Nachweise, die vom Auftragnehmer über gesonderten Auftrag zu erbringen sind.

Grundlagen der Projektierung sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Angaben und sonstigen Projektierungsunterlagen wie Geländeaufnahmen, Lagepläne, Längs- und Querschnitte, Bodenprofile u.dgl.; bei Projektierungsarbeiten für Instandsetzungen sind als Grundlage Bauwerkspläne, statische Berechnungen, Brückenprüfungsprotokolle und Ergebnisse von Sonderprüfungen zu berücksichtigen. Für die Projektierung sind die einschlägigen Richtlinien und Vorschriften für den Straßenbau (RVS) und/oder Richtlinien und Vorschriften für den Eisenbahnbau (RVE) und die auf das Sachgebiet bezogenen Normen maßgebend. Zulassungen für bestimmte Werkstoffe und Bauteile sind zu berücksichtigen.

2. Form der zu liefernden Entwürfe und Pläne

Falls in den Ausschreibungsunterlagen nicht anders angeführt, gilt: Technische Berichte, statische Berechnung u.dgl. sind kopierfähig und abgeheftet im Normformat A4 zu liefern. Die Originale der Konstruktionspläne und sonstiger Planunterlagen sind in elektronischer Form (plt, pdf und in bearbeitbarer Form z.B. dwg, dxf usw.) und die Ausdrucke im Normformat A4 gefaltet abzugeben.

3. Prüfung und Freigabe des Detailentwurfes

Der Detailentwurf und sonstige Ausführungsunterlagen sind im Einvernehmen mit dem Auftraggeber und dem von ihm bestimmten Prüferingenieur auszuarbeiten. Der Detailentwurf bedarf einer Freigabe durch den Auftraggeber. Alle Teile des Detailentwurfes sind daher so rechtzeitig vorzulegen, dass die Prüfung und Freigabe vor Herstellung bzw. Instandsetzung des betreffenden Bauteiles erfolgen kann.

4. Allgemeine Bestimmungen

Alle Pläne und statischen Berechnungen müssen von einem Ziviltechniker mit entsprechender Befugnis verfasst oder geprüft sein. Dieser muss Referenzen für vergleichbare Bauwerke vorlegen können. Der eingesetzte Ziviltechniker muss vor Planungsbeginn bekanntgegeben werden. Eine eventuell erforderliche Koordination mit anderen Planern ist mit den Preisen abgegolten. Alle Pläne und Nachweise sind zeitgerecht vor Baubeginn dem Auftraggeber zur Freigabe vorzulegen.

Statische Berechnungen sind auf Basis der ÖNORM-Regel ONR 24005 zu erstellen. Die Bewehrungspläne sind auf Basis der ÖBV-Richtlinie "Bewehrungszeichnungen" zu erstellen.

5. Technische Vertragsbedingungen

Für diese Unterleistungsgruppe sind keine technischen Vertragsbedingungen vorgesehen.

6. Angeführte Richtlinien und Normen

ONR 24005 Statische Berechnungen - Dokumentation und Anforderungen an den Inhalt, den Umfang und die Form

ÖBV-Richtlinie Bewehrungszeichnungen

010104 Z Blitzschutzkonzept LSM

Blitzschutzkonzept erstellen und liefern.

Das Blitzschutzkonzept ist für die geplanten Mastanlagen unter Berücksichtigung der Standorte, der gültigen Normen (ÖVE/ÖNorm EN 62305-Reihe etc.), den produktspezifischen Herstellerangaben und den Ausschreibungsbestimmungen auszuarbeiten.

Das Schutzkonzept und die Prüfungen sind von fachkundigen und entsprechenden akkreditierten Personen durchzuführen bzw. zu erstellen.

Hierbei ist zu berücksichtigen dass die Masten teilweise in Fels und teilweise auf Lockergestein

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
gegründet werden.			

Gesondert vergütet werden:

- die Erdungsmaßnahmen und Prüfung der Erdung inkl. Dokumentation.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

010130

Vermessungsarbeiten Masten

Absteckarbeiten, Vermessungsarbeiten und Kontrollmessungen durchführen, auswerten und dokumentieren.

Alle Lagebestimmungen und Absteckarbeiten müssen in Form eines kombinierten Richtungs- und Streckennetzes erfolgen. Die Koordinaten sind im Zuge eines strengen Netzausgleiches mit Genauigkeitsnachweis zu berechnen.

Im Regelfall ist nicht damit zu rechnen, dass nicht eingelöste Grundstücke für Vermessungszwecke herangezogen werden können. Diese Erschwernis ist einzurechnen. Werden trotzdem Vereinbarungen für Vermessungstätigkeiten (Visurfreimachungen usw.) mit Dritten getroffen, sind diese Vereinbarungen dem Auftraggeber vorzulegen. Das allfällige Roden von Visuren und Messpunktstandorte ist einzurechnen.

Nach Bauende ist eine Schlussvermessung aller oben angeführten Einzelvermessungen durchzuführen.

Sämtliche Vermessungsarbeiten und deren Ergebnisse sind rechnerisch auszuwerten und grafisch aufzutragen.

Bauteil: Fundamente Sprengmasten.

Die allgemeinen Absteckarbeiten umfassen:

- die Überprüfung und Versicherung des übergebenen Polygonzuges,
- die Ergänzung bzw. das Wiederherstellen des Polygonzuges,
- das Verdichten des Polygonzuges,
- das Abstecken und Versichern der Haupt- und Detailpunkte,
- die Detailabsteckung aller Bauwerke und Bauwerksteile,
- das Abstecken von Grundinanspruchnahmegrenzen, Fixpunktanlagen (Höhe- und Lagemessungen), Profilen u.dgl.

Die Vermessungsarbeiten umfassen mindestens:

- die Bestandsaufnahmen,
- das Einmessen und Versichern von Grenzsteinen, Pegeln, Vermessungssteinen, Kabelsteinen usw.,
- die Ausgleichsnivellette usw.

Die Kontrollmessungen umfassen mindestens:

- die laufende Netzvermessung und Kontrollvermessungen der Polygonzüge, Fixpunktanlagen und Höhenfixpunkte,
- sämtliche Kontrollmessungen, welche für die Sicherheitsbeurteilung aller Bauteile erforderlich sind,
- alle Messungen für die Bauhilfsmaßnahmen (Baugrubensicherung usw.).

L: S: EP: 1,00 PA PP:

LG 01	Projektierung und Bauwerksprüfung	Summe
-------	-----------------------------------	-------	-------

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

02

Baustellengemeinkosten

Ständige Vorbemerkungen

1. Zusätzliche Baustelleneinrichtung

Sind für zusätzliche Baustelleneinrichtungen, -räumungen und -umstellungen (Sondergründungen, Ankerungsarbeiten u.dgl.) keine Positionen im LV vorgesehen, so sind die diesbezüglichen Kosten mit dem Pauschalpreis der Baustelleneinrichtung abgegolten. Die zeitgebundenen Kosten für die zusätzliche Baustelleneinrichtung sind mit den zugehörigen Leistungspositionen abgegolten. Falls Positionen für eine zusätzliche Baustelleneinrichtung vorhanden sind, dann sind diese im Umfeld der jeweiligen Leistungspositionen zu finden.

2. Bezeichnung "UT"

In dieser LB steht "UT" für "Unter Tage", das sind Leistungen, die nach ÖNORM B 2203-1 oder ÖNORM B 2203-2 ausgeschrieben und vergütet werden.

3. Angeführte Normen und Richtlinien

ÖNORM B 2203-1: Untertagebauarbeiten Werkvertragsnorm, Teil 1: Zyklischer Vortrieb,

ÖNORM B 2203-2: Untertagebauarbeiten Werkvertragsnorm, Teil 2: Kontinuierlicher Vortrieb,

ÖNORM B 2061: Preisermittlung für Bauleistungen, Verfahrensnorm,

RVS 05.05.41: Gemeinsame Bestimmungen für alle Straßen,

RVS 09.01.51: Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Untertagebaustellen,

RVS 12.02.11: Einheitliche Kennzeichnung von Fahrzeugen und Geräten,

RVS 09.01.51: Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Untertagebaustellen.

0201

Einrichten der Baustelle

020101

Mit dem Einheitspreis werden die einmaligen Kosten für die Baustelleneinrichtung des Auftragnehmers abgegolten. Die Leistung umfasst die Aufschließung des für die Baustelleneinrichtung erforderlichen Geländes (Roden, Oberbodenabtrag, Einebnen u.dgl.), Antransport, Abladen, Aufstellen und Einrichten aller notwendigen Baulichkeiten wie Baubaracken, Kantinen, Baubüros, Bauhütten, Unterkunftsräume, sanitäre Anlagen, Lagerschuppen, Werkstätten, Labors u.dgl., einschließlich des allfällig erforderlichen Abbrechens und des Wiederaufstellens (Umsetzen). Ferner das Herstellen der Absperrungen sowie das Aufstellen von Verkehrszeichen soweit diese den Baustellenbereich bezeichnen oder absichern.

Die Leistung beinhaltet auch:

- den Anschluss der Baustelle und ihrer Einrichtungen je nach Bedarf an Stromversorgungs-, Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlage,
- den Antransport, das Abladen, das Aufstellen und allfällige Umstellen der zur vertragsgemäßen Durchführung der Bauarbeiten erforderlichen Maschinen, Geräte, Transportmittel, Gerüste, Beleuchtung, Werkzeuge, Ersatzteile u.dgl., sofern im LV keine gesonderten Positionen hierfür enthalten sind,
- die Errichtung von geeigneten Zufahrten vom öffentlichen Straßennetz zur Baustelle sowie zu Lager-, Arbeits- und Deponieplätzen u.dgl., einschließlich der Vorkehrungen für die schadlose Ableitung der dort anfallenden Oberflächenwässer, soweit im LV keine gesonderten Positionen hierfür enthalten sind,
- die Beschaffung von Grundflächen für die Baustelleneinrichtung außerhalb des Baustellenbereiches, sofern diese nicht vom Auftraggeber kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
- ein mehrmaliges, gänzlich oder teilweises Einrichten der Baustelle, sofern dies durch eine Baudurchführung, die in getrennten Zeiträumen erfolgt, erforderlich wird und dies aus den Ausschreibungsunterlagen hervorgeht.

Gesondert vergütet wird:

- die Baustelleneinrichtung für Sondermaßnahmen, soweit im Leistungsverzeichnis dafür Positionen vorhanden sind,
- ein allfällig nachträglich angeordnetes Umstellen.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

020101A Einrichten der Baustelle

L: S: EP: 1,00 PA PP:

0202 Zeitgebundene Kosten der Baustelle

020201 Mit dem Einheitspreis werden die zeitgebundenen Kosten des Baustellenbetriebes wie Gehälter, unproduktive Löhne (z.B. Vermessung, Reinigung, Bewachung u.dgl.), einschließlich Lohnnebenkosten, Reisekosten u.dgl., Kosten des Betriebes von Personenkraftwagen für das Baustellenpersonal sowie sonstige Kosten der Baustelle wie Miete, Pachtzins, Gebühren, Versicherungsprämien, Beheizung, Beleuchtung, Telefon, ferner Kosten des Betriebes besonderer Anlagen, z.B. von Unterkünften, Aufenthaltsräumen, Küchen, Kantinen, Stromerzeugungs-, Wasserversorgungsanlagen u.dgl., abgegolten.

Wird vom AN die vorgesehene Bauzeit unterschritten, so werden unabhängig davon "zeitgebundene Kosten Bauzeit" im ausgeschriebenen Ausmaß vergütet. Für die Tage nach der vorzeitigen Baufertigstellung werden keine Schlechtwettertage vergütet. Wird die Bauzeit aus Gründen, die in der Sphäre des AN liegen, überschritten, so erfolgt für den Zeitraum der Überschreitung keine Vergütung der zeitgebundenen Kosten.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Bereithalten der Baustelleneinrichtung und jener Geräte und Einrichtungen, die nicht in den Einheitspreisen der Leistungspositionen enthalten sind,
- das Betreiben der Baustelleneinrichtung und jener Geräte und Einrichtungen, die nicht in den Einheitspreisen der Leistungspositionen enthalten sind,
- allfällige Verkehrsführungen und Verkehrssicherungen geringfügigen Umfanges wie Blinklichter, Absperrungen, Verkehrszeichen u.dgl., sofern im LV keine gesonderten Positionen hierfür vorgesehen sind.

020201A Zeitgebundene Kosten Bauzeit PA

Verrechnet wird:

- anteilig zur Bauzeit.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

0204 Räumen der Baustelle

020401 Mit dem Pauschalpreis sind die einmaligen Kosten für die Räumerung der Baustelleneinrichtung des Auftragnehmers abgegolten.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Aufräumen der Baustelle und die nachgewiesene Instandsetzung der durch die Einrichtungen und den Baubetrieb in Anspruch genommenen Grundstücke, Verkehrsflächen vom öffentlichen Straßennetz zur Baustelle, Wasserläufe u.dgl.,
- die Kosten für die Durchführung in zeitlich getrennten Zeiträumen, sofern aus den Ausschreibungsunterlagen hervorgeht, dass dadurch ein mehrmaliges, gänzlich oder teilweises Räumen der Baustelle erforderlich wird.

020401A Räumen der Baustelle

L: S: EP: 1,00 PA PP:

0207 Sonderkosten

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
020711	Bestandspläne Erstellung von Bestandsplänen nach den Vorgaben der Ausschreibungsunterlagen. L: S: EP: 1,00 PA PP:		
0212	Baustellensicherheit SiGe		
021201	Kosten Baustellenkoordinator PA Leistungen des Baustellenkoordinators gemäß BauKG nach den Vorgaben der Ausschreibungsunterlagen. L: S: EP: 1,00 PA PP:		
021203	Maßnahmen SiGe-Plan Mit dieser Position werden sämtliche Mehraufwendungen und Erschwernisse, welche aus der Umsetzung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, der Vorgaben gemäß RVS 09.01.51 abgegolten, sofern nicht im Leistungsverzeichnis gesonderte Positionen vorgesehen sind. Siehe Bauarbeitenkoordinationsgesetz - BauKG i. d. g. F. Die Leistung beinhaltet auch: <ul style="list-style-type: none">• Koordinierung und Durchführung von Einsatzübungen (im Mittel 4 Übungen pro Jahr),• Erstellung und Fortschreibung der Alarmpläne. L: S: EP: 1,00 PA PP:		
LG 02	Baustellengemeinkosten	Summe

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

98

Regiearbeiten

Ständige Vorbemerkungen

1. Abrechnung

Die Vergütung für den Einsatz der Arbeitskräfte und der Geräte erfolgt nur für die tatsächliche Beistellungszeit (= Arbeitszeit und allfällige Zeit für Zu- und Abgang der Arbeitskräfte bzw. Zu- und Abtransport der Geräte).

Die Kosten für das Auf- und Abladen sowie für den An- und Abtransport von Geräten (z.B. Tieflader u.dgl.) sind in dem Ausmaß zu vergüten, als dies für den Einsatz in Regie erforderlich ist.

Der Auftragnehmer muss den voraussichtlichen Aufwand für den An- und Abtransport von Geräten von Baustofflieferungen oder Fremdleistungen vor dem Ausführen der Regieleistungen bekanntgeben und die Zustimmung des Auftraggebers einholen. Andernfalls wird im Zweifelsfall angenommen, dass sich das jeweilige Gerät auf der Baustelle befindet bzw. dass für Baustofflieferungen oder Fremdleistungen keine Transportkosten anfallen.

2. Preisbildung

Mit den Regiepreisen für Regieleistungen sind abgegolten:

- der Regielohnpreis gemäß ÖNORM B 2061,
- die Kosten für die erforderliche Arbeitsvorbereitung,
- die Kosten für das Beistellen der Kleingeräte, Kleingerüste und Werkzeuge, welche nicht in der ÖGBL enthalten sind.
- die Kosten für den Ersatz oder Instandhaltung und den Verschleiß von Werkzeugen (z.B. Bohrer, Meißel, Schleifscheiben u.dgl.).

Die Kosten für die erforderliche Aufsichtstätigkeit sowie für die Leistungen der in unmittelbarem Zusammenhang damit tätigen Angestellten des Auftragnehmers sind bei angehängten Regieleistungen mit den Einheitspreisen der Baustellengemeinkosten, bei selbstständigen Regieleistungen mit den Regiepreisen der Regieleistungen abgegolten.

3. Technische Vertragsbedingungen

Für diese Leistungsgruppe sind keine technischen Vertragsbedingungen vorgesehen.

4. Angeführte Normen und Richtlinien

ÖBGL: Österreichische Baugeräteliste; Herausgeber: Vereinigung der industriellen Bauunternehmungen Österreichs,

ÖNORM B 2061: Preisermittlung für Bauleistungen.

9801

Regie Arbeiter

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines

Es wird nur der Regiestundenpreis jener Beschäftigungsgruppe bzw. Lohngruppe vergütet, welche der erbrachten Regieleistung entspricht.

2. Überstundenvergütung

Bei vom Auftraggeber angeordneten Überstunden erfolgt die Vergütung wie folgt:

Die tatsächliche, bei zuschlagspflichtigen Arbeitsstunden gemäß Kollektivvertrag geleistete Stundenanzahl wird bei

- a) Stunden mit 50-%igem Zuschlag gemäß Kollektivvertrag mit 4/3,
- b) Stunden mit 100-%igem Zuschlag gemäß Kollektivvertrag mit 5/3,
- c) Ersatzruhepflichtigen Stunden mit 7/3 multipliziert.

Der Regiepreis bleibt unverändert.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

980101 Bauarbeiter Mischpreis

Einsatz von Bauarbeitern ohne Unterscheidung der Beschäftigungsgruppe II bis IV gemäß Kollektivvertrag für Baugewerbe und Bauindustrie.

L: S: EP: 55,00 h PP:

9802 Regie Geräte ÖBGL

Ständige Vorbemerkungen

1. Preisbildung

Mit den Regiepreisen für die Gerätemiete sind der Regiezuschlag und die Gesamtgerätekosten gemäß ÖBGL, in der letzten vor dem Beginn der Angebotsfrist erschienenen Fassung einschließlich allfälliger Ergänzungen und Berichtigungen, jedoch ohne Bedienung abgegolten. Die Valorisierung der ÖBGL bis zur Preisbasis ist mit den Einheitspreisen abgegolten. Der Abrechnung zugrunde zulegen sind die ÖBGL Werte des Basisjahres.

2. Vergütung des Bedienungspersonals

Die Kosten der erforderlichen Arbeitskräfte für die Bedienung der Geräte werden nach den Positionen der ULG 98.01 gesondert vergütet.

3. Verrechnungshinweise

Erforderlichenfalls sind die Werte ÖBGL zu interpolieren. Zusatzausrüstungen gemäß ÖBGL werden nur vergütet, wenn sie für die Regieleistung erforderlich sind.

Kommentar: Beispiel für die Anwendung der LB-Positionen der ULG 98 02:

A. Ausschreibung:

Es sollen z.B. 150 Regiestunden für ein Gerät mit einem Stundensatz von 20,00 EUR gemäß ÖBGL und einer Leistung von 60 kW ausgeschrieben werden.

LB-Pos. 98 02 01:

Anteil Gerätemiete: Es sind 150 Stunden (HR) x 20,00 EUR = 3.000 VE auszuschreiben.

LB-Pos. 98 02 03:

Anteil Betriebsstoffe: Es sind die Kilowatt-Stunden der einzelnen Geräte, unter Berücksichtigung dessen, dass 1 VE 10 kWh entspricht, auszuschreiben. Daher 150 HR x 60 kW Motorleistung / 10 = 900 VE.

B. Angebot:

LB-Pos. 98 02 01:

Als Regiepreis ist der Eurobetrag anzubieten, der für den Gerätemietsatz von 1,0 EUR gemäß ÖBGL begehrt wird, z.B. bei einer Abminderung der ÖBGL-Sätze auf 60 % (berücksichtigt die angenommene Abminderung z.B. 50% sowie die Valorisierung der ÖBGL-Werte auf die Preisbasis mit 20%) und einem Gesamtzuschlag für Gerät von 8,3% ergibt sich ein Regiepreis von $0,5 \times 1,2 \times 1,083 = 0,65$ EUR.

LB-Pos. 98 02 03:

Anzubieten ist der Eurobetrag, der für 10 Kilowattstunden begehrt wird, z.B. 1,8 Liter Diesel je 10 Kilowatt und einem Dieselpreis von 0,886 EUR und einem Gesamtzuschlag von 8,3% ergibt sich ein Regiepreis von $1,8 \times 0,886 \times 1,083 = 1,73$ EUR.

C. Abrechnung:

Es war z.B. ein Hydraulikbagger mit Raupenfahrwerk > 6 t, Kenngröße der ÖBGL, Nr. D.1.00.0050 mit 60 kW Motorleistung, 35 Stunden im Einsatz.

LB-Pos. 98 02 01:

Mietsatz je Monat: 3.000,00 EUR (Monatlicher A.u.V. Betrag) + (monatliches Reparaturentgelt) + 2.080,00 = 5.080,00 EUR.

Mietsatz je Stunde = Mietsatz je Monat geteilt durch 170 (Stundenzahl pro Monat laut ÖBGL), somit $5.080,00 : 170 = 29,88$ EUR/HR.

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------	---------------	-----

Es sind daher 35 HR x 29,88 = 1.045,80 VE abzurechnen. Das ergibt mit dem angebotenen Regiepreisen von 0,65 EUR/VE eine Abrechnungssumme von 0,65 x 1.045,80 = 679,77 EUR.

LB-Pos. 98 02 03:

Motorleistung 60 kW

Es sind 35 HR x 60 / 10 = 210 VE abzurechnen. Das ergibt mit dem angebotenen Regiepreisen von 1,73 EUR/VE eine Abrechnungssumme von 210 x 1,73 = 363,30 EUR.

980201 Anteil Gerätemiete - ÖBGL

Anteil Miete für den Einsatz von Geräten in Regie, Verrechnung nach ÖBGL. Die Verrechnungseinheit entspricht dem einstündigen Einsatz eines Gerätes mit einem Stundengerätemietsatz von EUR 1,-- gemäß ÖBGL.

Die Verrechnungsmenge ergibt sich aus der Multiplikation der Stunden des Geräteeinsatzes und der Gerätekosten je Stunde.

L: S: EP: 1.000,00 VE PP:

980203 Anteil Betriebsstoffe - ÖBGL

Anteil Betriebsstoffe einschließlich Schmierstoffe für den Einsatz von Geräten in Regie, Verrechnung nach ÖBGL.

Die Verrechnungseinheit entspricht dem einstündigen Einsatz eines Gerätes mit einer Motorleistung von 10 kW. Die Verrechnungsmenge ergibt sich aus der Multiplikation der Arbeitszeit (Betriebszeit + Rüstzeit) und der durch 10 zu dividierten Motorleistung des eingesetzten Gerätes.

L: S: EP: 1.000,00 VE PP:

9805 Regie Baustofflieferungen, Fremdleistungen

Ständige Vorbemerkungen

1. Verrechnung

Die Verrechnung erfolgt nach Verrechnungseinheiten (VE). Die Verrechnungsmenge entspricht dem Rechnungsbetrag in EUR (ohne Ust.), welcher vom Auftragnehmer für die Lieferung von Baumaterialien frei Verwendungsstelle bzw. für Fremdleistungen aufgewendet wird.

Der Rechnungsbetrag ist durch saldierte Rechnungen nachzuweisen und muss allfällige gewährte Rabatte berücksichtigen. Skonti (Nachlässe bei früherem Zahlungsziel) oder Zinsen für verspätete Zahlungen bleiben unberücksichtigt.

980501 Baustofflieferungen

Baustofflieferungen im Zuge von Regiearbeiten.

L: S: EP: 5.000,00 VE PP:

980502 Fremdleistungen

Fremdleistungen im Zuge von Regiearbeiten.

L: S: EP: 5.000,00 VE PP:

OG 02	Allgemein	LB-FSV-VI-006	EUR
LG 98	Regiearbeiten	Summe
OG 02	Allgemein	Summe

OG 03	Rückbau Bestand	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------------	---------------	-----

06**Vor-, Abtrags- und Erdarbeiten**

Ständige Vorbemerkungen

1. Lagerung

Für die Lagerung des Oberbodens wird vom Auftraggeber ein den gegebenen Verhältnissen entsprechend breiter Grundstreifen beiderseits der Trasse für die Dauer der Bauzeit beigestellt, sofern in den Ausschreibungsunterlagen keine andere Regelung getroffen ist.

2. Verrechnungskubatur

Bei allen Abtrags-, Aushubs- und Transportpositionen erfolgt die Vergütung für das Lösen, Laden und Verführen der Massen nach dem Ausmaß in der natürlichen Lagerungsdichte unter Zugrundelegung der an Ort und Stelle einvernehmlich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer festgelegten Grenzen der Bodenschichten.

Die Begriffe "unbewehrt, gering bewehrt und bewehrt" sowie "Stahlbeton" sind der ÖNORM EN 1992-1-1 entnommen.

3. Ausmaßquerprofile

Das Ausmaß sowohl der Abtrags- als auch der Auftragsmassen wird nach den planmäßigen Querprofilen ermittelt. Die Abrundungen an Einschnitts- und Dammböschungen werden hierbei vernachlässigt. Bei Abtrags- bzw. Vorarbeiten für die LG 08 und LG 19 werden die Abträge nur entsprechend der theoretischen Abrechnungs- bzw. Verrechnungsbreiten dieser LG vergütet.

4. Mehr- oder Minderdicken

Bei Mehr- oder Minderdicken gegenüber der ausgeschriebenen Dicke wird das Ausmaß im Verhältnis der tatsächlichen zur ausgeschriebenen Dicke umgerechnet und das vermehrte oder verminderte Ausmaß der Abrechnung unter Beibehaltung des Einheitspreises zugrunde gelegt. Bei mehreren ausgeschriebenen Dicken hat die Ermittlung so zu erfolgen, dass zwischen den benachbarten Dicken interpoliert oder über die beiden nächstgelegenen Dicken hinaus extrapoliert wird.

5. Benennung, Beschreibung und Klassifizierung von Boden und Fels

Die Einteilung erfolgt gemäß RVS 08.03.01.

6. Nebenleistungen

Mit den Einheitspreisen sind insbesondere folgende Nebenleistungen abgegolten:

6.1 Das Abtragen und Wegschaffen von vereinzelt Sträuchern, Gehölzen und Wurzelstöcken bis 10 cm Stammdurchmesser.

6.2 Die Kosten für die Behebung von allfälligen Schäden auf angrenzenden landwirtschaftlich und gärtnerisch genützten Grundstücken, verursacht durch Samenflug ausgehend von unerwünschtem Aufwuchs auf Oberboden, das Zwischenlagern u. dgl.

6.3 Die Wiederinstandsetzung der vom Auftraggeber für die Lagerung von Oberboden u. dgl. beigestellten Flächen nach Beendigung der Bauarbeiten.

6.4 Die bei Abtragsarbeiten "mit Maschineneinsatz" entstehenden Kosten für den dabei notwendigen händischen Abtrag.

6.5 Die Erschwernisse, die durch oder bei Ausscheiden von Massen entstehen, die nicht oder nur beschränkt verwendbar sind.

6.6 Sicherungen zur Vermeidung von Schäden durch Niederschläge.

6.7 Das Säubern und die Freihaltung aller Böschungen, insbesondere solcher in Felsböden, von lockeren, absturzgefährdeten Gesteinsbrocken u. dgl. bis zur Übernahme.

6.8 Die Erschwernisse, die durch Aussparung und nachträgliche Herstellung von Schüttungen an Stellen, an denen Kunstbauten errichtet werden, verursacht sind, soweit diese Erschwernisse aufgrund der Ausschreibungsunterlagen vorherzusehen waren.

6.9 Die Leistung beinhaltet auch die Reinigung aller beim Abbruch verunreinigter, angrenzenden Flächen und Schächte.

7. Eingriffe in das Landschaftsbild

Eingriffe in das Landschaftsbild im Baustellenbereich wie das Abtragen und Wegschaffen von Bäumen und Sträuchern, Entfernen von Leitungen, Einfriedungen, Wegen, Viehtränken u. dgl. dürfen nur mit Genehmigung des Auftraggebers vorgenommen werden, auch wenn dies nur für vorübergehende Baumaßnahmen erfolgt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass allenfalls einzelne, in der Ausschreibung angegebene Bäume und Sträuchergruppen erhalten bleiben müssen.

OG 03	Rückbau Bestand	LB-FSV-VI-006	EUR
	<p>8. Trennung von Materialien, Abrechnung Das Regelblatt 06-1 ist als Leitfaden für die Positionszuordnung zur Abrechnung zu verstehen. Falls für das "Trennen" keine eigenen Leistungspositionen vorgesehen sind, sind die eventuellen Mehrkosten mit den ausgeschriebenen Leistungspositionen abgegolten.</p> <p>9. Recycling - Baustoffverordnung Die Abtrags- bzw. Aushubarbeiten sind konform zur Recycling - Baustoffverordnung durchzuführen.</p> <p>10. Abtragskonzept Auf Verlangen des Auftraggebers ist vom Auftragnehmer ein Abtragskonzept vorzulegen.</p> <p>11. Schonender Abtrag Für den schonenden Abtrag des für den Wiedereinbau vorgesehenen Materials gilt: Beschädigte Teile sind vor Beginn der Abtragsarbeiten gemeinsam mit dem Auftraggeber festzustellen. Durch unsachgemäßes Abtragen beschädigte Teile sind vom Auftragnehmer zu ersetzen bzw. können solche mit Zustimmung des Auftraggebers ohne gesonderte Vergütung für eine Wiederverwendung bearbeitet werden.</p> <p>Die Leistung beinhaltet auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Aussortieren unbrauchbaren Materials samt Laden und Wegschaffen, • das Laden und Wegschaffen des anfallenden Reinigungsgutes, • die ordnungsgemäße Zwischenlagerung des für den Wiedereinbau vorgesehenen Materials. <p>Verrechnet wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die wiederverwertbare Menge. <p>12. Transportleistungen</p> <p>12.1 Die anteilige Stehzeit von Transportfahrzeugen beim Beladen sowie das Abladen ist mit dem jeweiligen Einheitspreis abgegolten.</p> <p>12.2 Bei Positionen mit Verrechnungseinheiten gilt: 1 VE = 1 Mengeneinheit mal 1 km Transportentfernung, angefangene km werden für ganze verrechnet.</p> <p>12.3 Bei Waggonverladung werden die schienengebundenen Transportmittel vom Auftragnehmer und die Verladestelle durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellt bzw. gesondert vergütet.</p> <p>13. Verweis auf Technische Vertragsbedingungen Die Vorgaben der Technischen Richtlinie RVS 08.03.01 als auch der ÖNORMEN EN 16907 Teil 1 bis Teil 6 sind einzuhalten.</p> <p>14. Angeführte Normen und Richtlinien RVS 08.03.01 "Erdarbeiten" ÖNORM EN 16907 Teil 1 Erdarbeiten - Teil 1: Grundsätze und allgemeine Regeln ÖNORM EN 16907 Teil 2 Erdarbeiten - Teil 2: Materialklassifizierung ÖNORM EN 16907 Teil 3 Erdarbeiten - Teil 3: Ausführung von Erdarbeiten ÖNORM EN 16907 Teil 4 Erdarbeiten - Teil 4: Bodenbehandlung mit Kalk und/oder hydraulischen Bindemitteln ÖNORM EN 16907 Teil 5 Erdarbeiten - Teil 5: Qualitätskontrolle und Überwachung ÖNORM EN 16907 Teil 6 Erdarbeiten - Teil 6: Landgewinnung mit nassgebaggetem Auffüllmaterial ÖNORM EN 1992-1-1 "Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken"</p>		

0610**Abtrag Objekte, Tragwerke, Bauteile**

Ständige Vorbemerkungen

1. Wegschaffen

Bei Positionen mit "Wegschaffen" gilt:

OG 03	Rückbau Bestand	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------------	---------------	-----

Die Leistung beinhaltet auch das Trennen und Wegschaffen des anfallenden Abtragsmaterials, bei welchem die Anforderungen für die Baurestmassendeponie eingehalten werden. Dabei sind sämtliche allfällige Abgaben und Kosten (z.B. Altlastenbeitrag, Aufwendungen für Notifizierungsverfahren) mit den Einheitspreisen, sofern nicht anders definiert, abgegolten, gleichgültig ob vom Bieter eine Verwertung (z.B. Recycling) oder eine Beseitigung (z.B. Deponierung, Verbrennung) angeboten wird.

Bei Überschreitung der Anforderungen werden die Mehraufwendungen für die rechtskonforme Behandlung bzw. das Wegschaffen des angetroffenen Materials mit den zugehörigen Aufzahlungspositionen, unabhängig davon, ob das angetroffene Material verwertet oder beseitigt (deponiert) wird, gegen Nachweis gesondert vergütet.

2. Gerüste

Eventuell erforderliche Arbeitsgerüste sind mit den Einheitspreisen abgegolten.

3. Abtragstiefe

Wenn nicht anders angegeben, sind Objekte, Mauern, Fundamente u.dgl. bis 1,0 m unter Gelände bzw. Unterbauplanum zu entfernen.

061001 Z Objekt abtragen + laden + wegschaffen Stahlmast

Objekt abtragen bestehende Stahlmasten Lawinensprengseilbahn Albona (inkl. alle Anbauteile).

Bauteilbeschreibung:

Stahlstützen verzinkt; Regelquerschnitt: 0,3 x 0,3m; vereinzelt unterer Teil verstärkt ausgeführt mit Abmessung 0,3 x 0,7m; Stützenhöhe: 8-9m

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Trennen von Materialien,
- eventuell erforderliche Gerüste,
- ein allfällig erforderliches Abtragskonzept
- Wegschaffen
- Hubschraubertransporte

L: S: EP: 9,00 Stk PP:

061002 Z Objekt abtragen + laden + wegschaffen Fundament

Objekt abtragen bestehende Stb - Fundament Sprengmast (inkl. Ankerung).

Abtrag bis 30 cm unter GOK; Wiederauffüllung der Hohlräume mit anstehendem Lockergestein.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Trennen von Materialien,
- eventuell erforderliche Gerüste,
- ein allfällig erforderliches Abtragskonzept
- Wegschaffen
- Hubschraubertransporte

L: S: EP: 9,00 Stk PP:

061003 Z Objekt abtragen + laden + wegschaffen Antrieb

Objekt abtragen bestehende Antriebsstation.

- 1 Stk. Antrieb/ Kabine (inkl. Tragstütze)
- 2 Stk. Mast/ Umlenkstützen
- Plattform (inkl. Leiter, Geländer etc.)
- sonstige Anbauteile (Verbindungs- und Verfestigungsmittel)

OG 03	Rückbau Bestand	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	-----------------	---------------	-----

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Trennen von Materialien,
- eventuell erforderliche Gerüste,
- ein allfällig erforderliches Abtragskonzept
- Wegschaffen
- Hubschraubertransporte

L: S: EP: 1,00 PA PP:

061004 Z Objekt abtragen + laden + wegschaffen Fundament

Objekt abtragen bestehende Stb - Fundamente Antriebsstation (inkl. Ankerung).

Abtrag bis 30 cm unter GOK; Wiederauffüllung der Hohlräume mit anstehendem Lockergestein.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Trennen von Materialien,
- eventuell erforderliche Gerüste,
- ein allfällig erforderliches Abtragskonzept
- Wegschaffen
- Hubschraubertransporte

L: S: EP: 7,00 Stk PP:

061005 Z Objekt abtragen + laden + wegschaffen Stahlseil

Objekt abtragen bestehendes Stahlseil der gesamten bestehenden Sprenganlage "Albona West" und "Albona Ost" (inkl. alle Anbauteile).

Bauteilbeschreibung:

Stahldrahtseil Durchmesser: 16mm; Länge: 2700m

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Trennen von Materialien,
- eventuell erforderliche Gerüste,
- ein allfällig erforderliches Abtragskonzept
- Wegschaffen
- Hubschraubertransporte

L: S: EP: 1,00 PA PP:

LG 06	Vor-, Abtrags- und Erdarbeiten	Summe
OG 03	Rückbau Bestand	Summe

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

20 Spezialtiefbau

2012 Mikropfähle

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines:

Der AN hat nach Aufforderung des AG das vorgesehene Pfahlsystem rechtzeitig vor Baubeginn bekannt zu geben.

Für die erforderlichen Betonarbeiten gelten die ständigen Vorbemerkungen zur LG 31 (der LB-VI) und ihrer ULG vollinhaltlich.

2. Bauausführung:

Beim Herstellen der Micropfähle ist durch geeignete Maßnahmen auch in den obersten Schichten die plan- und gütemäßige Ausführung zu gewährleisten. Allfälliges Nacharbeiten, z.B. das Abschrämen von nicht entsprechendem Beton und das Vorbereiten einer einwandfreien Anschlussfuge zum Gründungskörper, ist mit den Einheitspreisen der entsprechenden Positionen abgegolten, falls dafür keine gesonderte Position (z.B. Vorbereiten der Pfahlköpfe) ausgeschrieben ist.

Außergewöhnliche Erscheinungen (z.B. veränderte Farbe oder Geruch des Wassers bzw. des Bodens, Gas, Hohlräume, ...) sind genau zu beobachten, aufzuzeichnen und dem AG sofort mitzuteilen. Desgleichen sind Hinweise auf das Vorhandensein von Leitungen, Kanälen oder sonstiger Einbauten sofort dem AG bekanntzugeben.

3. Probepfähle, Probelastungen

Sind vor Ausführung einer Pfahlgründung Probepfähle bzw. Probelastungen herzustellen, so erfolgt die Vergütung dieser Leistung nach den entsprechenden LV-Positionen.

4. Tragelemente aus hochfestem Stahl:

Bei Tragelementen aus Metallwerkstoffen mit einer Streckgrenze $f_y > 555$ Mpa (hochfester Stahl) sind die Tragelemente jedenfalls mit Zementsuspension / Zementmörtel bzw. Feinkornbeton zu ummanteln. Bei einer geplanten Einsatzdauer von mehr als 5 Jahren sind zusätzlich die in der Ummantelung verursachten Rissbreiten auf 0,2 mm zu beschränken bzw. eine Korrosionsschutzmaßnahme auszubilden, die einem doppelten Korrosionsschutz entspricht.

5. Arbeitsebene

Die Aufwendungen für das Herstellen, auf Baudauer erhalten und den Abtrag einer tragfähigen Arbeitsebene für Geräte sind mit den entsprechenden Einheitspreisen abgegolten.

Als Arbeitsebene gilt das Niveau, ab welchem die Bohrung oder die Rammung durchgeführt wird.

6. Verrechnungsebene

Falls in den Ausschreibungsunterlagen keine Verrechnungsebene angegeben ist, ist die Verrechnungsebene die einvernehmlich festgelegte Arbeitsebene. Die Tiefenstufen werden ab der Verrechnungsebene abgegolten und beinhalten daher auch Leerbohrungen, Leerrammungen.

8. Leerverrohrung

Als Leerverrohrung gilt die Strecke von der Arbeitsebene des Gerätes bis zur Ansatzhöhe der Pfähle. Die hierfür erforderlichen Leistungen sind mit den Einheitspreisen der Pfahlherstellung abgegolten.

9. Leerbohrung

Als Leerbohrung gilt die Strecke von der Verrechnungsebene bis zur Unterkante jenes Bauteiles, in welchen der Pfahl einbindet.

10. Bohren im Grundwasser

Beim Bohren im Grundwasser ist das Einfließen und Auftreiben instabiler Bodenschichten zu verhindern. Diese Leistungen sind mit den Einheitspreisen der ausgeschriebenen Positionen abgegolten.

11. Abrechnung

Unabhängig vom eingesetzten System gelangt das Bohren für die Herstellung der Mikropfähle sowie das Liefern und Einbauen von Traggliedern zur Verrechnung, auch wenn das Bohren und

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

Einbauen in einem Arbeitsschritt erfolgt.

Für die Abrechnung ist das Regelblatt 20.01-1 maßgebend sofern sie auf die Arbeiten zutreffen (ausgenommen es liegt der Ausschreibung eine Abrechnungsdarstellung bei).

Wenn in den folgenden Positionen nicht anders erwähnt, so gelten diese für lichte Arbeitshöhen > 10 m, welche keiner Einschränkung unterliegen.

12. Verrechnung Tragglied:

Die Verrechnungslänge ist die tatsächlich eingebaute Traggliedlänge.

13. Technische Vertragsbedingungen:

Die technischen Vertragsbedingungen RVS 08.03.01, RVS 08.05.01, RVS 08.21.02 und RVS 08.22.01 sind einzuhalten.

Für die Planung, Herstellung, die Bereithaltung und den Abtrag der Arbeitsebene gilt die RVS 08.21.02.

14. Angeführte Normen und Richtlinien:

RVS 08.03.01 "Erdarbeiten"

RVS 08.05.01 "Pfähle, Schlitzwände und Micropfähle"

RVS 08.21.02 "Arbeitsebenen für geotechnische Baumaßnahmen"

RVS 08.22.01 "Verpressanker, zugbeanspruchte Verpresspfähle und Nägel"

201201 Baustelleneinrichtung für Mikropfähle

Vergütung für die zusätzlichen Aufwendungen der Baustelleneinrichtung im Zusammenhang der Herstellung von Mikropfählen.

Bauteil/Bauphase: **verankerte Einzelfundamente Sprengmasten**

Die Leistung beinhaltet auch:

- die sonstigen Kosten im Zusammenhang mit der Herstellung von Mikropfählen, wie zB ein allfällig erforderlicher statischer Nachweis für die Standsicherheit der Baustelleneinrichtung (Silos, Containertürme,...).

Gesondert vergütet wird:

- das mehrmalige Einrichten der Baustelleneinrichtung auf Anordnung des AG.

Verrechnet wird:

- die Pauschale bei Einsatzbereitschaft.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

201203 Zeitgeb. Kosten der Baustelle für die Herst. von Mikropfähle

Mit dem Einheitspreis werden die zeitgebundenen Kosten für die Herstellung von Mikropfählen wie z.B. Gehälter, unproduktive Löhne sowie sonstige Kosten der Baustelle abgegolten.

Wird vom AN die vorgesehene Bauzeit unterschritten, so werden unabhängig davon „zeitgebundene Kosten Bauzeit“ im ausgeschriebenen Ausmaß vergütet. Für die Tage nach der vorzeitigen Baufertigstellung wird keine Schlechtwetterlage vergütet. Wird die Bauzeit aus Gründen, die in der Sphäre des AN liegen, überschritten, so erfolgt für den Zeitraum der Überschreitung keine Vergütung der zeitgebundenen Kosten.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Bereithalten und Betreiben der Baustelleneinrichtung und jener Geräte und Einrichtungen, die nicht in den Einheitspreisen der Leistungspositionen enthalten sind,
- allfällige Verkehrssicherungen geringfügigen Umfanges wie Blinklichter, Absperrungen, Verkehrszeichen und dgl., sofern im LV keine gesonderten Positionen hierfür vorgesehen sind.

Gesondert vergütet wird:

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

- Die zeitgebundenen Kosten der Baustelle außerhalb dieser Leistungsgruppe

Verrechnet wird:

- die PA anteilig zum Leistungsfortschritt.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

201204

Auf- und Umstellen Anlage für Mikropfähle

Auf- und Umstellen auf den im Projekt definierten Pfahlansatzpunkten.

Bauteil: **verankerte Einzelfundamente Sprengmasten** (Bauteilbeschreibung)

Die Leistung beinhaltet auch:

- die Herstellung, das Vorhalten und den Rückbau allfällig erforderlicher Arbeitspodeste (z.B. Arbeitsponton im Wasser,...),
- allfällige Erschwernisse bei der Herstellung der Mikropfähle aufgrund erschwerter Zugänglichkeit,
- allfällige Kosten für das Wiederherstellen eines ordnungsgemäßen Zustandes der beanspruchten Flächen.

Verrechnet wird:

- das erstmalige Aufstellen sowie jede Umstellung.

L: S: EP: 40,00 Stk PP:

201206

Herstellen Arbeitsebene Mikropfahl, Planung AN

Herstellen einer Arbeitsebene für die Herstellung von Mikropfählen auf Grundlage der RVS 08.21.02.

Sind dem AN die Abmessungen/Spezifikationen des Gerätes für die Herstellung der Mikropfähle bekannt, so sind diese Gerätedaten anstelle des Anhangs Tabelle 8 der RVS 08.21.02 zu verwenden.

Die Leistung beinhaltet auch:

- die Planung der Arbeitsebene,
- sämtliche Prüfungen gemäß RVS 08.21.02.

Verrechnet wird:

- die Pauschale entsprechend dem Arbeitsfortschritt.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

201207

Bereithalten Arbeitsebene Mikropfahl

Bereithalten der Arbeitsebene für die Durchführung der Mikropfahlarbeiten auf Baudauer. Grundlage ist die 08.21.02.

Die Leistung beinhaltet auch:

- eventuell notwendiges Nachbessern der Arbeitsebene,
- die Durchführung der projektmäßig vorgesehenen Maßnahmen zur Überprüfung, der Arbeitsebene im Baubetrieb entsprechend der RVS 08.21.02.

Verrechnet wird:

- die Pauschale anteilig zum Leistungsfortschritt.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

201208 Abtrag Arbeitsebene Mikropfahl

Abtrag und Wegschaffen der Arbeitsebene für die Durchführung der Mikropfahlarbeiten.

Verrechnet wird:

- die Pauschale nach Abtrag der Arbeitsebene.

L: S: EP: 1,00 PA PP:

201210 Stillliegezeit Gerät u. Bedien. Mikropfahl über 2 AT

Stillliegezeit für eine Geräteeinheit einschließlich Bedienungspersonal zur Herstellung von Mikropfählen für jene Stillliegezeiten, die der Auftraggeber zu vertreten hat, bei einer ununterbrochenen Stillliedauer bis zu zwei Arbeitstagen.

Arbeitsunterbrechnungen, deren Dauer aus den Ausschreibungsunterlagen ersichtlich sind und/oder die sich aus der Art des Arbeitseinsatzes (z.B. Bahnbetrieb) ergeben, gelten nicht als Stillliegezeiten im Sinne dieser Position.

Verrechnet wird:

- in Arbeitstagen.

L: S: EP: 5,00 d PP:

201211 Vertikales Bohren von Mikropfählen (MP) in Böden der Aushubklasse Lockerboden (AKL) gemäß RVS 08.03.01 von der Arbeitsebene aus mit einem Durchmesser von x mm.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Laden und Wegschaffen des Bohrgutes,
- das Führen der Pfahlprotokolle lt. Ausführungsnorm,
- das Liefern und Einbauen der Mantelverfüllung (Zementsuspension, Zementmörtel, Feinkornbeton bzw. Ortbeton) bis zur 1,7-fachen theoretischen Menge mit einer Zylinderdruckfestigkeit von mind. 20 N/mm².

Gesondert vergütet wird:

- schräges Bohren,
- Verrohrung zur Sicherung nicht standfester Bodenschichten,
- Erschwernisse durch Höhenbeschränkung,
- Erschwernisse im Inneren von Gebäuden,
- Durchörtern von Bohrhindernissen (Aushubklassen AKBF + AKF, Beton, Stahlbeton, Holz,...),
- das Liefern und Einbauen von Traggliedern,
- das Liefern und Einbauen von Zementsuspension, Zementmörtel, Feinkornbeton bzw. Ortbeton über dem 1,7-fachen der theoretischen Menge,
- Maßnahmen im Bereich der Mantelverfüllung für erhöhten Korrosionsschutz z.B. bei aggressiven Grundwasser,
- Arbeiten im Gleisbereich,
- Aufzahlung für die Mantelverfüllung mit thixotropen, schwindarmen und rostbeständigen Injektionsmörtel.

Verrechnet wird:

- die Bohrung zwischen Arbeitsebene und plangemäßer Pfahlunterkante.

201211A Bohren MP Durchmesser 114 mm, einschl. Mantelverfüllung

Bauteil:

verankerte Einzelfundamente Sprengmasten - Bauteilbeschreibung

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

L: S: EP: 240,00 m PP:

201214 Aufzählung für das Herstellen einer Schrägbohrung einem Bohrdurchmesser von x mm und einer Neigung x.

Die Leistung beinhaltet auch:

- Erschwernisse beim Auf- und Umstellen,
- Erschwernisse beim Bohren,
- Erschwernisse beim Einbau der Tragelemente (Druck, Zug, Zug/Druck).

201214F Z Az Schrägbohrung 114 mm Neigung 25°

Abhängig vom gewählten System wird jede 5. Bohrung wird als Schrägbohrung für den Zugentlastungspfahl ausgeführt

L: S: EP: 48,00 m PP:

201225 Liefern und Einbauen von systemspezifischen Tragelementen für Mikropfähle mit einem charakteristischen inneren Widerstand des Tragelementes $R_{c,k}$ (Druck) bzw. $R_{t,k}$ (Zug).

Unter $R_{c,k}$ bzw. $R_{t,k}$ versteht man die Summe der anrechenbaren materialspezifischen Widerstände (z.B. bei Betonwerkstoffen die Zylinderdruckfestigkeit, bei Metallwerkstoffen die Spannung bei 0,2% Dehnung).

Die Leistung beinhaltet auch:

- die systemspezifischen Kupplungen, u.dgl.
- das systembedingte Ablängen von Tragelementen
- Korrosionsschutzmaßnahmen für die angegebenen statischen Belastungszustände
- den Korrosionsschutz der Tragelemente bei einer niedrigen Korrosionsbelastung nach ÖNORM EN 12501-1 und ÖNORM EN 12501-2.

Gesondert vergütet wird:

- Maßnahmen des Korrosionsschutzes für mittlere und hohe Korrosionsbelastungen nach ÖNORM EN 12501-1 und ÖNORM EN 12501-2,
- allfälliger doppelter Korrosionsschutz gem. ÖNORM EN 1537,
- Erschwernisse für das Einbauen unter Höhenbeschränkung,
- Erschwernisse für das Einbauen im Inneren von Gebäuden,
- Erschwernisse für schräges Einbauen von Tragelement,
- ein vom Auftraggeber angeordnetes Ablängen,
- die Pfahlkopfausbildung des Tragelementes

Verrechnet wird:

- die tatsächlich eingebaute Tragelementlänge.

201225C Tragelement Mikropfahl lief. einb. Zug und Druck

Charakteristischer innerer Widerstand des Tragelementes $R_{c,k}$ = 690 kN (Druck); $R_{t,k}$ = 690 kN (Zug).

L: S: EP: 192,00 m PP:

201225C1 Tragelement Mikropfahl lief. einb. Zug und Druck

Charakteristischer innerer Widerstand des Tragelementes $R_{c,k}$ = 970 kN (Druck); $R_{t,k}$ = 970 kN (Zug).

L: S: EP: 48,00 m PP:

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
201234	Liefern und Einbringen von Zementsuspension / Zementmörtel bzw. Feinkornbeton über dem 1,7 – fachen des theoretischen Volumens mit einer Prismendruckfestigkeit von mind. 20 N/mm ² . Verrechnet wird: <ul style="list-style-type: none"> • die tatsächlich eingebrachte Zementsuspensions-, Zementmörtel-, bzw. Feinkornbetonmenge in Liter (gemäß Lieferscheinen und W/B Faktor) 		
201234A	Mehrverbrauch Zementsuspension / Zementmörtel / Feinkornbet.		
	L: S: EP: 6.000,00 l PP:		
201236	Liefern und Einbauen der Pfahlköpfe von Mikropfählen für die Einbindung in die darüber liegenden Bauteile. Die Leistung beinhaltet auch: <ul style="list-style-type: none"> • ein allfälliges Vorbereiten / Säubern der Tragelemente im Kopfbereich. 		
201236C	Pfahlkopf Mikropfahl Zug/Druck		
	Charakteristischer innerer Widerstand des Tragelementes $R_{c,k} = 690$ kN (Druck); $R_{t,k} = 690$ kN (Zug).		
	L: S: EP: 32,00 Stk PP:		
201236C2	Pfahlkopf Mikropfahl Zug/Druck		
	Charakteristischer innerer Widerstand des Tragelementes $R_{c,k} = 970$ kN (Druck); $R_{t,k} = 970$ kN (Zug).		
	L: S: EP: 8,00 Stk PP:		
201237	Aufzahlung auf die Position Bohren für die Mantelverfüllung mit thixotropen, schwindarmen und frostbeständigen Injektionsmörtel für Durchmesser x.		
201237A	Az thixotrope Mantelverfüllung 114 mm		
	L: S: EP: 240,00 m PP:		
201238	Einrichten einer Pfahlprobelastung für Mikropfähle (MP). Die Leistung beinhaltet auch: <ul style="list-style-type: none"> • den An- und Abtransport der Prüf- und Messeinrichtung für die Probepfähle bzw. allfällige Widerlagerkonstruktionen, • der Auf-, und Abbau der Versuchseinrichtung, • den Witterungsschutz der gesamten Prüfeinrichtung, • das Erstellen des Prüfberichts. Gesondert vergütet wird: <ul style="list-style-type: none"> • die Herstellung der Probepfähle nach den entsprechenden Standardpositionen, • allfälliges Reaktionssystem (z.B. Reaktionspfähle), • die Versuchsdurchführung, Verrechnet wird: <ul style="list-style-type: none"> • je Versuch. 		

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
201238B	Einr. u. Räumen stat. Zugprobebelastung MP		
	Maximale Prüflast: Probepfahl bis P_{pmax} des Stahlzuggliedes Abnahmeprüfung bis $1,25 \cdot P_k$ (ca. 250kN) KN (Zug)		
	L: S: EP: 6,00 Stk PP:		
201240	Durchführen einer Pfahlprobebelastung für Mikropfähle (MP).		
	Die Leistung beinhaltet auch:		
	<ul style="list-style-type: none"> • das Fachpersonal des Auftragnehmers für die Durchführung des Versuchs, • die laufenden Verformungsmessungen mit Präzisionsmeßuhren, • die laufende Kraftmessung mit kalbrierten Hydraulikpressen, • die Protokollierung und Auswertung sämtlicher Messungen, • die Protokollierung der Witterungsverhältnisse, • allfällige Nacharbeiten, • das Vorhalten der Versuchs- und Messeinrichtung über die gesamte Versuchsdauer, • das Erstellen des Prüfberichts. 		
	Verrechnet wird:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Stunden der Versuchsdurchführung zwischen Beginn und Ende der Messung. 		
201240B	Durchf. stat. Zugversuch MP		
	Maximale Prüflast: wird vor Prüfbeginn bekannt gegeben KN (Zug)		
	geplante Prüfdauer: 2 h		
	L: S: EP: 12,00 h PP:		
LG 20	Spezialtiefbau	Summe

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

31 Beton-, Stahlbeton- und Mauerungsarbeiten

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines

Die Bedingungen dieser Leistungsgruppe und der zugehörigen technischen Vertragsbedingungen RVS 08.06 (Technische Vertragsbedingungen Beton-, Stahlbeton- und Mauerungsarbeiten) gelten für Bauteile aus Beton, Stahlbeton, Mörtel, Natur- und Kunststein.

Definition von Bauteilen im Sinne der LB-VI:

Wände:

Als Wände gelten solche, bei denen das Verhältnis der Länge zur Dicke größer als 4:1 ist, mit einer maximalen Neigung über 100%.

Säulen/Pfeiler:

Als Säulen/Pfeiler gelten solche, bei denen das Verhältnis der Länge zur Dicke maximal 4:1 beträgt, mit einer maximalen Neigung über 100%.

Träger:

Als Träger, Balken und Roste gelten solche, die vor Aufbringung der Decke oder Ähnlichem für sich gesondert hergestellt werden müssen, mit einer maximalen Neigung bis 100%. Dies gilt nicht bei Schalungspositionen.

Decken:

Als Decken gelten solche mit einer maximalen Neigung bis 100%.

Brüstung, Attika, Parapet und Schürzen:

Bei Höhen über 1,50 m gelten diese Bauteile als Wände. Wände oder Wandteile werden dann als Brüstung vergütet, wenn diese nicht höher als 1,50 m sind, und die darüber liegenden Öffnungen eine lichte Rohbauöffnungsweite von mindestens 3,00 m aufweisen. Frostschränzen gelten als Fundamente.

2. Leistungsumfang

Die Einheitspreise beinhalten, wenn in den Ausschreibungsunterlagen nichts anderes vorgesehen ist, die Kosten für folgende Leistungen:

- das Herstellen, Beistellen und Abtragen der Schalungen, Aussteifungen und Gerüste mit Ausnahme der Lehrgerüste für Tragwerke,
- Fehlstellen, die trotz Einhaltung der Vorschriften der Richtlinie "Wasserundurchlässige Betonbauwerke – Weiße Wannen" auftreten können, sind bis zu dem in der Richtlinie angegebenen Ausmaß (zulässige, definierte Fehlstellen entsprechend der jeweiligen Anforderungsklasse) durch den AN vor der Übernahme zu beseitigen.
- bei Hohlbauteilen auch die allenfalls erforderlichen Vorkehrungen für die Entwässerung der Hohlbauteile,
- die Herstellung der erforderlichen Aussparungen für Leitungen, Kabelschächte, Geländersteher, Leitschienensteher, Lagerteile, Dichtungen und Fugenausbildungen sowie die Herstellung von Hohlkehlen in Ixen, von Kantenabrundungen und von Nuten für das Aufbringen der Abdichtung,
- die allfällige Verwendung von trinkwassertauglichen Materialien,
- die Leistungen gemäß Pkt. 3. Qualitätssicherung durch den AN.

3. Qualitätssicherung durch den AN

Die Leistungen der Qualitätssicherung sind gemäß ÖNORM B 4704 bzw. RVS 08.06.01 durchzuführen. Die gemäß den genannten Richtlinien für die Qualität vorgesehene Person ist rechtzeitig vor Baubeginn vom AN bekanntzugeben.

Die Schadensfolgekassen CC1 bis CC3 (entsprechend ÖNORM EN 1990) entsprechen der ÖNORM B 1990-2, sofern in den Ausschreibungsunterlagen keine andere Zuordnung erfolgt ist.

4. Abrechnung

Die Abrechnung der Leistungen erfolgt nach den Planmaßen der zur Ausführung genehmigten Pläne bzw. den vom Auftraggeber zugestimmten Abänderungen.

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

5. Ausmaßermittlung

Für die Ausmaßfeststellung von Beton-, Stahlbeton- und Spannbetonarbeiten gilt ÖNORM B 2204.

6. Bauteile, die im Kontakt mit Trinkwasser stehen

Bei Bauwerken für die Trinkwasserversorgung sind für alle Bauteile, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, trinkwassertaugliche Materialien (z.B. Schalöl, Quellschlamm) zu verwenden.

7. Angeführte Richtlinien und Normen (ergänzend zu den technischen Vertragsbedingungen)

ÖNORM B 2204: Ausführung von Bauteilen - Werkvertragsnorm

ÖNORM B 4704: Ausführung von Tragwerken aus Beton

ÖNORM EN 1990: Eurocode - Grundlagen der Tragwerksplanung

3101

Beton und Stahlbeton

Ständige Vorbemerkungen

1. Leistungsumfang

Die Einheitspreise beinhalten, wenn in den Ausschreibungsunterlagen nichts anderes vorgesehen ist, die Kosten für folgende Leistungen:

- das Liefern, Herstellen, Einbauen, Verdichten und Nachbehandeln des Betons,
- die Maßnahmen zur Einhaltung der zulässigen Betontemperatur,
- die Vorlage der Eignungsprüfungsnachweise für die zu verwendenden Betonsorten,
- die Vorlage der Konformitätsnachweise für Beton,
- das Ausbilden von Arbeitsfugen und die Vorkehrungen für das Weiterbetonieren.

2. Abdichtungen, Beschichtungen u.dgl.

Unter Abdichtungen, Beschichtungen u.dgl. ist eine Abreißfestigkeitsklasse A1,5 herzustellen, wenn in den Ausschreibungsunterlagen (z.B. auch in anderen Leistungsgruppen) oder anderen technischen Vorschriften für die jeweiligen Abdichtungen, Beschichtungen u.dgl. nichts anderes vorgegeben ist. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen für den Beton und dessen Verwendung sind mit den Einheitspreisen abgegolten.

3. Bewehrung

Die Bewehrung wird gesondert vergütet, sofern in den LB-Positionen nichts Gegenteiliges bestimmt wird.

4. Schalung

In Leistungspositionen, mit denen Beton einschließlich Schalung ausgeschrieben wird, sind sämtliche Aufwendungen für Schalung entsprechend den Ausschreibungsunterlagen abgegolten.

Die Planung von Schalungen sind durch den Auftragnehmer zu veranlassen.

Die Einheitspreise für Positionen Beton mit Schalung beinhalten das Beistellen, den Zusammenbau, das Aussteifen, das allfällige Umbauen und das Abbauen der Schalungselemente sowie deren Gerüstungen, mit Ausnahme der Lehrgerüste der Tragwerke, die nach eigenen LB-Positionen gesondert vergütet werden.

Mit den Einheitspreisen sind die Leistungen für ein- und zweiseitige Schalungen sowie für allfällige seitliche Abschalungen und Stirnschalungen abgegolten. Weiters sind die Kosten für Erschwernisse bei Arbeitsfugen mit den Einheitspreisen abgegolten.

Bei Betonsichtflächen, die steinmetzmäßig bearbeitet werden, ist ein Vorschalmaß entsprechend der Bearbeitungsart vorzusehen.

5. Technische Vertragsbedingungen

Die technischen Vertragsbedingungen der RVS 08.06.01 sind einzuhalten.

Die technischen Vertragsbedingungen der RVS 08.06.03 sind einzuhalten.

310188A

Z Gründung Stb. Fundament gem. Hersteller - Festgestein

Gründungskörper aus Stahlbeton einschließlich Schalung und deren Abstützung herstellen. Der Beton ist ohne Unterschied der Tiefe in trockener Baugrube einzubringen.

Bauteil: Fundamente für Lawinensprengmasten - Festgestein

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

Gemäß Hersteller des Lawinensprengmasten vorgegebenes Regelfundament - siehe Baubeschreibung

Die Leistung beinhaltet auch:

- der Aushub und das seitliche Lagern von Lockergestein (AKL), Bruchigen Fels (AKBF) oder Fels (AKF) mit Maschineneinsatz oder händisch. Der Boden ist profilgemäß bis zur Erreichung des Unterbau- bzw. Vorplanums gemäß Einbaueinleitung des gewählten Mastherstellers abzutragen.
- Sauberkeitsschicht
- Schalung
- Bewehrung
- Montagemittel (inkl. evtl. erforderliche Bohrlehre)
- Hinterfüllen des Fundamentes mit seitlich gelagertem Material
- Überschüssiges Aushubmaterial ist an geeigneter Stelle (Senke, etc.) im Baufeld einzubauen.

Gesondert vergütet wird:

- das herstellen und Prüfen der Erdung
- das Herstellen der Mikropfähle

L: S: EP: 5,00 Stk PP:

310188B Z Gründung Stb. Fundament gem. Hersteller - Lockerge

Gründungskörper aus Stahlbeton einschließlich Schalung und deren Abstützung herstellen. Der Beton ist ohne Unterschied der Tiefe in trockener Baugrube einzubringen.

Bauteil: Fundamente für Lawinensprengmasten - Lockergestein

Gemäß Hersteller des Lawinensprengmasten vorgegebenes Regelfundament - siehe Baubeschreibung

Die Leistung beinhaltet auch:

- der Aushub und das seitliche Lagern von Lockergestein (AKL) mit Maschineneinsatz oder händisch. Der Boden ist profilgemäß bis zur Erreichung des Unterbau- bzw. Vorplanums gemäß Einbaueinleitung des gewählten Mastherstellers abzutragen.
- Sauberkeitsschicht
- Schalung
- Bewehrung
- Montagemittel (inkl. evtl. erforderliche Bohrlehre)
- Hinterfüllen des Fundamentes mit seitlich gelagertem Material
- Überschüssiges Aushubmaterial ist an geeigneter Stelle (Senke, etc.) im Baufeld einzubauen.

Gesondert vergütet wird:

- das herstellen und Prüfen der Erdung
- das Herstellen der Mikropfähle

L: S: EP: 3,00 Stk PP:

310197 Z Az Stb. Fundament - Lawinenschutz

E

Aufzahlung für die Gründung Stb. Fundament gem. Hersteller - Festgestein/Lockergestein.

Abhängig vom gewählten System kann das Fundament erhöht bzw. verstärkt ausgeführt werden um die direkten Lawineneinwirkungen auf den Sprengmast zu reduzieren.

Bauteil: Fundamente - Lawinenschutz für Lawinensprengmasten

Gemäß Hersteller des Lawinensprengmasten vorgegebenes Regelfundament - siehe Baubeschreibung

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

.....

mit ein zu kalkulieren sind:

- Statik (Angabe von Pfahllasten)
- Schal- und Bewehrungspläne
- Aushub
- Bewehrung
- Montagemittel (inkl. evtl. erforderliche Bohrlehre)
- Hinterfüllen
- Sauberkeitsschicht

besonders Vergütet wird:

- die Herstellung von zusätzlichen Mikropfählen

Die genauen Abmessungen und Ausführung wird nach Ausschreibung des Systems bekanntgegeben.

Die Fundamente sind frostsicher zu gründen.

L: S: EP: 3,00 Stk PP: * * * * *

310198 Z Erdung LSM herstellen und prüfen

Liefern und Einbauen von Erdungen laut Blitzschutzkonzept.

Die Erdung ist entsprechend des Blitzschutzkonzeptes unter Einhaltung der geltenden Normen, Vorgaben der Masthersteller und unter Berücksichtigung der tatsächlich vorherrschenden Baugrundverhältnisse herzustellen.

Das Verbindungsmaterial muss aus dem selben Material wie der Erdleiter bestehen.

Die Leistung beinhaltet auch:

- das Liefern und Einbauen aller allenfalls notwendigen Befestigungsmittel und Schweißarbeiten.
Liefern und Einbauen von Bänderdern.
- Erdarbeiten
- Klemmverbindungen, Verbindungsmuffen, Abstandhalter
- das Ummanteln der Erdungsverbindungen mit Korrosionsschutzbändern,
- allfällige Schraub- und Schweißverbindungen an Metallkonstruktionen einschließlich Korrosionsschutz.
- das Prüfen und Protokollieren der Erdung gemäß vorgaben Blitzschutzkonzept/Normen
- die Übergabe der Protokolle an den AG
- Die Lawinensprenganlagen sind mit Blitzschutz- bzw Erdungsanlagen entsprechend den Vorgaben des Herstellers auszustatten. Deren Umsetzung ist der Behörde unter Beilage von zugehörigen Ausführungsunterlagen (Pläne und Erstprüfprotokolle) zu bestätigen.
(Bescheidaufgabe)

L: S: EP: 8,00 Stk PP:

310199 Z Murmeltiergitter

E

Aufzahlung für die Gründung Stb. Fundament gem. Hersteller - Lockergestein.

Falls die Gefahr von Murmeltierschäden wahrscheinlich ist, erfolgt auf Anordnung des AG der Einbau eines Drahtgeflecht, welches als Schutz gegen Murmeltiere dient.

Die Ausführung ist Abhängig vom gewählten Hersteller (Fundament Sprengmast).

Bauteil: Murmeltiergitter

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

.....
mit ein zu kalkulieren sind:
- Drahtgeflecht 5x5cm, feuerverzinkt, min. Drahtstärke 2mm
- Montagemittel (Nähseil, Erdnägel, Länge 35cm, min. Durchmesser 10mm Raster 1x1m, etc)
- etwaige Geländeanpassungen zur bodennahen Montage
- Ränder eingraben

Die Regelabmessungen betragen 3x3m mit dem Mastfundament in der Mitte..

L: S: EP: 4,00 Stk PP: * * * * *

3102 **Bewehrung**

Ständige Vorbemerkungen
1. Technische Vertragsbedingungen
Die Technischen Vertragsbedingungen RVS 08.06.02 sind einzuhalten.

310206 Liefern und Einbauen von Erdungen bei Betonarbeiten laut Plan bzw. Ausschreibungsbestimmungen.
Die Leistung beinhaltet auch:
 • das Liefern und Einbauen aller allenfalls notwendigen Befestigungsmittel und Schweißarbeiten.

310206H **Überprüfung Erdung Beton**
Überprüfen und dokumentieren der Funktionstüchtigkeit des Erdungssystems durch eine dafür befugte Stelle.
Bauteil: Lawinensprengmasten.

L: S: EP: 8,00 PA PP:

LG 31	Beton-, Stahlbeton- und Mauerungsarbeiten	Summe
-------	---	-------	-------

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

93 Z Lawinenschutzeinrichtungen**9310 Z Lawinenauslöseanlagen**

Ständige Vorbemerkungen

1. Allgemeines

Das System ist entsprechend den Herstellerrichtlinien fachgerecht herzustellen.

2. Erprobung

Die Lawinenauslösesysteme müssen in Österreich erprobt sein.

3. Auslösesicherheit

Es ist eine Fernwirkanlage aufzubauen die eine hinreichende Sicherheit gegen Fehlfunktionen gewährleistet. Eine sichere Auslösung muss gewährleistet sein und eine unbeabsichtigte Auslösungen (Fehlauslösung) muss ausgeschlossen werden. Dazu ist ein entsprechend abgesichertes (codiertes) und in Österreich zugelassenes GSM System einzurichten.

931001 Z Liefern, Herstellen bzw. Montieren inkl. Inbetriebnahme und Probesprengungen von Lawinensprengmastsystemen gem. Baubeschreibung mit der erforderlichen Konfiguration für die Auslösung von Lawinen im Bereich des jeweiligen Standortes.

Die Leistung beinhaltet auch:

- den allenfalls erforderlichen abnahmefähigen Zusammenbau der Konstruktionsteile im Werk,
- den Antransport zum Aufstellort und allfällig notwendige Zwischentransporte einschließlich Auf- und Abladen.
- alle erforderlichen Verbindungs-, Montage- und Hilfsmaterialien
- Autarke Energieversorgung für den durchgehenden Einsatz im Winter bei allen Witterungsbedingungen
- Auslösesystem per Fernsteuerung (Computer/Tablet etc.)
- GSM Datenverbindung bis zur Schnittstelle AG gem. Baubeschreibung
- Technische Dokumentation
- Die Lawinensprengmasten müssen über gültige Konformitätsbescheinigung (z.B. EG-Konformitätserklärung im Sinne der Maschinenrichtlinie (2006/42/EG), EMV-Richtlinie (2014/30/EU) etc.) verfügen. (Bescheidauflage)
- Es ist die Bestätigung eines befugten Statikers über die Standsicherheit der ausgeführten Lawinensprengmasten bei den zu erwartenden Wind- und Schneelasten und des gegebenen Untergrundes vorzulegen (Bestätigung der ausgeführten Anlage). (Bescheidauflage) Die Bewertung des Untergrundes und die Bestätigung der Standsicherheit der Pfahlgründung erfolgt durch die beigestellte geotechnische Bauaufsicht.
- Die Lackierung der technischen Aufbauten auf den Masten sind Dunkel (zB in einem Grauton) und blendarm auszuführen (z.b. matte Ausführung, Feuerverzinkung, Steingrau). (Bescheidauflage)
- sämtliche PV-Panale auf den Masten sind ausschließlich blendarme Gläser nach dem Stand der Technik mit einem Reflexionsgrad von maximal 9 % zu verwenden (Bescheidauflage)

Der Hersteller der Anlage hat die Einhaltung dieser Auflage schriftlich zu bestätigen.

931001A Z LSM 02-05

Anforderungen Mastsystem Ostkessel:

- Masthöhe: ca. 10m (Standortoptimiert)
- Anzahl Sprengladungen in Magazinkasten: 20 und mehr
- Magazinkasten abhebbar und aufsetzbar mittels Hubschrauber, Ein- und Ausklinken bzw. aufnehmen und absetzen des Magazinkastens ohne Flughelfer am Mast!

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
-------	--------	---------------	-----

- Überschneesprengung, Abstand abgestimmt auf Ladungsgröße, ca. 2-3m
- Wirkungsradius ca. 80m, Ladungsgröße 2kg und mehr
- Lawineneinwirkungen lt. Baubeschreibung und Standort müssen vom Mast schadlos aufgenommen werden können. Falls dies nicht möglich ist sind entsprechende Lawinenschutzfundamente (Siehe Eventualposition OG.04 Pos. 310198 Az. Stb. Fundament - Lawinenschutz) angeboten und ausgeführt werden oder einer der alternativen Maststandorte mit geringeren lawineneinwirkungen gewählt werden.

L: S: EP: 4,00 Stk PP:

931001B Z LSM W6-W8

Anforderungen Mastsystem Westkessel:

- Masthöhe: ca. 10m (Standortoptimiert)
- Anzahl Sprengladungen in Magazinkasten: 20 und mehr
- Magazinkasten abhebbar und aufsetzbar mittels Hubschrauber, Ein- und Ausklinken bzw. aufnehmen und absetzen des Magazinkastens ohne Flughelfer am Mast!
- Überschneesprengung, Abstand abgestimmt auf Ladungsgröße, ca. 2-3m
- Wirkungsradius ca. 120m, Ladungsgröße 4kg und mehr
- Lawineneinwirkungen lt. Baubeschreibung und Standort müssen vom Mast schadlos aufgenommen werden können. Falls dies nicht möglich ist sind entsprechende Lawinenschutzfundamente (Siehe Eventualposition OG.04 Pos. 310198 Az. Stb. Fundament - Lawinenschutz) angeboten und ausgeführt werden oder einer der alternativen Maststandorte mit geringeren lawineneinwirkungen gewählt werden.

L: S: EP: 3,00 Stk PP:

931001C Z LSM Z1

Anforderungen Mastsystem Z1:

- Masthöhe: ca. 10m (Standortoptimiert)
- Anzahl Sprengladungen in Magazinkasten: 12 und mehr
- Magazinkasten abhebbar und aufsetzbar mittels Hubschrauber, Ein- und Ausklinken bzw. aufnehmen und absetzen des Magazinkastens ohne Flughelfer am Mast!
- Überschneesprengung, Abstand abgestimmt auf Ladungsgröße, ca. 2-3m
- Wirkungsradius ca. 80m, Ladungsgröße 2,0kg und mehr
- Lawineneinwirkungen lt. Baubeschreibung und Standort müssen vom Mast schadlos aufgenommen werden können. Falls dies nicht möglich ist sind entsprechende Lawinenschutzfundamente (Siehe Eventualposition OG.04 Pos. 310198 Az. Stb. Fundament - Lawinenschutz) angeboten und ausgeführt werden oder einer der alternativen Maststandorte mit geringeren lawineneinwirkungen gewählt werden.

L: S: EP: 1,00 Stk PP:

9320 Z Nebenleistungen/ Software

932002 Z Inbetriebnahme / Einschulung / Probesprengung

Inbetriebnahme sowie die Konfiguration und Installation aller zusätzlich erforderlichen Bestandteile für den Betrieb der Anlage. Einschulen des Personals des Anlagenbetreibers sowie das durchführen von Probesprengungen zur Funktionsprüfung und Anleitung des Betriebspersonals.

Ebenso einzurechnen ist die Kosten für das Befüllen der Anlage zur Durchführung von

OG 04	Neubau	LB-FSV-VI-006	EUR
	Probesprengungen.		
	Die Beladung der Lawinensprengmasten darf frühestens im November erfolgen. (Bescheidauflage)		
	L: S: EP: 1,00 PA PP:		
932003	Z Erstbestückung LSM		
	Nach der erfolgten Inbetriebnahme , Unterweisung und der Durchführung von Probesprengungen ist die Anlage vollständig zu bestücken. Die Bestückung hat den Mindestanforderungen gemäß Pos. 04 931001 A bis C zu entsprechen und ist gemeinsam und unter ANleitung des zukünftigen Betreiber der Masten durchzuführen		
	Die Beladung der Lawinensprengmasten darf frühestens im November erfolgen. (Bescheidauflage)		
	L: S: EP: 1,00 PA PP:		
932004	Z Wartungspauschale/ Servicekosten/ Softwarelizenz für 5 Jahre		
	Wartungspauschale/ Servicekosten/ Softwarelizenzen inkl. Updates für 5 Jahre		
	L: S: EP: 1,00 PA PP:		
LG 93	Lawinenschutzeinrichtungen	Summe
OG 04	Neubau	Summe

Zusammenstellung der Leistungsgruppen			
LG	BEZEICHNUNG		Summe
OG 02	Allgemein		
01	Projektierung und Bauwerksprüfung	 EUR
02	Baustellengemeinkosten	 EUR
98	Regiearbeiten	 EUR
OG 02	Allgemein	 EUR
OG 03	Rückbau Bestand		
06	Vor-, Abtrags- und Erdarbeiten	 EUR
OG 03	Rückbau Bestand	 EUR
OG 04	Neubau		
20	Spezialtiefbau	 EUR
31	Beton-, Stahlbeton- und Mauerungsarbeiten	 EUR
93	Lawinenschutzeinrichtungen	 EUR
OG 04	Neubau	 EUR
Summe LV		 EUR

Zusammenstellung der Obergruppen			
OG	BEZEICHNUNG		Summe
02	Allgemein	 EUR
03	Rückbau Bestand	 EUR
04	Neubau	 EUR
Summe LV		 EUR

Nachlässe / Aufschläge		
LG	Bezeichnung	Gesamt
OG 01	Vorbemerkungen	
OG 02	Allgemein	
OG 03	Rückbau Bestand	
OG 04	Neubau	

LV	Summe inkl. Nachlässe/Aufschläge EUR
	% Aufschlag/Nachlass %
	errechneter Betrag Aufschlag/Nachlass EUR
	Summe LV inkl. proz. Aufschl./Nachl. EUR
	Gesamtpreis EUR
	zuzüglich % USt. EUR
	Angebotspreis EUR

Schlussblatt

Bezeichnung

Gesamt

Summe LV EUR

Summe Nachlässe/Aufschläge EUR

Gesamtpreis EUR

zuzüglich . . . % USt. EUR

Angebotspreis EUR

Inhaltsverzeichnis

LG BEZEICHNUNG

Seite

OG 01	Vorbemerkungen	
01	Zusätzliche Vorbemerkungen	1
OG 02	Allgemein	3
	Ständige Vorbemerkung der LB	3
01	Projektierung und Bauwerksprüfung	6
02	Baustellengemeinkosten	9
98	Regiearbeiten	12
OG 03	Rückbau Bestand	16
06	Vor-, Abtrags- und Erdarbeiten	16
OG 04	Neubau	20
20	Spezialtiefbau	20
31	Beton-, Stahlbeton- und Mauerungsarbeiten	27
93	Lawinenschutzeinrichtungen	32
	Zusammenstellung der Leistungsgruppen	35
	Zusammenstellung der Obergruppen	36
	Nachlässe / Aufschläge	37
	Schlussblatt	38